

Elias Davidsson

DER GELBE BUS



**WAS GESCHAH WIRKLICH
AM BREITSCHIEDPLATZ IN BERLIN?**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Kapitel 1: Wo? Wann?

- (1) Die Lage vor Ort
- (2) Die genaue Zeit des Ereignisses: Ein Staatsgeheimnis

Kapitel 2: Die Fahrzeuge

- (1) Dimensionen und Bremsenrichtung des Lkw
- (2) Die Bewegungen des Lkw am Nachmittag des 19. Dezember
- (3) Die Anfahrt des Lkw zum Breitscheidplatz
- (4) Die Fahrgeschwindigkeit des Lkw
- (5) Der gelbe Bus
- (6) Der zweite Lkw

Kapitel 3: Der mutmaßliche Täter

- (1) Der erste Verdächtige
- (2) Platzierte Gegenstände?
- (3) Die sogenannte Bekennergeldung
- (4) Medialer Aufbau des Sündenbocks
- (5) Die Fünf-Länder-Reise Amris
- (6) Beweise für Amris Schuld?
- (7) Wurde Amri hingerichtet?
- (8) Die Theorie der Schnell-Radikalisierung Amris

Kapitel 4: Die Todesopfer

- (1) Ungeklärte Todesumstände des Lkw-Fahrers Łukasz Urban
 - (2) Ungeklärte Todesumstände der Israelin Dalia Elyakim
 - (3) Ungeklärte Todesumstände der Italienerin Fabrizia di Lorenzo
 - (4) Ungeklärte Todesumstände von Dorit Krebs
 - (5) Der mysteriöse Tod von Peter Volker
 - (6) Der diskrete Tod von Sebastian Berlin
 - (7) Die Todesumstände von Nad'a Čižmárová
 - (8-9) Starben Anna und Georgyi Bagratuni am Breitscheidplatz?
 - (10) Die Geheimhaltung um Angelika Klösters
 - (11) Wer war Klaus Jakob?
 - (12) Christoph Herrlich
- Zusammenfassung zu den 12 Todesopfern

Kapitel 5: Die Verletzten

- (1) Keine Belege zur hohen Zahl der Opfer
- (2) Ungeklärte Verletzungen
- (3) Wann wurden die Verletzten in die Krankenhäuser eingeliefert?
- (4) Keine Opfer unter den Schaustellern
- (5) Verletzte unter dem Lkw?

Kapitel 6: Steuerung des Informationsflusses

- (1) Die fünf Hebel
- (2) Ballett der Rettungsdienste
- (3) Verfahren zur Bewertung der Zeugen vom Breitscheidplatz

(4) Zusammenfassung der Bewertungsergebnisse

Kapitel 7: Aufklärung unerwünscht

(1) Das Verhalten der Bundesregierung und des Bundestags

(2) Die Verschwiegenheit des Bundespräsidenten

(3) Polizeizensur

(4) Die Geheimhaltung der Ermittlungsbehörden

(5) Die Verschwiegenheit der Berliner Feuerwehr

(6) Das Verhalten der Angehörigen

(7) Die Verschwiegenheit von Arbeitgebern und Arbeitskollegen

(8) Die Verschwiegenheit von Journalisten

(9) Die Verschwiegenheit der Schausteller

(10) Die Verschwiegenheit der Zeugen

(11) Andere Amtsträger, die schweigen

Fazit

Kapitel 8. Die wahren Ziele der "Terrorbekämpfung"

(1) Reaktionen einzelner Bundestagsmitglieder auf das Berliner Ereignis

(2) Behördlichen Maßnahmen

Kapitel 9: Feststellungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen

(1) Kriminalistische Feststellungen

(2) Politische Schlussfolgerungen

(3) Empfehlungen

Elias Davidsson

Der GELBE BUS

**WAS GESCHAH WIRKLICH
AM BREITSCHIEDPLATZ IN BERLIN?**

Autor: Davidsson, Elias

Titel: Der gelbe Bus

Untertitel: Was geschah wirklich am Breitscheidplatz in Berlin?

Themen: 1. Terrorismus
2. Psychologische Kriegsführung
3. Staatskunde

© Elias Davidsson, 2020 All Rights Reserved

Tonar-og-steinar (Toost) Publishing (Reykjavik, Kirchen):
www.juscogens.org

Layout von Fabio Biasio
Print-Fassung: ISBN 978 3 88975 274 1

*Dieses Buch ist allen Menschen gewidmet,
die im Auftrag einer arroganten, korrupten Gesellschaftsklasse
erniedrigt, diskriminiert, terrorisiert,
belogen, verraten, verletzt und getötet werden.*

Einleitung

*Für meine Aufarbeitung dieser Studie bin ich den Aufklärungsbemühungen und Anregungen der ehrenamtlichen Forscherinnen und Forscher beim Internetforum **geomatiko.eu**, darunter dem Historiker Andreas Hauß, innigst verpflichtet und dankbar. Für die hier zusammengetragenen Befunde, Erklärungen und unvermeidbaren Irrtümer trage ich jedoch alleine die volle Verantwortung.*

Es gibt immer noch manche Menschen, die an die Wahrheit der Protokolle der Weisen von Zion glauben. Andere beharren darauf, nachts auf der Wiese Marsbewohnern begegnet zu sein, und schließlich ließ sich eine Masse von Gutverdienern davon überzeugen, dass am 11. September 2001 Naturwunder stattfanden: Die Erde soll ein Passagierflugzeug geschluckt haben,^{1} jemand verzauberte 1100 Menschen zu feinem Staub^{2} und neunzehn unsichtbare Muslime konnten die US-Luftwaffe austricksen.^{3} Unter Eingeweihten läuft diese Legende unter dem Titel „Ali Baba und seine 19 Jünglinge“. Der französische Autor Gustave Le Bon beschrieb bereits im Jahre 1911 die Verführbarkeit der Massen: „Für die Massen, die weder zur Überlegung noch zum logischen Denken fähig sind, gibt es nichts Unwahrscheinliches. Vielmehr, die unwahrscheinlichsten Dinge sind in der Regel die auffallendsten.“^{4}

Ich liebe Kindermärchen, bevorzuge aber für meine gesellschaftliche Orientierung bodenständige Befunde und logisches Denken. Diese zwangen mich vor einigen Jahren, eine bittere Pille zu schlucken: Dass die Anschläge des 9/11 keine Zauberei waren, sondern ein Auftragswerk des US-Verteidigungsministeriums. Für diese Schandtat gab es brutale Gründe. Wer diese Gründe kennt, kann besser verstehen, was sich 2016 am Berliner Breitscheidplatz kurz vor Weihnachten abspielte.

Die Produktion von Angst gehört seit jeher zum Arsenal der Machtausübung. Im Kalten Krieg wurden in verschiedenen Mitgliedstaaten der NATO verdeckte Methoden der Angststiftung eingesetzt – darunter die Inszenierung von blutigen Terrorattentaten. Der Historiker Daniele Ganser, der die „Strategie der Spannung“ gründlich untersuchte und in seinem Buch *NATO-Geheimarmeen in Europa: Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung* beschrieb,^{5} erklärte in einem Interview mit der *jungen Welt* am 31.1.2009:

„Da es genügend Beispiele von inszeniertem Terror gibt, bei denen auch Geheimdienste involviert waren, müssten wir uns eigentlich bei jedem Terroranschlag die Frage stellen, ob wir über dessen Sinn und Zweck getäuscht werden [...] Die Strategie der Spannung erzeugt Angst. Und Angst lähmt. Das ist Ziel dieser psychologischen Kriegsführung. In diesem Angstzustand ist man weder frei noch dynamisch. Deshalb gilt es, diese Strukturen aufzudecken, um sich von der Angst freizumachen.“

Mit dem vorliegenden Buch untersuche ich jene Fragen, mit denen uns Dr. Ganser bereits im Jahr 2009 herausforderte. Das *Berliner Ereignis*^{6} vom 19. Dezember 2016 gibt uns dazu eine gute Gelegenheit.

Zur Erinnerung fasse ich hier die offizielle Darstellung des Berliner Ereignisses zusammen, wie es deutsche Leitmedien beschrieben:

„Am Abend des 19. Dezember 2016 gegen 20.00 Uhr soll ein 40-Tonner Sattelschlepper Marke Scania R450 in die Menschenmenge des Weihnachtsmarkts am Breitscheidplatz in Berlin gerast sein. In der Folge sollen 12 Menschen

gestorben und mehr als 50 Menschen verletzt worden sein. Das Ereignis wurde in den ersten Minuten als ein Unfall bezeichnet. Aber schon um 20.56 Uhr ging die Polizei von einem Terroranschlag aus.^{7} Der Täter soll geflüchtet sein. Der polnische Fahrer des Lkw soll auf dem Beifahrersitz tot aufgefunden worden sein. Die Polizei verhaftete zuerst einen jungen Asylanten aus Pakistan, ließ ihn aber am nächsten Tag wieder frei. Am selben Tag sollen im Lkw persönliche Dokumente eines jungen Tunesiers namens Anis Amri entdeckt worden sein. Amri wurde daraufhin in ganz Europa gesucht und am 23. Dezember von der italienischen Polizei in einem Vorort von Mailand während einer Schießerei getötet.“

Als Autor von drei Büchern zum Thema des Terrorismus bin ich allmählich gegenüber den offiziellen Darstellungen von Terroranschlägen skeptisch geworden. Die Gründe für diese Skepsis habe ich ausgiebig in meinem Buch *Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung* (Zambon Verlag, 2017) dargelegt. Eine skeptische Haltung alleine reicht allerdings nicht aus, um diese Darstellungen als Lügen zu enttarnen, denn diese Haltung muss sich gegen einen gewaltigen medialen und politischen Propagandaapparat behaupten. Daher ist besondere Sorgfalt bei der Aufarbeitung der Fakten geboten. Die zahlreichen Widersprüche, Ungereimtheiten und Verdunkelungsindizien zum Berliner Ereignis waren für mich hinreichende Gründe, mich intensiver mit dem Fall zu befassen. Ich versuchte – so gründlich wie möglich – Fakten und Aussagen zu bewerten, vermute aber, dass mir noch wichtige Fakten entgangen sind und dass ich Einiges falsch interpretiert habe. Daher bin ich für Hinweise zu Irrtümern und Auslassungen sehr dankbar.

Der unmittelbare Zweck dieses Buches besteht darin, ein wenig Licht auf das Ereignis zu werfen. Was geschah tatsächlich am

Breitscheidplatz in Berlin? Ich hoffe, dass die hier veröffentlichten Informationen jene Menschen ermutigen werden, die bis heute über den Tatbestand geschwiegen haben. Ich wünschte, sie würden ihr Schweigen aufgeben und zur Aufklärung der Tatbestände beitragen. Darüber hinaus soll dieses Buch den noch verbliebenen Demokraten und Friedensliebenden in diesem schönen Lande Erkenntnisse liefern, die ihnen beim Widerstand gegen Kriege und die schleichende Errichtung eines Polizeistaats helfen könnten.

Zur Methodik

Im Gegensatz zur geläufigen Meinung kann jeder Bürger aus den Leitmedien und offiziellen Berichten sehr viel über die Struktur und Machenschaften der Herrschenden lernen, auch ohne Einsicht in geheime Akten. Oft verraten gerade Auslassungen eine bestimmte Absicht.

Die überwiegende Mehrheit der zu dieser Studie herangezogenen Quellen ist für jeden leicht zugänglich. Ich habe alle mir bekannten und zugänglichen Berichte der Behörden zum Berliner Ereignis durchforstet und bewertete zusätzlich dutzende von Zeugenaussagen, die in deutschen, französischen, britischen, nordischen, italienischen, spanischen, kanadischen und US-amerikanischen Medien erschienen sind. Allerdings haben sich während der Zeit meiner Recherche die Forschungsbedingungen verschlechtert. Die Firma Google, die ein Quasi-Monopol bei der Informationssuche im Internet besitzt, erklärte am 25. April 2017, sie ändere ihre Suchalgorithmen, um ihre Benutzer vor „Fake News“ zu bewahren, wie es so schön heißt, sprich ihnen Zugang zu Informationen oder Quellen zu erschweren, die laut der Firma von „niedriger Qualität“ sind oder sich mit sogenannten Verschwörungstheorien befassen.^{8}

Als Teil meiner Recherche habe ich an zahlreiche Ämter, Amtsträgern, Zeugen, Angehörige von Opfern und Journalisten

geschrieben und ihnen Fragen im Bezug auf das Berliner Ereignis gestellt. Keine der Fragen betraf ihren Privatbereich. Die große Mehrheit der Angeschriebenen wollte, wagte oder durfte meine Fragen nicht beantworten. In der Regel bekam ich nicht einmal eine Rückmeldung. Diese kollektive Verschwiegenheit ist das ausgeprägteste Kennzeichen des Berliner Ereignisses.

Zu den Abbildungen und Videos

Die Abbildungen, die aus verschiedenen Richtungen und zu verschiedenen Zeiten vom Tatort gemacht wurden, bieten einen handfesten Maßstab zur Bewertung von Zeugenaussagen. Die meisten Abbildungen geben keinen Anlass zum Verdacht, dass sie gefälscht oder manipuliert wurden. Eine Auswahl der Abbildungen befindet sich am Ende des Buches.

Es gibt auch einige Videoaufzeichnungen, die zusätzliche Anhaltspunkte zur Aufklärung bieten. Das sind in erster Linie (a) eine Videoaufzeichnung des Journalisten Jan Hollitzer von der *Berliner Morgenpost*;^{9} (b) ein arabisch besprochenes Video ^{10} und (c) eine 2-stündige Aufzeichnung vom Sender *RT*.^{11}

Eine Auswahl von Videos und Audioaufzeichnungen habe ich auf meiner Webseite gespeichert, um Lesern einen gesicherten Zugang zu diesen Quellen zu gewährleisten. Die Liste dieser Aufzeichnungen befindet sich an Ende des Buches.

Lesehilfe

1. An mehreren Stellen verweise ich auf mein Buch „Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung“ (Zambon Verlag, Frankfurt a. M., 2017) mit dem Kürzel PK.
2. Hinter den meisten Anmerkungen befindet sich eine Zahl in der

Form #nnn, =nnn oder Bnnn. Diese Zahl ermöglicht einen direkten Zugriff auf PDF-Kopien der Originalquellen, die zur Untermauerung dieser Recherche unentbehrlich sind:

- Für #nnn ist die Adresse des Zugriffs:
www.aldeilis.net/fake/nnn.pdf

- Für =nnn ist die Adresse des Zugriffs:
www.aldeilis.net/terror/nnn.pdf

- Für Bnnn ist die Adresse des Zugriffs:
www.aldeilis.net/berlin/nnn.pdf

Kapitel 1: Wo? Wann?

(1) Die Lage vor Ort

Der Ort des Ereignisses ist ein Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin bei der Gedächtniskirche. Entlang des Weihnachtsmarkts liegt die Budapester Straße.

Laut der offiziellen Darstellung soll ein 40-Tonner Sattelschlepper in den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz hereingerast und nach etwa 50 Metern wieder herausgefahren sein. Bei seiner Durchfahrt soll der Lkw zahlreiche Menschen verletzt haben, darunter elf tödlich. Es bestehen Zweifel an dieser Darstellung. Um diese Zweifel zu verstehen, ist es empfehlenswert, sich mit der Lage des Ortes vertraut zu machen (siehe [Abb. 1](#) und [Abb. 2a](#)).

[Abb. Nr. 2a](#) stammt wahrscheinlich vom frühen Morgen des 20. Dezember. Diese Abbildung vermittelt einen guten Gesamtüberblick über den Abschnitt des Weihnachtsmarkts, der mutmaßlich vom Lkw befahren wurde. Die abgebildete Straße ist die Budapester Straße. Der Lkw und ein gelber Bus stehen am Ort. Die Abbildung ermöglicht die Einschätzung der Größenordnungen, darunter die Breite des Eingangs zum Weihnachtsmarkt (links) und die Breite der Ausfahrtsstelle des Lkw. Das große Gebäude rechts ist die neue Gedächtniskirche. Hinter diesem Gebäude steht die alte Gedächtniskirche, die auf dieser Abbildung größtenteils nicht sichtbar ist. Die Abbildung ermöglicht es, die Buden zu zählen, deren Betreiber das Ereignis erlebt haben sollen. Man bemerke, dass der Lkw weder den Tannenbaum noch die Wände der Bude Nr. 1 getroffen hat. Für die Beschädigung des Budendachs habe ich keine Erklärung. Man merke ferner, dass die Wände des hellblauen Hauses bei der Ausfahrtsstelle des Lkw auch nicht beschädigt wurden, nur dessen Dach. Wie dieser Schaden entstanden ist, bleibt ein Rätsel.

[Abb. Nr. 1](#) zeigt die Straßenlage. Die Kantstraße und die Hardenbergstraße führen zur Budapester Straße. Aus diesem Diagramm ergibt sich folgendes: Wenn der Lkw aus der Kantstraße angefahren ist, hätte er eine steile Kurve fahren müssen, um in den Weihnachtsmarkt hineinzufahren. Diese Kurve hätte ein 40-Tonner nur langsam ausführen können.

(2) Die genaue Zeit des Ereignisses: Ein Staatsgeheimnis

Man hätte erwartet, dass die Feststellung der genauen Zeit der Lkw-Fahrt durch den Weihnachtsmarkt kein Geheimnis ist. In der Tat traut sich keine Behörde, weder die Berliner Polizei noch die Staatsanwaltschaft, die genaue Zeit des Ereignisses preiszugeben, geschweige denn diese durch konkrete Beweise zu untermauern. Auch die Beweggründe für diese Geheimhaltung bleiben rätselhaft.

In einem ihrer frühen Berichte meldete die Deutsche Presseagentur (*dpa*), dass ein Lkw genau um 20.14 Uhr in den Weihnachtsmarkt hineinfuhr. Man darf wohl davon ausgehen, dass *dpa* diese Zeitangabe nicht erfunden, sondern aus Polizeiquellen erhalten hatte. Die Zeitangabe wurde von der *BBC*^{12} und anderen Medien weltweit zitiert,^{13} auch in einzelnen deutschen Zeitungen, z.B. bei *Die Zeit*^{14} und der *Berliner Zeitung*.^{15} War hier ein Irrtum im Spiel? Vielleicht. Festzustellen ist jedoch, dass weder *dpa* noch die betreffenden Medien diese Zeitangabe nachträglich korrigierten. *BBC* wiederholte diese Zeitangabe sogar noch am 24. Dezember 2016.^{16} Von wem stammte diese Zeitangabe? Wenn sie falsch war, warum wurde sie nicht korrigiert? Wenn sie richtig war, warum wird sie nicht weiter erwähnt?

Nach Angaben des Sprechers der Berliner Feuerwehr, Sven Gerling, gingen die ersten Notrufe vom Breitscheidplatz um 20.07 Uhr ein. Falls ein Lkw erst um 20.14 Uhr in das Gelände hineinfuhr, wie *dpa* es gemeldet hatte, stellt sich die Frage: Wieso gingen dann die

Notrufe schon um 20.07 Uhr (*Die Welt*^{17}, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*,^{18} *Berliner Morgenpost*^{19}) oder sogar um 20.04 Uhr (*Die Zeit*^{20}, *Tagesspiegel*^{21}) bei der Feuerwehr, der Polizei und der Berliner Notrufzentrale ein? Berlins Innensenator Andreas Geisel maßte sich sogar an, die Uhrzeit der ersten Notrufe auf 20.02 Uhr zurück zu „korrigieren“.^{22} Die *taz* berichtete dagegen am 20. Dezember, dass die ersten Notrufe erst gegen 20.35 eingingen! Ist *diese* Nachricht vielleicht die einzig wahre? Fest steht, dass auf den vorliegenden Fotos bis ca. 20.55 keine Krankenwagen am Ort zu sehen sind (siehe [Abb. 3](#)).

In der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten der Berliner Polizei und dem Präsidenten des BKA am 20. Dezember, sprach der Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank von einem „Geschehen“, das sich „gegen 20 Uhr“ ereignet hatte.^{23} Die genaue Uhrzeit des Geschehens wollte er nicht angeben.

Armin Hölzl, einer der Zeugen, beharrte darauf, dass der Lkw schon um 19.58 Uhr auf den Weihnachtsmarkt fuhr. Er „habe sich umgedreht und gesehen, wie die Hütten umfallen wie Dominosteine“. Vier Minuten später, genau um 20.02 Uhr, so Hölzl, rief er seine Frau an und erzählte ihr, er habe gerade ein Attentat überlebt.^{24} Die *Frankfurter Rundschau* meldete ihrerseits am 16. September 2017, dass das Ereignis am Breitscheidplatz „kurz vor 20 Uhr“ begann.^{25}

Dass die Bundesbehörden die genaue Zeit des Ereignisses nicht verraten wollen, ergibt sich zusätzlich aus der unverbindlichen Aussage von Bundesanwalt Thomas Beck, Leiter der Abt. Terrorismus beim Generalbundesanwalt, die er vor dem Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhaus Berlin im Sommer 2017 machte. Obwohl seine Aussage sonst sehr detailliert war, wiederholte auch Beck die vage Zeitangabe „gegen 20 Uhr“.^{26} In seiner Aussage behauptete er übrigens, der Lkw sei von der Kantstraße angefahren.

Während man über die Bedeutung dieser Widersprüche nur spekulieren kann, stehen folgende Tatsachen fest: Es ist völlig unrealistisch, dass die Bundesbehörden die genaue Zeit des Ereignisses nicht feststellen *können*. Daraus lässt sich ableiten, dass sie die genaue Zeit des Ereignisses in Berlin nicht verraten *wollen*; die Leitmedien verbreiten unbestätigte und widersprüchliche Zeitangaben zum Ereignis; und die Mitglieder des Bundestags wollen von all dem nichts wissen.

Kapitel 2: Die Fahrzeuge

Die offizielle Darstellung des Berliner Ereignisses beruht auf der Behauptung, dass ein Sattelschlepper vorsätzlich auf Menschen zugefahren und daher als Tatwaffe ihrer Ermordung verwendet worden ist. Zwei andere Fahrzeuge können mit dem Ereignis in Zusammenhang stehen. Der polnische Lkw-Fahrer, Łukasz Urban, wurde mutmaßlich mit einem Messer verletzt und mit einer Pistole erschossen. Das vorliegende Kapitel konzentriert sich ausschließlich auf die Fahrzeuge.

(1) Dimensionen und Bremseinrichtung des Lkw

Auf den Bildern vom Tatort in Berlin können wir den Lkw sehen. Es handelt sich um einen 40-Tonner Sattelschlepper Marke Scania R 450. Der Auflieger des LKW ist vom Typus Schwarzmüller (in einigen Berichten wird von einem 25- oder 32-Tonner gesprochen).

Länge des Sattels (Standard): 13600 mm

Sattelhöhe (Standard): ca. 4000 mm

Länge des Führerhauses: 2260 mm^{27}

Breite (Standard): 2550 mm^{28}

Höhe Kabinendach: 3860 mm^{29}

Laut Medienberichten soll in den Lkw eine automatische Notbremsanlage eingebaut worden sein. Die Polizei *geht davon aus*, dass diese Technologie die Fahrt des Lkw vorzeitig abgebremst hat. Dieses Notbremsesystem ist in Europa seit November 2015 für jeden neu zugelassenen Lastwagen über 16 Tonnen Gewicht vorgeschrieben. Diese Einrichtung warnt den Fahrer akustisch vor einer drohenden Kollision. Falls der Fahrer nicht reagiert, löst die Einrichtung eine automatische Notbremsung aus.^{30}

Die Bundesanwaltschaft berichtete in ihrer Erklärung vom 29.

Dezember 2016, nach dem „derzeitigen Ermittlungsstand ist davon auszugehen, dass der Lkw aufgrund seines automatischen Bremssystems zum Stehen kam.“^{31} Karlheinz Schmidt, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Güterverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL), äußerte gegenüber der Redaktion der *Berliner Morgenpost* dazu seine Zweifel: „Ich habe mir die Luftaufnahmen vom Tatort angesehen. Dass allein das Bremssystem den Lkw stoppte, halte ich nicht für plausibel. Es spricht vieles dafür, dass der Motor des Fahrzeugs abgewürgt worden ist.“^{32} Laut einer Sprecherin der Firma Scania sei es sogar theoretisch möglich, einen Lkw ferngesteuert zu stoppen. „Trotzdem ist es sehr kompliziert, einen ferngesteuerten Stopp auszuführen, sowohl vom technischen Aspekt als auch vom Sicherheitsaspekt her“, sagte sie der FAZ.^{33}

Im Gegensatz zur Erklärung von Scania behaupten Informatiker der University of California, San Diego, und der University of Washington in einem Bericht, dass mit einem bescheidenen Fachwissen Computer-Hacker Fernzugriff auf ein Fahrzeug erhalten und die Grundfunktionen des Fahrzeugs übernehmen können, einschließlich der Steuerung des Motors.^{34}

Experten sind sich also nicht einig, ob der Lkw durch dieser Bremseinrichtung zum Stillstand kam.

(2) Die Bewegungen des Lkw am Nachmittag des 19. Dezember

Herr Wasik von der polnischen Speditionsfirma des Lkw soll gegenüber der polnischen Webseite *WP Money* erklärt haben: „Es sieht so aus, als würde jemand [in Berlin] zu lernen versuchen, wie man den Lkw fährt.“ Laut GPS-Lesungen soll jemand um 15.19 Uhr und wieder um 15.44 Uhr vergeblich versucht haben, den Motor zu starten. Vor 17 Uhr soll der Lkw kurz in Richtung des Weihnachtsmarkts gefahren sein und dann wieder nach 17.30 Uhr.

Während dieser kurzen Strecken zeigte das GPS, dass der Motor zu „ersticken“ schien. Ariel Żurawski, Besitzer der Firma, deutete die ungewöhnlichen Bewegungen, die das GPS aufzeichnete, als Hinweis darauf, dass Łukasz Urban nicht den Lkw kontrollierte. Ferner sagte er: „Das Fahrzeug wurde gestartet, abgestellt, vorwärts gefahren, dann rückwärts. Als ob jemand im Laster lernen würde, wie man fährt.“^{35}

Daher versuchte das Unternehmen, Łukasz Urban zu kontaktieren, um herauszufinden, was los war. Aber niemand antwortete auf die Anrufe.

Die Medien deuteten die Aussagen von Herrn Wasik als Beweis, dass Anis Amri den Lkw zwischen 15.00 und 16.00 Uhr gekapert und dann versucht hatte, die Handhabung des Lasters zu meistern. Wie im Kapitel 3 berichtet, soll Amris „Schnüffelhandy“ nachgewiesen haben, dass er und zwei seiner Freunde sich zwischen 15.30 und 16.30 Uhr in einem Imbiss an der Buttmanstraße gegenüber der Masjid-Al-Umah-Moschee aufhielten, also etwa 3 km vom Lkw entfernt, der am Friedrich-Krause-Ufer gegenüber der Firma Thyssen-Krupp abgestellt war. Es müsste daher jemand anderes als Amri versucht haben, den Lkw zwischen 15.00 und 16.00 Uhr zu starten und zu fahren.

(3) Die Anfahrt des Lkw zum Breitscheidplatz

Zunächst wurde weitgehend berichtet, der Lkw sei aus der Kantstraße zum Breitscheidplatz angefahren.^{36} Das ZDF versuchte, durch eine Animation nachzuweisen, dass der Lkw ganz gerade in den Markt hineinfuhr und bei der Ausfahrt zwei Buden zerstörte.^{37} Die *Welt/N24* publizierte eine ähnlich irreführende Animation, auf welcher ein Lkw aus der Kantstraße ganz gerade in den Weihnachtsmarkt hineinfährt,^{38} was unmöglich war (siehe [Abb. 2a](#)). *Der Spiegel* ([Abb. 16](#)), die *FAZ* ([Abb. 15](#)) und *stern* ([Abb.17](#)) publizierten Diagramme, die die Anfahrt des Lkw aus der Kantstraße

zeigen. Damit sollte die Legende der rasenden Fahrt glaubhaft gemacht werden. Bereits am 21. Dezember erklärte Holger Münch, Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), dass gemäß der GPS-Daten des Lkw dieser den Breitscheidplatz zunächst umrundete.^{39} Für die Behörden sollte daher kein Zweifel bestanden haben, aus welcher Richtung der Lkw zum Breitscheidplatz ankam.

Die britische *Mail Online* meldete am 21. Dezember, dass der Lkw „mehrere Male“ um den Breitscheidplatz „herumfuhr“, bevor er mit 40 mph (65 km/h) in den Weihnachtsmarkt hineinraste.^{40} Eine Woche später meldete die Zeitschrift *FOCUS*, dass gemäß untersuchten GPS-Daten, der Lkw *dreimal* den Breitscheidplatz umrundete, „um sich mit dem Lkw vertraut zu machen“.^{41}

Irgendjemand entdeckte, dass die Behauptung über die Ankunft eines rasenden Lkw aus der Kantstraße nicht stimmen konnte, weil ein Fahrzeug – geschweige denn ein 40-Tonner – die steile Kurve aus der Kantstraße zur Einfahrt des Weihnachtsmarkts nur sehr langsam schaffen könnte. Eine alternative Geschichte war vonnöten, um die Legende eines rasenden Lkw aufrechtzuerhalten.

Am 21. Dezember 2016 änderte sich also die Berichterstattung: Die *Berliner Zeitung* publizierte eine Infografik, auf welcher der Lkw aus der Hardenbergstraße ankommt. Diese Information wurde zwei Tage später von einem sogenannten Dashcam-Video „untermauert“. Das Video soll die Nachrichtenagentur *Reuters* von einem anonymen Taxifahrer erhalten haben, der zufällig am Ort gewesen war. Das Video, von der Dashcam seines Fahrzeugs aufgezeichnet, soll den Lkw bei einer rasenden Anfahrt aus der Hardenbergstraße zeigen.^{42} Das Video wurde weitgehend von Leitmedien als Beweis verbreitet, dass der Lkw in den Weihnachtsmarkt hineingerast sei. Mit bestem Willen kann der Zuschauer des Videos nicht eindeutig feststellen, ob der Lkw tatsächlich in den Weihnachtsmarkt oder weiter auf die Budapester Straße fährt. Darüber hinaus besteht ein Zweifel über die Echtheit dieses Videos: Seine Quelle ist unbekannt; das Video ist von sehr schlechter Qualität; es fehlt ein Teil der Aufzeichnung; Indizien

deuten auf eine Manipulation hin. Da der Lkw auf keinen Fall mit der gefilmten Geschwindigkeit in den Weihnachtsmarkt hineinfahren konnte, gibt es für das Dashcam-Video zwei Erklärungsmöglichkeiten: (1) das Video ist eine vollkommene Fälschung; (2) der erste Teil des Videos könnte den Lkw zeigen, als er noch eine Rundfahrt um den Weihnachtsmarkt machte. Solche Rundfahrten wurden bereits erwähnt. In diesem Fall müssten die wegrennenden Personen, die auf diesem Abschnitt des Videos erscheinen, im Nachhinein eingefügt worden sein.

Am 4. Januar 2017 gab es eine neue Fassung zur Ankunft des Lkw. Die Generalbundesanwaltschaft erklärte:

„Anhand der GPS-Daten des Lkw konnte die Route vom Friedrich-Krause-Ufer zum Anschlagort nachverfolgt werden. Sie führte über die Budapester Straße, die Hardenbergstraße und den Ernst-Reuter-Platz zurück über die Hardenbergstraße zum Breitscheidplatz.“^{43}

Später – im Juli 2017 – behauptete ein Staatsanwalt wieder, dass der Lkw aus der Kantstraße ankam.^{44} Dieses Hin und Her deutet darauf hin, dass es den Behörden schwer fällt, die Fakten mit der gewünschten Politik zu vereinbaren. Das erklärt auch, warum die Daten aus dem GPS des Lkw – die diese Fragen längst geklärt hätten – nicht veröffentlicht werden.

(4) Die Fahrgeschwindigkeit des Lkw

Die ersten Daten aus dem GPS des Lkw wurden von der Generalbundesanwaltschaft (GBA) in ihrer Erklärung vom 4. Januar 2017 veröffentlicht: „Anhand der GPS-Daten des Lkw konnte die Route vom Friedrich-Krause-Ufer zum Anschlagort nachverfolgt werden.“ Aus den GPS-Daten kann auch die jeweilige Geschwindigkeit des Lkw errechnet werden. Das wurde mir in einem Brief des Bundeskriminalamts vom 13. Mai 2017 bestätigt. Der

Grund für die Verheimlichung dieser Daten wird dem Leser im Laufe dieses Abschnittes einleuchten.

Laut Polizeisprecher Winfried Wenzel soll der Lastwagen sich „zwischen den Ständen mit hoher Geschwindigkeit bewegt“ haben.^{45} Ungenannte Experten sprachen von 50 bis 60 km/h.^{46} Bei der *Bild*-Zeitung hieß es, der Lkw wäre „[m]it hoher Geschwindigkeit [...] etwa 60 bis 70 Stundenkilometer“ auf den Weihnachtsmarkt gerast.^{47} Zwei ausländische Zeugen, Emma Rushton^{48} und Mike Fox^{49}, behaupteten, der Lkw wäre mit genau 40 mph (65 km/h) durch das Gelände gefahren. Sie sagten, sie hätten keine Anzeichen einer Verlangsamung beobachtet. Eine andere Zeugin, Lana Sefovac, behauptete, dass der Lkw sogar mit 80 km/h gefahren sei.^{50} Eine ähnliche Äußerung machte ein anderer Zeuge, Lucas Vandenberg, in einem privaten Gespräch mit mir. Keiner der in diesem Buch angeführten Zeugen erwähnte, eine Verlangsamung des Lkw wahrgenommen zu haben. Ein 40-Tonner braucht laut Bremstabellen mindestens 60 Meter, um aus 65 km/h zum vollkommenen Stillstand zu gelangen. Wäre der Lkw mit mehr als 60 km/h ins Gelände hineingefahren, wäre seine Verlangsamung für jeden Zeugen wahrnehmbar, denn er kam nach etwa 50 Metern zum Stehen. Nur bei einer langsamen Fahrt wäre seine Verlangsamung kaum wahrnehmbar gewesen. Aber in diesem Fall hätte kein Erlebniszeuge behaupten können, der Lkw wäre gerast.

Die Frage bezüglich der Geschwindigkeit des Lkw spielt eine zentrale Rolle bei der Aufklärung des Ereignisses, weil nur ein rasender Lkw die hohe Zahl der Toten und Verletzten erklären kann. Aus diesen Gründen hätte man erwartet, dass die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender professionelle Lastwagenfahrer zu einer Gesprächsrunde eingeladen hätten, um zu klären, ob ein 40-Tonner unter den gegebenen Umständen mit mehr als 60 km/h die erforderlichen Manöver am Breitscheidplatz zuwege bringen konnte. Den Sendern fiel diese Idee anscheinend nicht ein, oder die Verantwortlichen bangten um ihre Karriere.

Und dann kam der 5. April 2017.

An diesem Tag publizierte die Wochenzeitung *Die Zeit* einen mehr als 6500 Wörter langen Artikel über Anis Amri und das Berliner Ereignis mit der Überschrift „Ein Anschlag ist zu erwarten.“^{51} Nicht weniger als fünf Journalisten waren an der Recherche zu diesem Artikel beteiligt. Der Artikel enthielt Informationen, die die offizielle Darstellung des Berliner Ereignisses hätten erschüttern müssen. Sie sind im folgenden Abschnitt, im hinteren Teil des Beitrags, enthalten:

„Laut den GPS-Daten des Wagens fährt Amri den Laster durch den Tiergartentunnel, unter dem Regierungsviertel hindurch, am Potsdamer Platz entlang, vorbei an der Neuen Nationalgalerie. Er fährt nicht schneller als 50 km/h, die meiste Zeit langsamer. Dann erreicht er den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche. Er fährt daran vorbei, die Hardenbergstraße entlang, um den Kreisverkehr am Ernst- Reuter-Platz und dann wieder zurück. Um kurz nach 20 Uhr hält [der Lkw] an einer roten Ampel. Als die Ampel auf Grün springt, fährt Amri an. Es ist 20.02 Uhr. Mit rund 15 km/h schiebt sich der Lkw auf den Weihnachtsmarkt. [...]

Amri schafft es nicht, den Wagen stärker zu beschleunigen. Laut einem Ermittler wickelt sich die Lichterkette eines Weihnachtsbaums um die Achse und blockiert das Rad. Der Lkw wird langsamer, zieht nach links durch das Spalier der Buden und kommt auf der Budapester Straße zum Stehen.“

Dieser Abschnitt wurde in keiner Weise hervorgehoben. Explosiv waren diese Informationen nur für Leser, die den ganzen Artikel lasen und sich der Brisanz dieser Informationen bewusst waren. Die Redakteure waren sich über die Brisanz des Abschnitts jedenfalls im Klaren, denn sie schrieben:

„15 km/h sind nicht besonders schnell, doch an diesem Abend auf dem überfüllten Markt genug, um Menschen zu überrollen

und Buden niederzureißen. Die Opfer haben keine Chance."

Ob der Markt an diesem Abend tatsächlich „überfüllt“ war, ist zu bezweifeln. Dafür gibt es keinen Beleg.

Die neuen Informationen stellten die öffentliche These unmittelbar in Frage, dass der Lkw neun Personen tödlich getroffen und bis zu 30 Personen schwer verletzt hatte. In Untersuchungen über die Folgen eines Verkehrsunfalls wurde nachgewiesen, dass der Aufprall eines Fahrzeugs auf einen Passanten bei 15 km/h selten dessen Tod verursacht. Die hohe Zahl der Berliner Opfer, die von den Behörden bereits am Abend des 19. Dezember angekündigt wurde, lässt sich nicht mit einer langsamen Fahrgeschwindigkeit des Lkw vereinbaren.

Die Zeit wiederholte diese brisanten Informationen nicht. Redakteure der anderen Leitmedien erwähnten diese Veröffentlichung mit keinem Wort. Die Redaktion der *Zeit* publizierte ihrerseits keinen Rückzieher und gab damit zu verstehen, dass sie die Daten nicht in Frage stelle.

Am 17. April 2017 schrieb ich Mohamed Amjahid und Yassin Musharbash, zwei der Autoren des besagten Berichts, und stellte ihnen folgende Fragen:

1. Haben Sie eine Erklärung, warum keines der Medien die neuen Infos übernommen hat?

2. Wieso sprachen viele Zeugen von einer „irren“ Fahrt des Lkw (bis zu 80 km/h), wenn er bloß mit 15-20 km/h durch den Weihnachtsmarkt fuhr? Haben Sie dafür eine Erklärung?

3. Erhielt das Autorenkollektiv des Beitrages Zugang zu den originalen GPS-Daten? Wenn ja, welche Parameter enthielten diese Daten? Wie oft wurden die Daten gespeichert (Zeitraster)?

4. Von welcher Behörde erhielt Die Zeit die GPS-Daten?

Eine Antwort erhielt ich nicht.

Die Frage stellt sich nun, wie man die in *Die Zeit* publizierten Daten einschätzen soll. Gibt es hinreichende Gründe für die Verlässlichkeit der neuen Daten über die Fahrgeschwindigkeit des Lkw oder gibt es überzeugende Gründe, diese Daten zu ignorieren?

Argumente, die neuen Daten zu ignorieren:

1. Die Daten beruhen auf einem Irrtum.

Kontra: Die Journalisten haben geschrieben, dass der Lkw bei einer roten Ampel anhielt, bevor er sich auf den Weihnachtsmarkt schob. Sie erwähnten auch die Verwicklung einer Lichterkette eines Weihnachtsbaums um die Achse des Lkw, die die Fahrt noch weiter verlangsamte. Schließlich erkannten sie die Brisanz der Zahlen, nämlich dass 15 km/h „nicht besonders schnell“ sind, um Menschen zu töten und erwähnten deshalb, dass der Markt mit Menschen überfüllt war. Die Brisanz der neuen Informationen war ihnen also offenbar bewusst. Daher darf man davon ausgehen, dass sie die Verlässlichkeit der Informationen gründlich geprüft hatten.

2. Die Daten wurden zur Desinformation der Öffentlichkeit publiziert, z.B. um Kritiker der offiziellen These zu verunsichern.

Kontra: Theoretisch ist diese These plausibel. Sie macht aber keinen Sinn, denn warum sollte eine staatliche Behörde absichtlich die öffentliche Darstellung des Berliner Ereignisses erschüttern wollen? Die wenigen Kritiker der offiziellen These haben sowieso keinen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Viel mehr scheint es sich hier um ein Informationsleck zu handeln. Die nachträglichen Bemühungen, diese Veröffentlichung zu „begraben“, deuten darauf hin, dass die brisanten Daten ungewollt an die Öffentlichkeit gelangt sind.

3. Niemand nahm diese neuen Daten ernst.

Kontra: Dass sämtliche Leitmedien in Deutschland die Veröffentlichung dieser Daten ignorierten, bedeutet nicht, dass sie diese nicht ernst nahmen. Erstens ist *Die Zeit* eine ernstzunehmende Wochenzeitung, die Leitmedien nicht einfach ignorieren würden. Zweitens waren diese Informationen von hoher politischer Brisanz. Es mag sein, dass andere Medien die Veröffentlichung dieser Daten übersahen oder ihre Brisanz nicht erkannten. Es scheint mir doch wahrscheinlicher, dass bewusst kein Wort darüber berichtet wurde, damit die Öffentlichkeit nichts von der Enthüllung merkt.

4. Die Daten wurden vom Bundesanwalt Thomas Beck widerlegt.

Kontra: Bundesanwalt Thomas Beck berichtete vor dem Abgeordnetenhaus Berlin am 3. Juli 2017, dass der Lkw „von der Kantstraße kommend, mit einer Geschwindigkeit von ca. 49 km/h in die Einfahrt des Weihnachtsmarktes an der Gedächtniskirche am Breitscheidplatz“ fuhr.^{52} Er sagte nicht, auf welcher Grundlage seine Informationen beruhen. Er sagte offensichtlich nicht die Wahrheit, denn ein 40-Tonner konnte nicht mit 49 km/h die Kurve aus der Kantstraße zur Einfahrt in den Weihnachtsmarkt schaffen, ohne umzukippen. Vielleicht versuchte Beck durch diese Aussage, die These des „rasenden Lkw“ durch eine Kompromisszahl zu retten.

Argumente zur Annahme der neuen Daten:

- Die Geschwindigkeitsangabe schreiben die Journalisten ausdrücklich dem GPS-Gerät des Lkw zu.
- Die geringe Geschwindigkeit ist nachvollziehbar, weil der Lkw vor seiner Einfahrt auf den Weihnachtsmarkt an einer roten Ampel hielt.
- Die Journalisten erkannten die Brisanz der Daten. Sie gingen also von der Echtheit der Daten aus.
- Die Redaktion der Zeit erkannte die Brisanz der neuen Daten, denn sie veröffentlichte keine Korrektur.

- Die Herkunft des Lkw aus der Kantstraße ist nur mit einer langsamen Fahrt vereinbar.
- Die Herkunft des Lkw aus der Kantstraße gehörte zum ursprünglichen Narrativ.
- Der Lkw gelangte nach etwa 50 Metern zum Stillstand. Das wäre mit einer Geschwindigkeit über 60 km/h nicht machbar gewesen. Mit 49 km/h wäre die Verlangsamung der Fahrt wahrnehmbar, aber kein Zeuge erwähnte diese Verlangsamung. Eine Verlangsamung aus 15 km/h wäre hingegen nicht unbedingt wahrnehmbar.
- Das Fehlen konkreter Beweise über neun Tote und mehr als 18 Schwerverletzte am Weihnachtsplatz ist mit einer rasenden Fahrt des Lkw nicht vereinbar.
- Wenn die GPS-Daten des Lasters eine relativ hohe Geschwindigkeit bestätigt hätten, bestünde kein plausibler Grund, diese Daten zu verheimlichen. Ihre Verheimlichung deutet daher darauf hin, dass durch ihre Veröffentlichung die offizielle Darstellung der Ereignisse in eine schwere Glaubwürdigkeitskrise geraten könnte.

Grundsätzliche Feststellung

Wenn der Lkw überhaupt durch den Weihnachtsmarkt gefahren ist, so kann er nur mit niedriger Geschwindigkeit gefahren sein, also mit höchstens 15 km/h. Mit dieser Geschwindigkeit wäre kein Massenmord möglich gewesen. Dass der Lkw nicht weiter geradeaus fuhr, sondern nach 50 Metern zur Budapester Straße abbog und anhielt, belegt weiter, dass der Fahrer keinen Massenmord begehen wollte.

Die Feststellung, dass der Lkw mit niedriger Geschwindigkeit durch den Weihnachtsmarkt gefahren ist, spielt bei der Bewertung von Zeugenaussagen eine zentrale Rolle, denn jeder Augenzeuge, der behauptet, der Lkw wäre durch den Markt „gerast“, muss es gegen besseres Wissen gesagt haben.

(5) Der gelbe Bus

Ein gelber Gelenkbus der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ist auf allen Abbildungen vom Tatort am Breitscheidplatz sichtbar (siehe z.B. [Abb. 2b](#), [Abb. 3](#) und [Abb. 8](#)). Der Bus steht auf den Abbildungen etwa 20 Meter hinter dem Lkw.

Auf [Abbildung Nr. 21](#) fehlt der gelbe Bus, während der Lkw schon angekommen ist. Auf Jan Hollitzers Aufzeichnung, die um 20.04 beginnt, ist der gelbe Bus schon sichtbar. Falls [Abbildung Nr. 21](#) unverfälscht ist, soll der gelbe Bus innerhalb von Minuten nach der Ankunft des Lkw und vor 20.06 Uhr angekommen sein.

Der Bus ist an der abgebildeten Stelle bis zum Abtransport des Lkw am nächsten Morgen stehen geblieben. Den gleichzeitigen Abtransport beider Fahrzeuge kann man auf einem Video von *RT Deutsch* ab 1:46:35^{53} oder auf einem 5-minütigen Ausschnitt dieses Videos beobachten.^{54} Man bemerke, dass der Bus diskret abgefahren wird.

Auf [Abbildung 24](#) sieht man beim Lkw eine Gruppe zivilgekleideter Personen. Feuerwehrleute und Sanitärer sind noch nicht angekommen. Die [Abbildung](#) muss kurz nach dem Eintreffen des Lkw entstanden sein. Die Leute erwarten keinen Verkehr. Ein Mann führt ruhig sein Rad auf der Straße. Die abgebildeten Personen befinden sich am Ort mit der Duldung der Polizei. Wer sind sie? Was tun sie? Von wo kommen sie? Hat der gelbe Bus sie hingbracht?

Nach meiner Kenntnis hat keine Zeitung die Anwesenheit des gelben Busses am Tatort erwähnt, geschweige denn thematisiert. Die zuständigen Behörden haben zur Anwesenheit des Busses am Tatort nichts gesagt. Der Busfahrer wurde weder genannt noch von Medien interviewt, obwohl er ein Augenzeuge der Geschehnisse sein musste und hätte erklären können, warum er den Bus an dieser Stelle geparkt hat und warum der Bus nicht entfernt wurde. Schon im Jahr

2013 sollen 80 Prozent aller BVG-Busse mit Kameras ausgestattet worden sein.^{55} *Der Tagesspiegel* meldete am 22. Dezember 2016, dass nach Angaben von BVG-Sprecherin Petra Reetz „fast alle Busse“ mit Sicherheitskameras ausgestattet sind.^{56} Matthias Schmidt (SPD) erklärte am 27. Januar 2017 im Bundestag, dass sich in Berlin insgesamt 15 000 Videokameras im öffentlichen Raum befinden, „die meisten davon im öffentlichen Personennahverkehr“.^{57} Von den Sicherheitsvideos des gelben Busses, die als Beweismaterialien dienen könnten, wurde aber nichts berichtet.

Da der Bus beinahe zeitgleich mit dem Lkw ankam und wegfuhr und seine Rolle am Ort verschwiegen wird, darf man davon ausgehen, dass der Bus am Ort eine Rolle spielte. Die Ankunft des Busses war offensichtlich mit der Ankunft des Lkw synchronisiert. Da Anis Amri kein Angestellter der Berliner Verkehrsbetriebe war, musste ihn jemand bei der Synchronisation der beiden Fahrzeuge vertreten haben, jemand der das Vertrauen der BVG-Leitung hatte.

(6) Der zweite Lkw

Slawomir Matuk (34) arbeitet(e) ebenfalls als Lkw-Fahrer bei Ariel Żurawski und befand sich am Tag des Ereignisses mit einem ähnlichen Lastwagen wie Łukasz Urban in Berlin. Das meldete *dpa* am Tag darauf und berief sich dabei auf ein Gespräch mit Slawomirs Eltern Barbara und Kazimir Matuk. Die Familie durchlebte bange Momente der Ungewissheit, bis sich ihr Sohn Slawomir telefonisch meldete.^{58} Diese merkwürdige Meldung wurde am 20. und 21. Dezember 2016 von einzelnen Zeitungen übernommen, verschwand aber bald aus den Medien. War es ein Zufall, dass sich beide Fahrer des kleinen polnischen Unternehmers gleichzeitig in Berlin befanden? Haben sie sich in Berlin getroffen? Was tat Slawomir Matuk in Berlin?

Kapitel 3: Der mutmaßliche Täter

Anis Amri, in Tunesien am 22. Dezember 1992 geboren, wird in der Öffentlichkeit als der Einzeltäter eines Anschlages auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin dargestellt. Niemand scheint seine Schuld am Massenmord des 19. Dezember 2016 in Berlin in Frage zu stellen. Dennoch muss betont werden, dass der junge Mann weder von einem Gericht noch von einer unabhängigen Untersuchungskommission schuldig gesprochen wurde. Die Schuldzuweisung beruht auf geheim gehaltenen Polizeibefunden. Er gilt deshalb weiterhin als unschuldig.

In diesem Kapitel veranschauliche ich, wie Anis Amri zu einem Sündenbock aufgebaut wurde. Da ich den Mann nicht kannte, kann ich aus eigener Erfahrung weder etwas über seine Gesinnung, noch über seinen Lebenslauf sagen. Alle mir zugänglichen Informationen (mit der Ausnahme von einigen Aussagen seiner Familienmitglieder) stammen aus dem Sumpf der Sicherheitskreise. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung, der mehrere hundert Jahre gilt, scheint für deklarierte Feinde des deutschen Staates nicht mehr zu gelten. Amri wurde ohne Gerichtsurteil nicht nur als Terrorist bezeichnet, sondern in einer Nacht- und Nebelaktion getötet. Als Menschenrechtler fühle ich mich gehalten, seine Unschuldsvermutung hochzuhalten, die von sämtlichen Politikern und Medien mit Füßen getreten wird. Ihn als Terroristen oder Mörder zu bezeichnen, ist eine unzumutbare Beschuldigung, eine üble Nachrede und beschämt die deutsche Gesellschaft.

(1) Der erste Verdächtige

Laut *Die Welt* vom 20. Dezember 2016 – unter Berufung auf polizeiliche Quellen – soll eine Person, die jemanden vom Lkw am Breitscheidplatz fliehen sah, dem Fliehenden im Sicherheitsabstand

hinterher gerannt sein. Während er den Verdächtigen durch die Dunkelheit verfolgte, soll der Zeuge permanenten Telefonkontakt mit der Notrufzentrale gehalten und den Beamten fortlaufend die Position des Verdächtigen durchgegeben haben. „Mit Hilfe dieses Zeugen war es uns möglich, den Verdächtigen zu fassen“, erklärte Polizeisprecher Winfrid Wenzel.^{59} Der Zeuge wollte, laut Medienberichten, nicht erkannt werden. Ob die Medien, die von ihm berichteten, seine Identität kannten bzw. mit ihm sprachen, wurde nicht gemeldet. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass die Geschichte dieses Zeugen vollkommen erfunden ist.

In seinem Bericht über die aktuelle Sicherheitslage in Berlin erklärte Senator Andreas Geisel am 23. Dezember 2016 dem Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhauses Berlin, dass die erste tatverdächtige Person, ein pakistanischer Staatsangehöriger, später Naveed (oder Naved) Baloch genannt, *gegen 20.53 Uhr* identifiziert und bei der Siegessäule festgenommen wurde:

„Die Festnahme erfolgte aufgrund von Zeugenaussagen – heute müssen wir sagen: von vagen Zeugenaussagen – aus dem Waldorf-Astoria-Hotel, also doch aus einer gewissen Entfernung heraus. Trotzdem war es so, dass die Täterbeschreibung der ersten Zeugenaussage auf den ersten Tatverdächtigen zutraf, deswegen erfolgte die Festnahme. [...] Ich muss schlicht sagen, wenn man sich die Zeugenaussage zu der Täterbeschreibung anschaut, war die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um die gesuchte Person handelte, schon groß.“^{60}

In dieser Aussage ist nicht mehr von dem Zeugen die Rede, der dem Verdächtigen nachgelaufen ist, sondern von jemandem, der den Verdächtigen aus dem Waldorf-Astoria heraus gesehen und ihn bloß beschrieben haben soll.

Laut mehreren Ausgaben der englischen *Mail Online* vom 19. Dezember 2016, um 19.32 Uhr (GMT), war der Verdächtige

vermummt („masked“). Von seiner mutmaßlichen Vermummung hat niemand sonst berichtet.

Eine zweite Fassung publizierte die britische *The Guardian* am 29. Dezember 2016. Die Journalistin Kate Connolly, die mit Baloch Kontakt aufnahm, schrieb:

„Naveed Baloch überquerte eine Straße im Berliner Zentrum [...]. Er war auf halbem Weg über die Straße, als ein Auto in seiner Richtung fuhr und ging deshalb schneller. Ich erkannte dann, dass es ein Polizeiauto war. Ich hielt inne, als sie zu mir winkten, und zeigte ihnen alle Ausweise, die ich bei mir hatte.“ Die Polizei ließ ihn gehen, rief ihn aber innerhalb von Sekunden zurück und nahm ihn fest.^{61}

Eine dritte Fassung erschien in der *Welt am Sonntag*. Ein pakistanischer Journalist rief Baloch für die Zeitung an:

„Frage: Wie kam es dazu, dass Sie am Montagabend in der Nähe des Weihnachtsmarktes festgenommen wurden?“

Baloch: Ich war unschuldig, aber sie haben mich einfach festgenommen. Ich hatte am Morgen einen Termin beim Amt. Es dauerte länger als geplant, und ich verspätete mich. Ich wollte einen Freund treffen, der mich darum bat, Wodka zu kaufen. Er wollte etwas trinken gehen, aber ich sagte ihm, ich wolle zurück in meine Unterkunft, weil ich schlafen wollte.

Frage: Waren Sie zur Zeit des Anschlags in der Nähe des Weihnachtsmarkts am Breitscheidplatz?“

Baloch: Nein, dort war ich nicht. Die Polizei nahm mich beim Hansaplatz fest (etwa 1,8 Kilometer entfernt vom Breitscheidplatz). Ich war in der Nähe eines Parks (des Tiergartens) und wollte meine U-Bahn erwischen, um nach Hause zu fahren. Dabei musste ich eine Straße überqueren und rannte,

weil mir Autos entgegenkamen. Ein paar Polizisten haben mich rennen sehen und mich angehalten. Sie fragten mich, warum ich renne, und ich sagte ihnen, es war wegen der Autos. Dann kam meine U-Bahn, aber sie haben mich weiter festgehalten.^{62}

Eine vierte Fassung lieferte Naveed Baloch in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 2. Februar 2017. Baloch sagte, dass er mit mehreren Freunden, ebenfalls Belutschen, auf einem kleinen Platz nahe der Siegessäule in Berlin gestanden habe. Es sei schon dunkel gewesen, als er sich verabschiedet hatte, um in seine Unterkunft zurückzukehren. Plötzlich soll ihm ein Polizeiauto den Weg abgeschnitten haben. Baloch musste sich in den Wagen setzen. Er glaubte, die Polizei habe ihn aufgehalten, weil er unerlaubt die Straße überquert hatte. Nach eigener Aussage wusste er zu diesem Zeitpunkt nichts von einem Attentat.^{63}

Einige Medien versuchten schon früh, den Verdacht auf Naved Baloch als Täter zu lenken. So berichtete z.B. *Der Tagesspiegel* am 20. Dezember um 15.14 Uhr, dass Naved „wegen Sexualvergehen in Deutschland aktenkundig [...], mit mehreren Aliasnamen bekannt gewesen“ sei und dass er einen Lkw auf „einen Berliner Weihnachtsmarkt gesteuert haben soll.“^{64}

Ab etwa Mittag des 20. Dezember erklären Polizeipräsident Klaus Kandt und Generalbundesanwalt Peter Frank,^{65} sie wären unsicher, ob Baloch der Täter ist. Am Abend soll die Polizei ihn zu einem Hotel an einem unbekanntem Ort gebracht haben. Ihm soll gesagt worden sein, dass er das Hotel nicht verlassen soll, ohne es der Polizei zu melden. Das diene lediglich zu seiner eigenen Sicherheit.^{66} Dies bekräftigte Baloch später in einem Gespräch mit *Die Zeit*.^{67} Über die genauen Umstände seiner Freilassung wurde aus unerklärten Gründen nicht berichtet.

Laut *The Guardian* soll Baloch von der Berliner Polizei misshandelt worden sein,^{68} was die Polizei allerdings bestreitet.^{69}

War Naveed an der Operation am Breitscheidplatz beteiligt? Er jedenfalls bestritt, vom Ereignis am Breitscheidplatz etwas gewusst zu haben. Er bestritt zudem, am Tatort gewesen zu sein. Seine widersprüchlichen Aussagen erwecken aber kein Vertrauen in seine Glaubwürdigkeit. Warum er solche widersprüchliche Aussagen machte, bleibt zurzeit ungeklärt. Mir sind aber keine Indizien bekannt, dass er unschuldige Passanten ermorden wollte, dass er ein fanatischer Islamist ist oder dass er für eine Mordtat angeworben wurde.^{70} Seine Teilnahme in einer vom Staat organisierten Täuschungsoperation kann aber nicht ausgeschlossen werden.

(2) Platzierte Gegenstände?

Die öffentliche Phase des Aufbaus von Amri als Sündenbock begann mit Berichten, dass Ermittler einige Gegenstände, die Anis Amri belasten sollten, im Führerhaus des Lasters gefunden hätten: ein Ausweisdokument (eine deutsche Duldungsbescheinigung); ein Handy; Fingerabdrücke und blutverschmierte Kleidung. Laut Sonderermittler Kurt Beck soll Amri sogar „zwei Handys bewusst am Tatort hinterlassen haben, um sich zur Tat zu bekennen.“^{71}

Laut der *Bild*-Zeitung und der *Süddeutsche Zeitung* soll der Täter Gegenstände im Laster hinterlassen haben „mit dem Bestreben [...] der Nachwelt als Held in Erinnerung zu bleiben.“^{72} Thomas Beck, Bundesanwalt, erklärte seinerseits am 3. Juli 2017: „[Amri] hinterlässt bewusst seine Geldbörse mit der Duldungsbescheinigung – davon gehen wir aus, um die Tat mit seiner Person in Verbindung zu bringen.“^{73} Nur, die Duldungsbescheinigung war nicht auf seinen Namen, sondern auf den Namen Achmed al-Masri ausgestellt.^{74} Laut der *Augsburger Allgemeine* wollen Sicherheitskreise nicht ausschließen, „dass es möglicherweise von einem Dritten dort mit Absicht hinterlassen wurde, um eine falsche Fährte zu legen.“^{75}

Laut der *Berliner Zeitung* vom 22. Dezember 2016 war das

Dokument, das unter dem Sitz des Lkw in Berlin gefunden wurde, das *italienische Ausweisungsschreiben*.^{76}

Zuallererst stellen wir fest, wie unbestimmt die Angaben zum Fundort dieser Gegenstände sind: Laut einigen Meldungen soll Amri eine Duldungsbescheinigung „im Fußraum“^{77} des Führerhauses hinterlassen haben. Anderen Meldungen zufolge wurde das Dokument „unter dem Fahrersitz“ gefunden.^{78} Einer dritten Fassung zufolge befand sich die Duldungsbescheinigung in seiner Geldbörse, die zunächst nicht erwähnt wurde.^{79} Die Geldbörse soll laut Berliner Polizei „erst am Tag nach dem Anschlag *auf den Weihnachtsmarkt*“ und nicht im Führerhaus des Lkw entdeckt worden sein.^{80} Laut einer anderen Fassung befand sich sein Aufenthaltsdokument „unter dem Lkw“.^{81} Die *Frankfurter Rundschau* hingegen behauptete am 16. September 2017, das Portemonnaie wäre „im Lkw-Fahrerhaus“ gefunden worden.^{82}

Auch sein Handy soll Amri im Fahrzeug hinterlassen haben.^{83} Aber laut *Süddeutsche Zeitung* ist das Handy „durch die geborstene Frontscheibe aus dem Lkw katapultiert worden und lag *vor dem Fahrzeug*.“^{84} Viel später, am 3. Juli 2017, berichtete Bundesanwalt Thomas Beck, dass nicht ein, sondern zwei Handys beim Lkw gefunden wurden seien: „Am Tatfahrzeug, außerhalb, in der Nähe der Stoßstange, wurde ein Smartphone der Marke HTC sowie im Fußbereich der Fahrerkabine unter einer Decke ein Klapphandy – kein Smart-phone – Marke Samsung, aufgefunden, die Amri zuzurechnen sind.“^{85}

Der *Berliner Zeitung* zufolge soll im Führerhaus des Lkw sogar „blutverschmierte Kleidung“ gefunden worden sein.^{86} Dieser Fund im Führerhaus soll die Polizei zur Vermutung verleitet haben, dass der Täter schwer verletzt war. Scharen von Polizisten wurden daraufhin zu allen Spitälern in Berlin und Brandenburg geschickt, um den verletzten Täter zu suchen!^{87} Die Bundesanwaltschaft hat jedoch diesen mutmaßlichen Fund nicht bestätigt.

Auch zur *Fundzeit* gab es widersprüchliche Meldungen. Zunächst war von diesen Gegenständen nie die Rede, obwohl man davon ausgehen darf, dass die herbeigerufenen Beamten der Führerhaus sofort untersucht haben. Jan Hollitzer bestätigte diese Tatsache auf seinem berühmten Video, etwa als er um 20.10 Uhr beim Lkw eintraf. Er sagte: „Der Lkw wird jetzt untersucht.“ Die *Berliner Zeitung* ihrerseits berichtete am nächsten Tag, dass ab 22.00 Uhr des ersten Abends die Forensiker die Spurensicherung übernahmen und „vor allem das stark beschädigte Führerhaus“ inspizierten.^{88}

Eine Abbildung vom Abend des 19. Dezember 2016 zeigt auch den Rücken eines Polizeibeamten bei der Besichtigung des Führerhauses (siehe [Abb. 13](#)).

Die Welt meldete am 20. Juni 2017 und berief sich dabei auf die Berliner Polizei, dass die Ermittler erst am 20. Dezember 2016 „zwischen 15 und 16 Uhr“ bei einer „genaueren Untersuchung der Lkw-Fahrerkabine“ eine Geldbörse mit einem Duldungsschreiben der Ausländerbehörde im nordrhein-westfälischen Kleve gefunden haben.^{89} Auch laut dem *Spiegel* wurde Amris gefälschte Duldungsbescheinigung erst am Dienstag, dem 20. Dezember, also am Tag nach dem Ereignis, gefunden.^{90} Der Lkw wurde zu diesem Zeitpunkt bereits in eine Kaserne abtransportiert und befand sich deshalb nicht mehr in den Händen der Berliner Polizei. Amris Handy soll übrigens nicht im Führerhaus, sondern von irgend jemandem, irgendwann, „außen an dem Lkw“ gefunden worden sein.^{91}

Die vermeintlichen Fingerabdrücke von Anis Amri wurden anscheinend noch nicht am 21. Dezember entdeckt. Das ergibt sich aus der Meldung des Tagesspiegels vom 21. Dezember, dass Kriminaltechniker „weder DNS noch Fingerabdrücke des 23-Jährigen [Naved] im Lkw“ gefunden haben. Diese Meldung bedeutet, dass der Lkw bereits nach Fingerabdrücken untersucht worden war.

Die Fingerabdrücke von Amri sollen erst später gefunden worden sein.^{92} Von ihnen berichteten die Medien erst am 23. Dezember. Die

lange Dauer bis zum mutmaßlichen Fund der Fingerabdrücke erklärte die *Bild-Zeitung* damit – und berief sich dabei auf Ermittler, dass zuerst Hunde (Mantrailer) in das Führerhaus gelassen werden sollten. Die *dpa* wiederum meldete am Freitag, dem 23. Dezember, dass die Fingerabdrücke erst so spät gefunden worden sind, weil das Führerhaus „versiegelt“ worden sei.^{93} Die Bundesanwaltschaft wollte allerdings nicht bestätigen, dass Amris Fingerabdrücke überhaupt im Lkw gefunden worden sind. Von einer Versiegelung des Führerhauses fehlt jeder Beleg.

Kommentatoren der Medien äußerten ihre Zweifel, dass die Gegenstände, die Amri zugeordnet wurden, erst am Tag nach dem Ereignis (oder später) entdeckt worden sind. Ein Journalist des *Bund* versuchte aber, die Verspätung wie folgt zu erklären:

„Grund für die späte Durchsuchung der Fahrerkabine: Spürhunde sollten dort den Geruch des Verdächtigen aufnehmen. Um diesen nicht zu verderben, war das Führerhaus zunächst versiegelt und nicht gründlich durchsucht worden.“^{94}

Diese Erklärung wurde später von der *Frankfurter Rundschau* widerlegt: Polizisten mit Fahndungshunden „durften nicht an den Tatort“!^{95}

Die Geschichte des Mantrailer-Einsatzes wurde am 3. Juli 2017 von LKA-Chef Christoph Steiof *ad acta* gelegt. Er berichtete, dass es nicht zu diesem Einsatz gekommen sei, „weil Hunde, die in diesem Lkw geschnüffelt hätten, etliche Spuren vernichtet hätten“.^{96}

Der Tagesspiegel hatte eine bessere Erklärung: Die Ermittler hätten den zerstörten Lkw durchsucht, „soweit das in der Dunkelheit möglich ist“.^{97}

Die Behörden hätten sich diese peinlichen und widersprüchlichen Erklärungen sparen können, denn schon am 19. Dezember um 22.16 Uhr, also zwei Stunden nach dem mutmaßlichen Angriff, tweetete

Pegida-Gründer Lutz Bachmann: „Interne Info aus Berliner Polizeiführung: Täter tunesischer Moslem. Dass der Generalbundesanwalt übernimmt, spricht für die Echtheit.“^{98} Bachmann wollte den Namen seines Informanten nicht preisgeben. Verständlich. Als er Probleme witterte, witzelte er: „Liebe Presse, ich gebe es zu, ich hatte natürlich nur meine Glaskugel und keinen Informanten!“, schrieb er auf Twitter. „Und jetzt bitte Ruhe geben, ok?“^{99} Er bestätigte durch seine Meldung, dass die Identität des Sündenbocks (Amri), schon am Abend des Ereignisses (und möglicherweise früher) bekannt war. Interessant dabei sind die Bemerkungen von Polizeipräsident Klaus Kandt vor einem Ausschuss des Berliner Abgeordnetenhaus am 23. Dezember 2016. Er sagte, dass Bachmann „das zu einem Zeitpunkt getan hat, an dem wir noch den Pakistani als Tatverdächtigen und gar keine Hinweis auf den Amri hatten, sodass von der Polizei diese Information nicht kommen kann.“^{100} Es gibt aber andere Quellen, die ihm die Information zuschieben konnten.

(3) Die sogenannte Bekennermeldung

Der sogenannte Islamische Staat soll sich am 20. Dezember 2016 durch die fiktive Nachrichtenagentur *Aamaq* (auch *Amak* oder *Amaq* geschrieben) zu dem „Anschlag“ in Berlin bekannt haben. Diese Meldung wurde wie üblich von SITE Intelligence Group – einer US-Israelischen Firma mit geheimdienstlichen Beziehungen^{101} – an die Medien weitergeleitet (siehe [Abb. 14](#)).^{102}

Der Islamische Staat soll auch am 23. Dezember 2016, und wieder durch *Aamaq*, eine Videobotschaft des mutmaßlichen Täters, Anis Amri, veröffentlicht haben.^{103} Das Video befindet sich nicht auf der Webseite von *Aamaq*, weil Fiktionen bekanntlich keine Webseiten betreiben. Es befindet sich dagegen auf der Webseite der britischen Zeitung *Mail Online*, die gar keine Fiktion ist,^{104} und auch ich habe sie auf meiner Webseite gespeichert.^{105} Das Video zeigt einen jungen Mann, der in Arabisch spricht und dem sogenannten IS-

Anführer Abu Bakr al-Baghdadi die Treue schwört. Der junge Mann trägt Kopfhörer, während er in die Kamera spricht (siehe [Abb. 27](#)). Bundesanwalt Thomas Beck behauptete in einer Aussage vor einem Ausschuss des Bundestags, dass Amri diese Aufzeichnung selbst gemacht habe, und zwar entweder am 31. Oktober oder am 1. November 2016 (!), ohne diese Behauptung zu begründen.^{106} Er gestand aber, dass das Video nicht auf Amris Handy gefunden worden sei.^{107}

Laut Amris Videoaussage, die von *Mail Online* ins Englische übersetzt wurde, wolle er jene Ungläubigen, die Muslime bombardieren, „wie Schweine schlachten“ und durch solche Blutopfer für „die Herrschaft des Islams“ kämpfen. Er sprach weder von einem Anschlag, noch nannte er weder Ort und Zeit einer Operation, bezeichnete auch nicht den Personenkreis, den er angreifen müsste, und erwähnte weder Waffen noch ein Fahrzeug. Seine mutmaßliche Kampfbereitschaft für den Islam wirkt klischeeartig, abstrakt, unverbindlich. Durch schillernde Begriffe gespickt, soll seine Aussage den Anschein der Blutrünstigkeit erwecken.

Amris Körpersprache steht im Widerspruch zu seinem rezitierten Text. Amri blickt von Zeit zu Zeit gelangweilt hin und her. Von einer spontanen, emotionellen oder von Hass erfüllten Aussage ist hier nichts zu merken. Werden ihm die Worte durch die Kopfhörer zugeflüstert? Der offenbare Gegensatz zwischen den widerlichen Wörtern, die er benutzte, und seinem gelangweilten Vortrag, deutet darauf hin, dass er seine Aussage im Auftrag rezitierte. Ein Bekennervideo war es jedenfalls nicht.

Die Generalbundesanwaltschaft erklärte am 29. Dezember 2016, das Amt gehe davon aus, dass dieses Bekennervideo (a) „von der IS-nahen Medienstelle Amaq“ veröffentlicht wurde, (b) „authentisch“ sei und (c) Anis Amri zeige.^{108} Mit seiner Aussage verriet Bundesanwalt Thomas Beck die Absicht seiner Behörde, das Berliner Ereignis mit dem Islamischen Staat und dem „internationalen Terrorismus“ zu verknüpfen: „Bereits der Umstand, dass das lange vor der Tat von

[Amri] aufgenommene Video von der IS-Medienstelle Amaq veröffentlicht wurde, spricht dafür, dass es Mitwisser und möglicherweise Tatbeteiligte im Ausland gab.“^{109} Der offizielle Hinweis auf die fiktive Amaq als verlässliche Quelle genügt, um das Vertrauen in die Generalbundesanwaltschaft zu zerstören.

(4) Medialer Aufbau des Sündenbocks

Schon 48 Stunden nach dem Ereignis in Berlin konnte *Der Tagesspiegel* eine ganze Menge über Amri berichten:

„Polizei und Justiz hatten Anis Amri im Visier. Der Mann gilt schon länger als hochgefährlich. Im Februar 2016 sei er als „Gefährder“ eingestuft worden, heißt es aus Sicherheitskreisen. Damit zählt Amri zu den heute mehr als 540 Islamisten, denen die Behörden alles zutrauen, bis hin zum Anschlag. Und im Fall des Tunesiers war der Verdacht offenbar so stark, dass die Berliner Generalstaatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat einleitete. [...] Der Tunesier sei im Herbst untergetaucht, möglicherweise habe er sich in Berlin bei anderen Salafisten versteckt. Es sei unmöglich, die rasch wachsende Szene komplett im Blick zu behalten. Zumal der Tunesier, wie es Innenminister Jäger ausdrückt, „hochmobil“ war.“^{110}

Bereits zu diesem Zeitpunkt begannen Leitmedien, ganze Aufsätze über Amris Lebenslauf zu publizieren, und beriefen sich dabei auf polizeiliche Quellen. *CNN* schlug seine Konkurrenten in Sache „Amri-Aufklärung“ bei weitem. Schon am 22. Dezember 2016 verriet der US-amerikanische Sender, dass er aus Deutschland einen 345-Seiten langen Ermittlungsbericht über das Terrornetz hinter dem Berliner Anschlag erhalten habe.^{111} Von guten deutschen Freunden, versteht sich.

Laut *Spiegel Online* sollen vor dem Berliner Ereignis nicht weniger als

50 Behörden in Deutschland mit Amri beschäftigt gewesen sein, darunter Polizei, Nachrichtendienste, Staatsanwaltschaften und Ausländerbehörden. Jedoch soll es der Justiz zumeist nicht gelungen sein, so die Zeitschrift, die Informationen zu bündeln, u.a. weil Amri unterschiedliche Personalien nutzte.^{112} Einem so gewieften Fuchs hätte man doch einen Posten beim Verfassungsschutz anbieten sollen.

Amri soll nicht nur von den Behörden observiert, sondern auch von zwei V-Leuten geführt worden sein, einem aus dem LKA und einem vom Verfassungsschutz. *ARD-Brennpunkt* zitierte aus Aktenvermerken, dass eine „Vertrauensperson“ des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts bereits Ende 2015 Kontakt zu Amri hergestellt hatte: „Im Verlauf der nächsten Tage erklärte Amri [dem V-Mann], mittels Kriegswaffen (AK 47, Sprengstoff) Anschläge in Deutschland begehen zu wollen.“ Zwischen Februar und März 2016 sei Amri von einem „geheimen Informanten des Verfassungsschutzes“ von Dortmund nach Berlin gefahren worden, und soll diesem erzählt haben, was er plane. Laut *Spiegel Online*, soll es sich dabei nicht um einen V-Mann des Verfassungsschutzes, sondern aus dem Landeskriminalamt NRW gehandelt haben.^{113} Hierzu wurde im „*ARD-Brennpunkt*“ ein Originalvermerk flüchtig gezeigt: „Er wird durch die VP gefahren und macht Angaben dazu, dass es sein Auftrag sei, im Sinne von Allah zu töten.“^{114} Amri verfügte also sogar über einen ihm vom Staat gestellten Chauffeur.

Um der Legende des Terroristen Amri Nachdruck zu verhelfen, wurden die Medien ab dem 21. Dezember 2016 – also während Amri noch lebte – mit vorgefertigten Geschichten über Amri versorgt: Er sei ein Drogensüchtiger, Krimineller, Gewalttäter und Islamist gewesen. Diese Daten stammten alle aus geheimdienstlichen Quellen und schienen für die Veröffentlichung schon medienreif vorzuliegen.^{115} Niemand interessierte es, wieweit die Informationen über Amris Lebenslauf der Wahrheit entsprachen.

Zusätzlich zum Aufbau des Sündenbocks Amri besteht ein

begründeter Verdacht, dass zumindest ein Teil der verbreiteten Legenden dazu dienen sollte, künftige Maßnahmen zum Aufbau des Polizeistaates zu rechtfertigen, darunter die Zentralisation von Daten über sogenannte Gefährder auf Bundesebene; härtere Maßnahmen gegen vermeintlichen Missbrauch von Sozialhilfe; europaweite Polizeibefugnisse und die Registrierung von Langstreckenfahrern in Bussen und Zügen. Jede der Amri-Legenden scheint aus einem bestimmten politischen Zweck erfunden worden zu sein. Die Legenden sollten schließlich auch die Fiktion untermauern, dass Ganoven und Drogendealer für den fundamentalistischen Islam anfällig sind.

Im Folgenden werden die zahlreichen Legenden zum Aufbau des Sündenbocks Amri angeführt.

(a) Amri soll ein Drogenkonsument und Drogendealer gewesen sein.

Aus abgehörten Telefonaten sollen die Ermittler gewusst haben, dass Anis Amri zusammen mit mindestens zwei Komplizen mit Drogen dealte. Von ursprünglich 73 abgehörten Telefonaten, die als Grundlage dieser Erkenntnisse dienten, sollen dann nur sechs teils „nichtssagende“ übriggeblieben sein.^{116} Um den Anschein der Wahrheitsfindung zu erwecken, verbreiteten die Leitmedien die Story über ein Gerangel zwischen verschiedenen Sicherheitsdiensten, ob Amri „gewerbsmäßigen, bandenmäßigen Drogenhandel“ oder nur „Kleinsthandel mit Betäubungsmitteln“ betrieben hatte.^{117}

Amri soll regelmäßig Kokain und Haschisch zu sich genommen haben, sagte der Mailänder Ermittler Alberto Nobili der Deutschen Presse-Agentur, *dpa*: „Wir können es nicht mit Sicherheit sagen, aber wir können annehmen, dass er am Tag des Anschlags auf Drogen war.“^{118} Später wird behauptet: Toxikologischen Gutachten der italienischen Behörden zufolge „hatte Amri weder kurz vor seinem Tod noch in den Tagen zuvor Betäubungsmittel oder bewusstseinsverändernde Mittel zu sich genommen.“^{119}

(b) Amri soll einen Einbruch geplant haben.

Im März 2016 soll gegen Amri ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sein. Es ging um einen Verdacht, wonach Amri einen Einbruch geplant hätte. Namenlose Ermittler behaupteten, sie wüssten sogar, wozu er den Einbruch geplant habe: Er wolle sich mit das Geld „Mittel für den Kauf automatischer Waffen“ beschaffen, um damit „später“ und mit anderen Kumpeln einen Anschlag zu begehen.^{120} Denn Amri soll einmal einen V-Mann im NRW gefragt haben, wo er sich eine Pistole beschaffen könnte, und im März 2016 einem anderen V-Mann gesagt haben, er wolle Anschläge begehen.^{121} Mit einer Pistole, versteht sich.

(c) Amri soll als Gewalttäter bekannt gewesen sein.

Im März 2016 soll auch gegen Amri in Berlin ein Verfahren „wegen des Verdachts des Versuchs der Beteiligung an einem Mord“ eingeleitet worden sein.^{122} Von einer Verurteilung ist nichts bekannt.

Im Juli 2016 soll Amri in einen Messerangriff verwickelt worden sein. Da die Beweislage dürftig war, wurde das Verfahren auch hier eingestellt.^{123}

(d) Amri soll sich als Selbstmordattentäter angeboten haben.

Laut einem Bericht des Landeskriminalamts NRW soll Amri in einem Chat *verklausuliert* angekündigt haben, „dass er in Deutschland sei, um ein Selbstmordattentat auszuüben“.^{124} Was tatsächlich hinter dieser Behauptung steckt, bleibt vorerst ein Geheimnis. Der Versuch, die Öffentlichkeit mit solchen Geschichten zu beeinflussen, ist dagegen kein Geheimnis. Der propagandistische Vorsatz ist hier unübersehbar.

(e) Amri auf der US-amerikanischen No-Fly Liste

Laut *CBS News* wurde Amri im Juli 2016 auf der US-amerikanischen „No-Fly-List“ eingetragen, nachdem die deutschen Behörden ihren US-Kollegen gemeldet hatten, es würde gegen ihn wegen seiner Beziehung zum Terrorismus ermittelt.^{125} Von diesen Ermittlungen ist bisher wenig bekannt.

(f) Amri soll sich informiert haben, wie man eine Bombe herstellt.

Die *New York Times* berichtete und berief sich auf Aussagen „nicht näher genannter amerikanischer Offizieller“, dass Amri sich im Internet über den Bau von Sprengsätzen informiert hätte.^{126}

(g) Amri soll sich rasch radikalisiert haben.

Amri soll zu einem Türken namens Hasan eine „Verbindung“ gehabt haben. Dieser soll unter Verdacht gestanden haben, junge Muslime „in einem Hinterzimmer einer Reiseagentur“ in Duisburg radikalisiert zu haben.^{127} Amri soll auch bei einem sogenannten Hassprediger namens Bonan S. in Dortmund gewohnt haben.^{128} Ungenannte Sicherheitskreise sagen, Amri zähle auch zur „Blase“ um den Hassprediger Abu Walaa.^{129}

Hatten sich zuvor im Internetverlauf seines zurückgelassenen Mobiltelefons vor allem pornografische Inhalte gefunden, soll Amri ab dem 22. November 2016 solche Seiten nicht mehr besucht haben, sagten anonyme Ermittler.^{130} Ab Anfang Dezember 2016 soll er im Internet fast nur noch islamistisch-dschihadistische Inhalte aufgerufen haben.^{131}

Am Tag seines mutmaßlichen Anschlages in Berlin soll Amri um 18.38 Uhr die Fussilet-Moschee besucht und diese um genau 19.07 Uhr verlassen haben. Das konnten die sogenannten Staatsermittler feststellen, weil eine im Auftrag der Polizei installierte

Observationskamera seinen Eintritt und Austritt aufgezeichnet haben soll.^{132} Er stand demnach unmittelbar vor seiner mutmaßlichen Tat unter Beobachtung, obwohl in einer vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Chronologie zum Behördenhandeln im Fall Amri steht: „... am 21.9.2016 endet auch die Überwachung des Amri.“^{133} Die Aufzeichnung von der Moschee bleibt allerdings unter Verschluss, wahrscheinlich um die Privatsphäre Amris zu schonen. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass die Staatsermittler, die Amris Moscheebesuche auf die genaue Minute feststellen konnten, sich schwer taten, die genaue Zeit des Berliner Ereignisses festzustellen (siehe Kapitel 2).

(h) Amri soll mit Islamisten in Libyen und Syrien im regen Kontakt gestanden haben.

Anfang März 2016 sollen sogenannte Ermittler bei der Auswertung von Amris Handydaten auf eine Unterhaltung gestoßen sein, die er am 2. Februar 2016 mit zwei Islamisten über das Chatprogramm *Telegram* geführt haben soll. Die beiden Männer sollen libysche Handynummern genutzt und sich in der Nähe der libyschen Stadt Sirte befunden haben.^{134}

Laut *Die Welt* soll das Bundeskriminalamt vom Geheimdienst der Vereinigten Arabischen Emirate einen „Hinweis auf die mögliche Identität“ des Chatpartners Amris erhalten haben. Dieser wäre „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ ein IS-Mann und trüge den Kampfnamen „Abu Baraa al-Iraqi.“ Dieser befände sich „vermutlich“ in Syrien. Diese Information konnte allerdings nicht bestätigt werden.^{135} Es war also eine Nachricht über einen Hinweis auf eine wahrscheinliche Vermutung, die leider nicht nachprüfbar ist.

(i) Marokkanischer Geheimdienst soll Deutschland gewarnt haben.

Am 19. September 2016 soll sich der marokkanische Geheimdienst DST beim BND gemeldet und zwei Fotos von Amri geschickt haben.

Die Marokkaner entsandten ihren deutschen Kollegen am 11. Oktober 2016 erneuert eine Meldung über Amri.^{136}

Diese Legende wurde später in einer neuen Fassung verbreitet. Laut *Die Zeit* vom 5. April 2017 soll der marokkanische Geheimdienst DGST dem BKA am 19. September zwei Fotos von Amri geschickt haben: Auf einem Foto soll Amri als Jugendlicher auf einem Platz stehen, vermutlich in Tunesien. Das andere Foto soll ihn mit Bart und Kopfbedeckung zeigen. Das Foto des bärtigen Amri wurde nie publiziert. Dem späteren Schreiben des DGST (vom 11. Oktober) sollen „Kopien von Fotos beigefügt worden sein, die Amri und seine Freunde zeigen: einen russischen Islamisten, einen Deutschmarokkaner, der mit einer Axt posiert, Kämpfer mit der schwarzen Fahne des IS, dazu einen angeblichen Cousin von Amri, der mit einer Pistole herumfuchtelt“, so *Die Zeit*. Auch diese Fotos wurden nie publiziert. Die DGST soll sich bei ihren deutschen Kollegen, laut dem Beitrag, nicht zweimal, sondern viermal gemeldet haben.^{137}

(j) Amri in der Schweiz

Laut Medienberichten soll sich Amri im Jahr 2015 zwei Wochen in der Schweiz aufgehalten haben. Am 30. Juli 2016 soll er wieder versucht haben, über Friedrichshafen in die Schweiz zu reisen. Beamte der deutschen Bundespolizei sollen ihn bei einer Kontrolle der Buspassagiere in Friedrichshafen verhaftet haben, um ihn nach Tunesien abzuschieben. Doch weil „sein Heimatland sich weigerte, Papiere auszustellen, musste Amri nach kurzer Zeit wieder freigelassen werden“, so die Nachricht. Er soll samstags verhaftet und am folgenden Montag freigelassen worden sein. Kein Beamter soll Amri gefragt haben, wozu er in die Schweiz reisen wolle. Der zuständige Ravensburger Amtsgerichtsleiter Matthias Grewe erklärte der *Sonntagszeitung*: „Das Ziel seiner Reise war für uns nicht entscheidend.“ Er erklärte allerdings nicht, was entscheidend war. Er konnte auch nicht beantworten, ob Amri allein reiste. Bei der Einreise in die Schweiz hat ihn kein Amt registriert.^{138} All dies

geschah während die Geheimdienste bereits einen Berg von belastenden Informationen über Amri besaßen.

(k) Amri soll 14 Identitäten benutzt haben.

NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) sagte bei einer Sondersitzung des Innenausschusses des Landtags (NRW), dass Amri bundesweit unter mindestens 14 Alias-Namen unterwegs gewesen sei.^{139} Er erklärte nicht, von wem diese Information stammt, und auch nicht, wie Amri ohne Hilfe eines Sekretärs diese Vielfalt an Alias-Namen verwalten konnte, ohne Fehler zu begehen. Vielleicht half ihm sein vom Staat bezahlter Chauffeur bei der Buchhaltung.

(l) Amri soll den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz ausgespäht haben.

Bevor er seine mutmaßliche Tat ausführte, soll Amri den Breitscheidplatz nach Erkenntnissen der sogenannten Ermittler mehrfach ausgespäht haben. Ende November 2016 soll er mehrfach im Bereich der Budapester Straße und am Breitscheidplatz zu Fuß unterwegs gewesen sein.^{140} Einzelheiten über seine mutmaßlichen Spaziergänge – Daten, Uhrzeiten, Videoaufzeichnungen – bleiben unter Verschluss. Da keine Sicherheitsvideos vom Ereignis am Breitscheidplatz existieren, stellt sich die Frage, ob die Kameras, die Amri bei seinen Spaziergängen um den Breitscheidplatz aufzeichneten, vor seiner mutmaßlichen Tat ausgeschaltet wurden. Die Drahtzieher der Anschläge in London (2005)^{141} und Mumbai (2008)^{142} lassen grüßen, denn auch in diesen Fällen kam es zu kläglichen Ausfällen der Sicherheitskameras, gerade als die „Terroristen“ vorbeigingen.

(m) Amri soll schon früher versucht haben, einen Lastwagen in Berlin zu stehlen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) gehe dem Bericht eines nicht genannten Zeugen nach, der gesehen haben will, wie Amri

versuchte, einen Lkw zu klauen, berichtete die *Die Welt* „unter Berufung auf Sicherheitskreise.“^{143}

(n) Amris Schnüffelhandy

Sogenannte Ermittler sollen auf der Straße, vor dem stillstehenden Lkw, ein Handy gefunden haben, das sie Anis Amri zuordneten. Sie erzählten, dass Amri vergessen hätte, die Ortungsfunktion seines Handys auszuschalten. Daher konnten sie genau feststellen, wo und wann er sich über Monate hin aufhielt, welche Meldungen er versandte und erhielt, welche Fotos er machte und welche Webseiten er besuchte. Das Handy war eine wahre Schatztruhe von belastenden Informationen, einst wie Mohamed Attas berühmter Wunderkoffer, der zufälligerweise auf seinem mutmaßlichen Todesflug nicht geladen wurde, ein Sammelsurium von „islamistischen Beweisen“ beinhaltete und die Arbeit der Ermittler erleichterte.^{144} Laut Bundesanwalt Thomas Beck soll Amri auch ein Smartphone hinterlassen haben, sprich: zwei Schatztruhen.^{145}

Thomas Beck erklärte, dass „wir“ die Geodaten zu den Bewegungen Amris „aus den USA erhalten. Das war ein HTC-Handy. Ich glaube, es ist Google, die das aufzeichnen. Gott sei Dank hatte er die Funktion nicht ausgeschaltet.“^{146} Glück, Wunder und US-amerikanisches Know-How begleiten immer islamistische Terroranschläge.

Die sogenannten Ermittler sagten, sie hätten festgestellt, dass sich das Surfverhalten Amris ab November 2016 geändert hätte. Ab diesem Zeitpunkt soll er keine pornografische Webseite mehr aufgerufen haben. Ab Anfang Dezember 2016 soll er im Internet fast nur noch islamistisch-jihadistische Inhalte besucht haben. Von einem Drogendealer verwandelte sich der Mann innerhalb einiger Wochen in einen frommen Muslim, der sein Leben für Allah opfern wollte. Diese Verwandlung heißt im Fachjargon „Schnellradikalisierung“.^{147} Laut dieser neuen psychologischen Theorie könnte man Menschen auch schnell „entradikalisieren“, z.B. jeden Kleinkriminellen innerhalb

von Wochen in eine Mutter Teresa verwandeln.^{148}

Am Abend des 18. Dezember 2016 soll sich Amri zum letzten Mal mit seinem besten Freund, Bilal Ben Ammar (26), getroffen haben.^{149} Eine Überwachungskamera soll beide zwischen 21.08 Uhr und 21.30 Uhr in einem arabischen Imbiss in Berlin-Wedding gefilmt haben.^{150} Amri soll anscheinend nur arabische Imbisse mit Überwachungskameras besucht haben. Da Ben Ammar als IS-Anhänger *galt*, ermittelte die Generalstaatsanwaltschaft Berlin gegen ihn.^{151} Ben Ammar wurde aber nicht angeklagt, sondern am 1. Februar 2017 „wegen Asylbetrugs“ nach Tunesien abgeschoben.^{152} Damit steht er in Deutschland nicht mehr für eine Befragung zur Verfügung.

Laut Amris Schnüffelhandy – via der sogenannten Ermittler – verließ er am Tag des Berliner Ereignisses gegen 14.15 Uhr seine Wohnung und traf sich mit zwei Personen auf dem Parkplatz eines Möbelmarktes in Berlin-Wedding. Von etwa 15.30 bis 16.30 Uhr hielten sich die drei in einem Imbiss gegenüber der Masjid-Al-Umah-Moschee auf, während eine unbekannte Person den Lkw mehrmals startete.^{153} Anschließend nahmen die drei Männer die U-Bahn, während die unbekannte Gestalt den Motor des Lkw um 16.32 Uhr und um 17.34 Uhr in Betrieb nahm.^{154} An der Station Hermannstraße sollen sich die drei Islamisten getrennt haben. Amri soll mit der U-Bahn weiter bis zur Station Gesundbrunnen gefahren sein. Dort soll er die S-Bahn genommen und gegen 18.00 Uhr die Station Westhafen erreicht haben. Von dort soll Amri zur Putlitzbrücke und weiter am Friedrich-Krause-Ufer entlang bis zum Torfstraßensteg und wieder zurück zur Putlitzbrücke gelaufen sein. Dabei soll er zweimal den Lkw von Łukasz Urban passiert haben. Videoaufzeichnungen eines nicht identifizierten Anliegers sollen zeigen, dass Amri allein unterwegs war. Danach soll Amri die Fussilet-Moschee besucht haben. Anschließend soll er wieder zurück zur Putlitzbrücke und von dort erneut am Friedrich-Krause-Ufer entlang gegangen sein. Dabei soll Amri erneut von einer Kamera gefilmt worden sein.^{155} Nur am Breitscheidplatz waren leider –

leider – die Sicherheitskameras kaputt.

Von Amris Freunden, die mit ihm am Nachmittag des 19. Dezember unterwegs waren, hat man nichts gehört. Wer waren sie? Wurden sie nicht von der Polizei vernommen?

Amri soll den Fahrer, Lukacz Urban, um 19.30 erschossen haben. Dann soll er aus dem entführten Lkw eine Meldung auf Arabisch geschickt haben: „Bruder, alles ist in Ordnung. Allah sei Dank. Ich bin jetzt im Wagen.“ Er soll auch ein Selfie aus der Fahrerkabine verschickt haben. Um 19.34 soll er den Lkw in Richtung Breitscheidplatz gestartet haben. Um 19.49 Uhr soll er während seiner Fahrt die letzte Nachricht in sein Handy getippt haben: „Mach Bittgebete für mich.“^{156} Gemäß untersuchten GPS-Daten umrundete er *dreimal* den Breitscheidplatz „um sich mit dem Lkw vertraut zu machen“,^{157} etwa in Anlehnung an die sieben Umrundungen von Jericho (Josua, Kapitel 6 (4)). Es fehlten Amri nur die Posaunen.

Kurz nach dem „Anschlag“ wurde eine männliche Person im Bereich Bahnhof Zoo von einer Videokamera aufgezeichnet. Der Mann soll in Richtung der Kamera einen erhobenen Zeigefinger gezeigt haben. Das konnte nur Amri gewesen sein, so die Generalbundesanwaltschaft.^{158}

Nach seiner terroristischen Leistung, die er allerdings ohne das obligate „allahu akbar“ ausführte, soll Amri einer jungen Italienerin mehrere SMS geschickt haben. Das soll er getan haben, obwohl er bei seiner Flucht, wie bereits erklärt, das Schnüffelhandy und ein Smartphone hinterlassen hatte. Thomas Beck erklärte, dass Amri sich „ohne Geld, Telefon und Ausweis“ auf die Flucht begab.^{159} Die unbekannte Italienerin soll bestätigt haben, die Nachrichten von Amri empfangen zu haben, so der italienische Ermittler Nobili.^{160}

(o) Amris Fleiß

Laut Kriminaldirektor Dennis Golcher hat Anis Amri ständig

gearbeitet. Golcher nannte die Zahl von 116.312 einzelnen sogenannten Datenprodukten, die zwischen April und September 2016 aus der Telefon- und Internetüberwachung von Amri erfasst wurden. Zu den Daten zählen knapp 7.700 abgehörte und gespeicherte Telefongespräche aus zehn Telefonanschlüssen, die Amri nutzte. Außerdem knapp 10.200 SMS und rund 98.000 sonstige Daten aus aufgerufenen Internetseiten und Apps.^{161} Von einer solchen Leistung können unsere guten Sekretärinnen nur träumen. Versuchen die Dienste hiermit Amri posthum als Arbeitshelden zu zelebrieren oder herauszufinden, was man dem deutschen Michel alles erzählen kann, bevor er seine Geduld verliert.

(5) Die Fünf-Länder-Reise Amris

Wer die Geduld aufbrachte, ständige Medienberichte über Anis Amri zu verfolgen, erinnert sich, dass er mutmaßlich von Berlin nach Mailand durch die Niederlande, Belgien und Frankreich „geflüchtet“ sei. Sicher hat sich jemand dabei gefragt, wozu er solchen Umweg nahm.

Ich werde Ihnen die Erklärung verraten. Aber dafür muss ich einen für Laien wenig bekannten politischen Grundsatz erläutern.

In repräsentativen Demokratien, wie in Deutschland, brauchen Politiker für jede Maßnahme, die sie treffen wollen, eine *Begründung*, um diese in den Augen der Wähler zu legitimieren. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen, für die sich die Wähler nicht erwärmen. Manchmal *ergeben* sich Begründungen von selbst. Wo Politiker eine bestimmte Maßnahme anstreben, ihnen dazu aber eine überzeugende Begründung fehlt, muss diese produziert werden. Dafür gibt es zwei Methoden: die Inszenierung und die Legende.

Wer z.B. eine engere grenzübergreifende Zusammenarbeit der europäischen Polizei- und Sicherheitsbehörden anstrebt – und das tun unsere Politiker seit Jahren – muss die Begründung dafür

produzieren. Und hier kommt Anis Amri gelegen. Man führt ihn durch fünf Länder und, hoppla, ist die ersehnte Begründung da.

Dabei ist es für die Politik unerheblich, ob Anis Amri tatsächlich durch fünf Länder gereist ist oder ob die Geschichte seiner Bummelreise erfunden war. Wichtig ist nur, dass die Massen an seine Bummelreise glauben und sie als eine ausreichende Begründung für eine engere grenzübergreifende Zusammenarbeit der europäischen Polizei- und Sicherheitsbehörden hinnehmen.

Übrigens diente diese Bummelreise auch als Begründung für Vorschläge belgischer Politiker, Zugpassagiere und Busse (wie bei Flügen) namentlich zu registrieren.^{162} Damit sollen „Gefährder“ wie Amri schneller erfasst werden, denn er achtete darauf, für seine Reise Bus und Zug zu verwenden. Er soll z.B. von Amsterdam nach Lyon mit einem Flixbus gereist sein und „wurde weder kontrolliert noch durchsucht“.^{163} Amri, der die Fähigkeit der Bilokation besaß (die angebliche Fähigkeit einer Person, an zwei Orten gleichzeitig zu sein), soll *gleichzeitig* mit einem Zug von Amsterdam nach Brüssel gereist sein, wo er sich von einer Sicherheitskamera aufzeichnen ließ, dann mit einem anderen Zug nach Lyon und weiter nach Chambéry, Turin und Mailand. In jedem Bahnhof ließ er sich brav von Sicherheitskameras aufzeichnen.^{164} Aber leider, leider, waren nicht alle Sicherheitskameras der europäischen Bahnhöfe mit einer gemeinsamen Datenbank der Europol verbunden, wo eine Gesichtserkennungssoftware ihn sofort aufgespürt hätte. Mit seiner Bummelreise lieferte er (oder seine Legende) eine gute Begründung zum Kauf dieser teuren Spielzeuge. Gut geplant, Sir.

Wer hier eine Verschwörungstheorie argwöhnt, soll mir bitte erklären, wie Politiker sonst ihre teuren Maßnahmen zur Errichtung des Polizeistaats begründen und die Sicherheitsindustrie ihr Geld verdienen sollten.

(6) Beweise für Amris Schuld?

In der Erklärung der Generalbundesanwaltschaft vom 4. Januar 2017 wurde zur Waffe, mit welcher Łukasz Urban mutmaßlich erschossen wurde, wie folgt berichtet:

„Nach einer Vorabinformation der italienischen Behörden ist die Berliner Tatwaffe identisch mit der in Italien (sic). Das ergab ein Abgleich der Geschosshülsen.“

Am 12. April 2017 veröffentlichte die Generalbundesanwaltschaft (GBA) eine Erklärung zum Stand der Ermittlungen. Im Vorwort der Erklärung steht:

„Nach bisher durchgeführten Ermittlungen stellt sich der Anschlag vom 19. Dezember 2016 auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin als Tat des Einzeltäters Anis Amri dar. Es haben sich bisher keine Anhaltspunkte dafür finden lassen, dass weitere in Deutschland ansässige Personen in die Tatvorbereitung oder die Tatausführung eingebunden waren.“

Aus dieser Erklärung ergeben sich folgenden Schlüsse:

- Die Generalbundesanwaltschaft beschränkt ihre Feststellung also auf die Ergebnisse des „bisher durchgeführten Ermittlungen“ und lässt damit offen, dass weitere Ermittlungen möglicherweise zu anderen Ergebnisse führen könnten;
- Die Generalbundesanwaltschaft schließt nicht aus, dass Personen, die nicht in Deutschland ansässig sind, möglicherweise in die Tatvorbereitung oder die Tatausführung eingebunden waren. Wer diese sein könnten, wird nicht angedeutet.

Bei ihren Erkenntnissen zum Tattag beschränkte sich die GBA auf mutmaßliche Geschehnisse, die am 19. Dezember vor 20.00 Uhr stattfanden. Der Tatablauf selbst war nicht Bestand der Ermittlungen. Dieses Verfahren ähnelte dem der US-amerikanischen Behörde NIST, die den Auftrag erhielt, den Untergang der

Zwillingstürme in New York am 11. September 2001 nur bis zum *Einsetzen* ihres Untergangs zu ermitteln. Mit dem eigentlichen Zusammenbruch sollte sich die Behörde nicht beschäftigen.^{165}

Da die eigentliche Tat am Breitscheidplatz bisher nicht ermittelt wurde, hat die Generalbundesanwaltschaft keine *nachprüfbar*en Beweise für die Teilnahme Anis Amris am Berliner Ereignis vorgelegt. Die Öffentlichkeit ist also gebeten, Verlautbarungen der Generalbundesanwaltschaft blind zu vertrauen, einer Behörde, die bis heute die Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback zu vertuschen versucht.^{166} Andere Beweisgegenstände, die Amris Anwesenheit in Berlin am Tag der Tat belegen sollen, stehen mutmaßlich unter Verschluss (wenn sie existieren) und haben daher keinen Beweiswert.

(7) Wurde Amri hingerichtet?

Laut Bundesanwalt Thomas Beck, der sich auf eine Mitteilung der italienischen Behörden beruft, unterzogen zwei Polizeibeamte Amri am 23. Dezember 2016 um 3 Uhr morgens nahe des Bahnhofs Sesto San Giovanni bei Mailand einer Ausweiskontrolle. Dabei soll Amri aus seinem Rucksack eine Pistole gezogen und das Feuer auf die Beamten eröffnet haben, die ihn daraufhin erschossen.^{167} Von Zeugen der Tat ist nichts bekannt. Amri soll laut den zwei Polizeibeamten vor seinem Tod die übliche Visitenkarte hinterlegt, nämlich „allahu akbar“ gerufen haben.^{168} Die Mailänder Polizeiführung soll laut *Bild Zeitung* den Vorfall als ein „nächtliche[s] Zusammentreffen“ zwischen dem Mann und Polizeibeamten bezeichnet haben.^{169} Der italienische Premier Paolo Gentiloni gratulierte den Polizeibeamten, Cristian Movio (36) und Luca Scatà (29), für die Tötung des Mannes.^{170} Ihre faschistische Gesinnung stellte sich erst später heraus.^{171} Die deutsche Bundesregierung behauptete am Tag seiner Tötung, dass der Getötete der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz gewesen war.^{172} Innenminister Thomas de Maizière erklärte sich nach der Tötung des Mannes

„erleichtert“.^{173} Sein Tod stellte tatsächlich eine Erleichterung für die deutschen Behörden dar, denn nun brauchten sie die Schuld Amris nicht mehr gerichtlich nachzuweisen. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, dass die internationale Zusammenarbeit – bis zur Tötung des Mannes – bestens funktioniert hat.^{174} Ihre Einstellung zu außergerichtlichen Tötungen von Menschen brachte die Bundeskanzlerin schon früher zum Ausdruck, als sie über die Tötung Osama bin Ladens sagte: „Ich freue mich darüber, dass es gelungen ist, bin Laden zu töten.“^{175} Die deutsche Regierung forderte keine Untersuchung von Amris „Entsorgung“. Auch Mitglieder des Bundestags zeigten an einer solchen Untersuchung nicht das geringste Interesse.

Ist Anis Amri hingerichtet worden? Außer den zwei Polizeibeamten, die ihn töteten, sah niemand die Umstände seiner Tötung. Einiges deutet auf eine kaltblütige Hinrichtung hin:

(a) Der deutsche Staat besaß ein offensichtliches Interesse an seinem Tod, weil damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden konnte, das sehr teuer sein könnte (das Verfahren im NSU-Prozess kostete schon in Januar 2017 ungefähr 50 Millionen Euro^{176}) und weil der Staat gezwungen wäre, die Fakten über das Berliner Ereignis in der Hauptverhandlung offenzulegen; aber auch Gerichtsverfahren garantieren mittlerweile kein gerechtes Urteil, insbesondere in sogenannten Staatsschutzverfahren;^{177}

b) Die Ermittler des Berliner Ereignisses zeigten nicht das geringste Interesse an der Aufklärung der Todesumstände Amris;

(c) Die offizielle Darstellung seiner Tötungsumstände ist unglaublich, denn es ist schwer zu glauben, dass die Polizei nicht die Fertigkeit besaß, Amri lebendig zu fassen. Dass bei den meisten „islamistischen“ Anschlägen die mutmaßlichen Täter in ungeklärten Umständen sterben, stärkt weiterhin den Verdacht einer Hinrichtung. Amris Familie wäre gut beraten, eine öffentliche, unabhängige und unbefangene Aufklärung seiner Todesumstände zu fordern.

(8) Die Theorie der Schnell-Radikalisierung Amris

Wie bereits erwähnt soll sich Amri innerhalb von kaum vier Wochen von einem Drogendealer, der ständig Pornovideos anschaute, in einen radikalen Islamisten verwandelt haben. Er soll sich – laut dieser bizarren Theorie – „schnell-radikalisiert“ haben.

In der Regel muss der Verfechter einer Behauptung diese nachweisen. Wenn es sich aber um eine offenkundige Tatsache handelt, so ist es nicht die Aufgabe des Verfechters, sondern des Widersachers, seine Position nachzuweisen.

Die Theorie, dass sich ein Kleinkrimineller innerhalb kurzer Zeit in einen frommen Muslim verwandeln könnte und auf Grund seines neuen Glaubens plötzlich bereit wäre, nicht nur unschuldige Menschen eigenhändig zu töten, sondern sein eigenes Leben zu opfern, widerspricht unseren normalen Erwartungen von menschlichem Verhalten. Wenn sich ausnahmsweise Menschen so verhalten, wie die Verfechter dieser Theorie es behaupten, so ist es ausschließlich die Aufgabe des Verfechters dieser Ausnahme, diese schlüssig nachzuweisen.

Als Beweis für diese Ausnahme verweisen Verfechter der besagten Theorie gerne auf die mutmaßlichen Attentäter der Anschläge der letzten Jahre in Nord-Amerika und Europa. Dafür müssten sie allerdings schlüssig nachweisen,

- dass der mutmaßliche Täter einen kriminellen oder hedonistischen Hintergrund hatte;
- dass er sich in kurzer Zeit zu einem frommen Muslim wandelte;
- dass er die Absicht hegte, unschuldige Menschen für den Islam zu töten;
- dass er bereit war, für den Islam zu sterben.

Wenn man die Anschläge seit 9/11 in Europa und Nord-Amerika untersucht, die dem Phänomen des islamistischen Terrorismus zugeschrieben werden, so fallen folgende Tatsachen auf:

- Erkenntnisse über den Hintergrund der mutmaßlichen Täter und über ihre mutmaßliche Radikalisierung stammen aus geheimdienstlichen Quellen, die nicht überprüfbar sind;
- Mit wenigen Ausnahmen waren die mutmaßlichen Täter ihrer Umgebung nicht als fromme Muslime bekannt;
- Es gibt keine nachprüfbaren Beweise, dass die mutmaßlichen Täter die Absicht hegten, unschuldige Menschen für den Islam zu töten;
- Es gibt keine nachprüfbaren Beweise, dass die mutmaßlichen Täter bereit waren, für den Islam zu sterben (im Fall 9/11 hatten einige von ihnen sogar Flugreisen nach ihrem „Sterbetag“ gebucht - Siehe PK, S. 79-80)
- Keine von der Polizei unabhängige Instanz hat die Teilnahme der mutmaßlichen Täter an einem Anschlag nachgewiesen. Zur einzigen Ausnahme, Dzhokhar Zamajew, siehe Abhandlung über das Bostoner Marathon, PK, Anhang G06).

Die Hypothese, dass sich Anis Amri in kurzer Zeit von einem Hedonisten und Drogendealer in einen mutigen Kämpfer für den Islam verwandelte, widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Für das sogenannte Phänomen der Schnellradikalisierung gibt es keine wissenschaftliche Basis.

Kapitel 4: Die Todesopfer

Um 20.35 Uhr berichtete ein Sprecher der Feuerwehr: „Es laufen noch mehrere Reanimationen.“^{178} Schon um 21.10 Uhr meldete die Polizei *neun* Todesopfer. Bereits um 01.00 Uhr morgens wurde die endgültige Zahl gemeldet: 12 Tote.^{179} Das bedeutet, dass auch jene, die schwer verletzt in ein Krankenhaus transportiert wurden, um 01.00 Uhr tot waren. Danach wurde von keinem weiteren zusätzlichen Toten berichtet.

Laut BKA-Präsident Holger Münch wurden am 20. Dezember um 16.00 Uhr lediglich sechs Todesopfer identifiziert, alle sechs Deutsche.^{180} Der Berliner Opferbeauftragte Roland Weber erklärte hingegen später, 11 der 12 Opfer wären schon in der Nacht des Ereignisses identifiziert worden, weil sie ihre Ausweise bei sich trugen.^{181} Wer von diesen zwei Herren sagte die Wahrheit?

Am 3. Juli 2017 erklärte Thomas Beck, Leiter der Abt. Terrorismus beim Generalbundesanwalt, dem Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhaus Berlin, dass durch die Fahrt eines Lkw auf den Weihnachtsmarkt „unmittelbar oder mittelbar über 60 Personen körperlich oder seelisch verletzt sowie elf getötet“ worden sind. Das zwölfte Todesopfer – der polnische Fahrer des Lkw – soll durch einen Kopfschuss getötet worden sein.^{182} Man beachte die unverbindlichen Bezeichnungen „unmittelbar oder mittelbar“ und „körperlich oder seelisch“.

Während die Namen aller Todesopfer des mutmaßlichen Amoklaufs in München vom 22. Juli 2016 innerhalb von 48 Stunden freigegeben wurden,^{183} waren die Namen von neun der zwölf mutmaßlichen Todesopfer des Berliner Ereignisses nach mehr als zwei Wochen noch nicht veröffentlicht. Die Behörden haben diese ungewöhnliche Geheimhaltung nicht erklärt. Die Namen der meisten Todesopfer sickerten zwar an die Öffentlichkeit, aber blieben in Leitmedien weitgehend unerwähnt. Diese Geheimhaltung wird dem Wunsch der

Angehörigen zugeschrieben; angeblich wollen diese wegen ihrer Trauer nicht mit Journalisten sprechen. Petr Cizmar, der Witwer von Nad'a Čižmárová, wollte im Gegenteil nicht, „dass Nad'a nur eine Statistik [bleibt]. Wir sind existierende Leute mit Namen, Geschichten, Freunden und Bekannten.“^{184} Der angebliche Wunsch auf Geheimhaltung wird als Vorwand für eine noch umfangreichere Geheimhaltung herangezogen. Um nur zwei Beispiele zu erwähnen: Die Firma 4Flow, bei welcher zwei der weiblichen Todesopfer gearbeitet hatten, wollte nicht einmal bestätigen, dass diese Mitarbeiterinnen am Tag der Tat zur Arbeit gekommen sind. Journalisten verweigerten ihrerseits eine Antwort auf die Frage, wann sie bestimmte Angehörige oder Zeugen interviewt hatten. Hier ging es nicht um die Würdigung der Privatsphäre von trauernden Familien, sondern um eine Verdunkelungsabsicht.

Die Geheimhaltung beschränkte sich nicht nur auf die Identität der Todesopfer, sondern umfasste auch deren Todesumstände, nämlich wann, wo und warum sie starben. Mit zwei, allerdings zweifelhaften Ausnahmen, hat niemand die Anwesenheit der Todesopfer am Breitscheidplatz beglaubigt. Im Folgenden wird versucht die Informationen über die 12 einzelnen Todesopfer zu bewerten. Die Informationen stammen ausschließlich aus öffentlich zugänglichen Quellen. Die von mir angeschriebenen Angehörigen der Todesopfer verweigern jegliche Auskunft.

(1) Ungeklärte Todesumstände des Lkw-Fahrers Łukasz Urban

Gemäß der offiziellen Darstellung des Ereignisses wurde der polnische Lkw-Fahrer Łukasz Urban im Führerhaus tot aufgefunden.^{185} Kurz nach dem Ereignis wurde aber berichtet, dass „das Führerhaus des Sattelschleppers von der Polizei *leer aufgefunden*“ worden war.^{186} Der Chefredakteur der *Bild*-Zeitung, Julian Reichelt, teilte *CNN* kurz nach 21.00 Uhr mit: „Wir wissen, dass das Fahrerhaus des Lkw leer ist, kein Fahrer ist drin.“^{187}

Um 21.20 Uhr berichtete die *Berliner Zeitung*, dass Fahrer und Beifahrer „in unterschiedliche Richtungen geflohen [sind].“^{188} Um 21.33 Uhr berichtete die *Berliner Zeitung*, dass laut der Berliner Polizei zwei Menschen in dem Lkw gesessen hätten und „[b]eide zunächst geflohen seien.“^{189} Der Laster wurde demnach menschenleer vorgefunden.

Jemand muss an dieser Stelle in Panik geraten sein, denn zwei Minuten später meldete „PolizeiBerlinEinsatz“ auf Twitter, dass „der Beifahrer“ des Lkw „vor Ort“ starb.^{190} „Ein“ oder „der“ Beifahrer wurde zuvor aber kein einziges Mal erwähnt. In der ersten Fassung dieser neuen Erzählung wurde noch nicht behauptet, dass die Polizei die Leiche *im Führerhaus* vorgefunden hatte. Eine überschnelle Kehrtwende von einem „leeren Führerhaus“ zum Fund einer Leiche „im Führerhaus“ hätte möglicherweise den Verdacht erzeugt, hier wird gelogen. Diese Kehrtwende musste daher gut dosiert erfolgen.

Nachdem die Meldungen über ein leeres Führerhaus diskret entsorgt wurden – und nie mehr erwähnt worden sind – begann ein unaufhörlicher Reigen um die *Todesumstände* des Beifahrers *im Führerhaus*.

Die Welt berichtete am 20. Dezember, ein Sprecher der Polizei habe gesagt, „der Fahrer [sei] an den *Unfallfolgen* gestorben.“^{191} Ähnlich berichtete *The Guardian*.^{192} In diesen Nachrichten wurde zwar unterstellt, dass die Leiche am Tatort gefunden wurde, aber nicht genau an welcher Stelle.

Die *Berliner Zeitung* meldete jedoch am Spätabend des 20. Dezember, allerdings ohne Quellenangabe: „Als der Lkw zum Stehen kam, erschoss der Attentäter [den Fahrer] Łukasz U. und lief davon.“^{193}

Am selben Abend (des 20. Dezember) wies die *Bild*-Zeitung auf „abschließende Obduktionsergebnisse“ hin, die ergeben haben sollen,

dass der Lastwagenfahrer am Tag der Bluttat schon zwischen 16.30 und 17.30 Uhr einen Kopfschuss erlitt und so viel Blut verlor.^{194}

Laut *Bild*-Zeitung habe ein Ermittler von einem Kampf im Führerhaus gesprochen. Es war auch von „Messerstichen“ die Rede. Nach dem Attentat soll der Pole tot *im Lkw* aufgefunden worden sein.^{195} Diese Fassung wurde am 21. und 22. Dezember von mehreren deutschen Zeitungen übernommen. Diese Behauptung beruht teilweise auf Äußerungen des polnischen Besitzers des Lkw, Ariel Żurawski. „Es war mit Sicherheit zu sehen, dass [der Fahrer] gekämpft hatte“, beschrieb Ariel Żurawski später ein Polizeifoto, auf dem er seinen Cousin zuvor identifiziert hatte. Auf dem Bild war demnach nur das Gesicht des Opfers zu sehen. Dieses war blutig und geschwollen. Dazu sagte Żurawski: „Es waren Stichwunden zu sehen.“^{196} *Der Tagesspiegel* berichtete am 21. Dezember, dass laut Obduktion „der Fahrer des Lkws zum Zeitpunkt der Tat noch gelebt hat. Sicherheitskreise gehen von einem Kampf zwischen dem Polen und dem Täter aus. Offenbar hat er zunächst auf seinen Beifahrer eingestochen und ihn dann bei der Fahrt mit einem Schuss in den Kopf getötet.“^{197}

Am 22. Dezember meldete jedoch das US-amerikanische Fernsehnetzwerk *ABC News*, dass die Leiche des Fahrers mit Schusswunden „hinter dem Lkw“ entdeckt wurde.^{198}

Am 29. Dezember erklärte die Generalbundesanwaltschaft (GBA) unverbindlich: „Nach dem vorläufigen Obduktionsbericht ist der polnische Lkw-Fahrer in zeitlicher Nähe zum Anschlagszeitpunkt verstorben.“^{199} Die Existenz von Stichverletzungen an seinem Leichnam wurde bestritten.^{200}

Die britische Zeitung *The Independent* widersprach jedoch dieser Meldung und schrieb am nächsten Tag, bei der Obduktion wäre nachgewiesen worden, dass Łukasz nicht in zeitlicher Nähe zum Anschlag, sondern „Stunden vor der Tat“ erschossen wurde.^{201}

Bemerkenswert ist, dass die Bundesanwaltschaft in ihrer Erklärung vom 4. Januar 2017 zum Stand der Ermittlungen, weder den Zeitpunkt von Łukasz' Erschießung noch den Fundort seiner Leiche nannte. In der Erklärung wird lediglich behauptet, dass „nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand [...] die tödliche Schussabgabe auf den polnischen Lkw-Fahrer am Friedrich-Krause-Ufer erfolgte.“^{202}

Die *Berliner Morgenpost* wusste es aber besser. Sie meldete am selben Tag: Laut der Bundesanwaltschaft sei der Schuss auf den Mann *gegen 19.30 Uhr* abgefeuert worden.^{203} Damit war also die dritte Zeitangabe zur Erschießung von Urban in der Welt.

Die Zeit berichtete am 5. April 2017, entgegen der Erklärung der GBA vom 29. Dezember 2016, um 19.30 Uhr sei ein Kampf zwischen Amri und Urban entfacht. Łukasz' Körper soll daher zahlreiche Hämatome an Gesicht, Brust und Oberarmen aufweisen.^{204} Am 12. April 2017 meldete die GBA hingegen, dass sich an Łukasz' Leichnam keine Verletzungen befanden, die auf ein Kampfgeschehen schließen lassen.^{205}

Laut Ermittlungen ermordete Amri den Fahrer mit einer Pistole des Typs Erma, Kaliber 22. Er soll diese Waffe dabei gehabt haben, als er Tage später in Mailand erschossen wurde. Marcel Luthe, FDP-Abgeordneter, sagte der *Berliner Zeitung*, er hätte acht Zeugen gefunden, die einen Schuss gehört hatten, kurz nachdem der Lkw auf der Budapester Straße zum Stehen kam.^{206} Luthe bezog sich auch auf einen Waffensachverständigen namens Hans-Georg Schnitzler. Dieser soll über Amris vermeintliche Waffe gesagt haben: „Dieses Kaliber gibt es nur als Bleimunition. Die ist so weich, dass das Geschoss beim Aufprall so verformt wird, dass man es nicht mehr den Spuren zuordnen kann, die der Lauf am Geschoss hinterließ.“^{207}

Spiegel Online berichtete am 3. Dezember 2017, dass Łukasz Urban um 18.53 Uhr in der Schlafkabine des Lkw eine DVD in seinen Laptop schob, um einen Film anzuschauen, nämlich die romantische Komödie "Don Jon", als plötzlich Anis Amri an seinem Fenster stand und ihn

erschoss. Dann soll Amri den Lkw gestartet haben.^{208} So kann nur jemand schreiben, der dabei war.

Am 12. Dezember 2017 veröffentlichte die *Berliner Zeitung* einen aufwändigen Beitrag, signiert von Julia Haak, über den „verschwundenen Lkw.“ Aus dem Beitrag ist nicht ersichtlich, ob sie selbst mit den zitierten Personen gesprochen hat.^{209}

Die Journalistin zitiert den Anwalt von Ariel Żurawski, Besitzer des Lkw. Er ist wütend über die Bundesregierung, nicht etwa wegen der ungeklärten Todesumstände seines Cousins, Łukasz Urban, sondern wegen ihrer Geizigkeit: Sie bot Żurawski nur 10.000 € als Entschädigung.

Ein nicht identifizierter Reporter (der *Berliner Zeitung*?) soll irgendwann den Heimatort des verstorbenen Urban in Banie (Polen) besucht haben. Urban soll eine Frau und einen 17-jährigen Sohn hinterlassen haben. Über ihr Schicksal enthält der Beitrag kein Wort, nicht einmal, dass sie existieren. Stattdessen wird mit einer älteren Dorfbewohnerin gesprochen. Ein nicht identifizierter Nachbar soll berichtet haben, dass es Urbans Eltern schlecht geht. Aber auch mit ihnen wird nicht gesprochen. Stattdessen werden Łukasz Urbans Beerdigung und Grab ausgiebig beschrieben, als wolle man den Leser davon überzeugen, dass er tatsächlich starb.

Dann fahren die nicht identifizierten „Besucher aus Deutschland“ 24 km weiter, zum Wohnort des Besitzers des Lkw. Sobiemysl ist allerdings kein Ort, dort stehen ein paar Häuser auf einem Feld. Ariel Żurawski wohne dort „gemeinsam mit seinen Eltern. Es gibt keinen Fuhrpark, kein Betriebsgelände, kein Bürogebäude, keinen ständigen Mitarbeiterstab. Żurawski beschäftigt ein paar Fahrer, die Wagen least er nach Bedarf.“ Er ist nicht zuhause. Die Besucher aus Deutschland hatten sich nicht mit ihm verabredet. Stattdessen sprechen sie mit einem anonymen Nachbarn, den sie zufällig auf der Straße treffen. Er schien nicht viel zu sagen zu haben: „Es ist tragisch, was Ariel Żurawski passiert ist, vor allem, weil Łukasz Urban auch noch sein

Cousin war. Ich kannte Łukasz gut. Ich war auch auf seiner Beerdigung.“

Nach einer Meldung der *dpa* vom 21. Dezember 2016, *gehören* Ariel Żurawski acht Lastwagen.^{210} Genügen „ein paar Fahrer“, um diese zu betreiben?

Fazit

Wo, wann, wie und von wem Łukasz Urban getötet wurde, wo und wann seine Leiche gefunden wurde, bleibt völlig ungeklärt. Die Generalbundesanwaltschaft ist nicht gewillt, diese Umstände zu klären. Auch seine Familie zeigt offensichtlich kein Interesse an der Klärung dieser Umstände.

(2) Ungeklärte Todesumstände der Israelin Dalia Elyakim

Als anderes Todesopfer von Berlin wurde offiziell Dalia Elyakim aus Israel genannt.

In einem Bericht des *Spiegel Online* vom 20. Dezember 2016 wurde behauptet, dass sich Dalia „am [vorigen Abend] zusammen mit [ihrem Mann] auf dem Weihnachtsmarkt“ befand. Sie galt seitdem als vermisst.^{211} Zwei Tage lang wussten ihre Angehörigen nichts über ihr Schicksal.^{212} Wenn *Spiegel Online* über ihre Anwesenheit am Tatort informiert war, wie konnte Dalia dann als vermisst gelten?

Um dieser Frage nachzugehen, schrieb ich am 11. März 2017 an Solveig Grothe, Journalistin bei *Spiegel Online*, die die Nachricht verfasste. Ich fragte sie: „Wer behauptete bzw. bestätigte, dass Dalia Elyakim zusammen mit ihrem Mann am Montagabend auf dem Weihnachtsmarkt gewesen waren?“^{213} Frau Grothe antwortete mir freundlicherweise, die Quelle für diese Nachricht sei die israelische Botschaft in Berlin gewesen. Wie soll aber die israelische Botschaft

gewusst haben, dass Dalia Elyakim und ihr Mann am Abend des 19. Dezember 2016 auf dem Weihnachtsmarkt waren? Laut Yakov Hadas-Handelsman, Israels Botschafter in Berlin, war Dalia zunächst „nicht auffindbar.“^{214} Deshalb wandte ich mich auch an die israelische Botschaft in Berlin und fragte am 18. März 2017 in einem Schreiben, wann die Botschaft vom Tod von Dalia Elyakims am Breitscheidplatz erfuhr und wer sie informiert hatte.^{215}

Am 21. März bekam ich folgende Antwort von der israelischen Botschaft in Berlin:

„Nachdem klar war, dass es sich bei dem Vorfall auf dem Breitscheidplatz möglicherweise um einen Terroranschlag handelte, wurde, da der Vorfall sich an einem bei Touristen beliebten Ort ereignet hatte, in der Botschaft ein Lagezentrum eingerichtet, von dem aus die Kommunikation mit Angehörigen in Israel und den relevanten Landes- und Bundesbehörden vor Ort koordiniert wurde. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir über diese Informationen hinaus keine Details über botschaftsinterne Abläufe geben können.“

Meine Anfrage bezog sich aber nicht auf „botschaftsinterne“ Abläufe. Die abweichende Antwort erhärtet den Verdacht, dass hier etwas vertuscht wird.

Merkwürdigerweise berichtete die *Jüdische Allgemeine* am 20. Dezember *nur* von Dalias Ehemann. Dementsprechend soll die israelische Botschaft auch nur von *einem* israelischen Opfer gesprochen haben, einem männlichen Verletzten.

„Die israelische Botschaft bestätigte der Jüdischen Allgemeinen, dass unter den Verletzten auch ein Israeli ist. Die Leiterin des israelischen Konsulats, Liora Givon, habe den Mann im Krankenhaus besucht und bereits mit den Ärzten gesprochen, sagte eine Botschaftssprecherin. Er war nach dem Anschlag auf

dem Breitscheidplatz schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert und noch in der Nacht operiert worden.^{216}

Der Verletzte war Dalias Ehemann, Rami Elyakim. Sein Bruder Ofer und Fernsehmoderator Dov Gil-Har telefonierten aus Israel mit Rami, während er noch rund zwei Wochen nach dem Ereignis im Krankenbett in Berlin lag.^{217} Als erstes sagte Rami: „Das ist das erste Mal, dass ich davon erfahre, dass es ein Verkehrsunfall und nicht ein Terroranschlag war.“ Als er nach der Zeit vor dem Ereignis gefragt wurde, antwortete Rami: „Man läuft, sieht sich um, isst etwas, ganz gewöhnliche Sachen. Nichts Besonderes.“ Dann ergänzte er, ohne gefragt worden zu sein: „An das Ereignis als solches erinnere ich mich überhaupt nicht.“ Nach Ende des Telefonates mit Rami sprachen Ofer und der Moderator über das seltsame Verhalten der israelischen Behörden.

Die israelischen Staatsbehörden verweigerten Dalia und ihrem schwer verletzten Mann nämlich den Status von Terroropfern, sondern bezeichneten sie als Opfer eines Verkehrsunfalls.^{218} Die Meldung, dass die Eheleute Opfer eines Verkehrsunfalls gewesen waren, kam nicht etwa vom Justiz- oder Finanzministerium, sondern vom israelischen Verteidigungsministerium. Nach Aussage von Rami war die Meldung anonym: Niemand hatte sie unterschrieben. Ofer erzählte, dass die Familie in Berlin von allen Seiten Hilfe erhielt. Der israelische Botschafter in Berlin und seine Mitarbeiter wären auch sehr hilfreich gewesen, aber nur auf persönlicher Ebene und nicht als Vertreter des Staates. Zu Dalias Beerdigung in Israel kam der Bürgermeister von Herzliya, wo das Ehepaar wohnte. Auch Israels Präsident hatte sich gemeldet. Aber die Staatsbehörden glänzten durch Abwesenheit: Kein Vertreter des Staates und der Regierung fragte die Familie, ob sie Beistand brauche; keiner kam zum Empfang des Leichnams aus Deutschland oder zur Beerdigung Dalias. Ein solches Verhalten ist in Israel erstaunlich. Dalias Angehörige empfanden dieses Verhalten als tief beleidigend. Dalias Neffe Nachschon^{219} und ihr Schwager Ofer^{220} äußerten ihre Enttäuschung in Interviews und erhielten von der Bevölkerung viele

Solidaritätsbekundungen. In Deutschland wurde über dieses Verhalten der israelischen Behörden überhaupt nicht berichtet. Über die Gründe dieses Schweigens kann man nur spekulieren.

Laut einer Änderung des israelischen Gesetzes bezüglich der Entschädigung für Opfer feindlicher Angriffe (5730-1970) haben israelische Staatsbürger ein Anrecht auf Entschädigung, auch dann wenn sie diesen Schaden außerhalb Israels erlitten. Der Schaden muss nach dem 1. April 2012 aufgrund des Angriffs einer Organisation entstanden sein, die den Staat Israel, seine Bürger oder Juden bekämpft.^{221} Wenn man von der offiziellen Darstellung ausgeht, dass Anis Amri im Namen des Islamischen Staates agierte, sollte die Familie von Rafi und Dalia Elyakim Anrecht auf eine Entschädigung als Terroropfer haben. Die Verweigerung, Dalia Elyakim den Status eines Terroropfers zuzuerkennen, basiert also nicht auf finanziellen Gründen, sondern auf der Annahme, dass sie nicht im Namen einer israelfeindlichen Organisation getötet wurde.

Spiegel Online berichtete am 3. Dezember 2017, dass der israelische Staat Rafi Elyakim inzwischen als Terroropfer anerkannt habe. Die Knesset (israelischer Parlament) hat dafür extra das Gesetz geändert.^{222}

Fazit

Niemand hat die Anwesenheit von Dalia Elyakim am Breitscheidplatz zur Zeit des Ereignisses bestätigt. Ihre Todesumstände bleiben ungeklärt. Starb sie tatsächlich durch einen Verkehrsunfall?

(3) Ungeklärte Todesumstände der Italienerin Fabrizia di Lorenzo

Das dritte namentlich identifizierte Todesopfer ist die Italienerin Fabrizia di Lorenzo (31). Sie soll seit 2013 in Berlin gelebt und bei der Logistikfirma 4Flow gearbeitet haben. Das bestätigte der Firmenchef

Stefan Wolff.^{223}

Zunächst wurde Fabrizia, wie Dalia Elyakim, als vermisst erklärt,^{224} obwohl laut Medienberichten ihr Handy und ein S-Bahn-Abo am Tatort gefunden wurden.^{225} Ihre beiden Eltern sowie ihr Bruder flogen am nächsten Tag nach Berlin, um sie zu suchen. In Berlin verbrachten sie drei endlos lange Tage, während ihnen keine deutsche Behörde etwas über Fabrizias Schicksal sagen wollte.^{226} Auf diplomatischen Druck hin sei es ihnen gelungen, Fabrizias Leichnam zu finden und sie noch vor Weihnachten zur Beisetzung nach Italien auszufliegen.^{227} Warum wollte ihnen niemand mitteilen, wo sich Fabrizias Leichnam befand?

Eine andere Frage, die niemand antworten will: Wann verschwand Fabrizia eigentlich? Weder Arbeitgeber noch Kollegen haben sich bereit erklärt, ihre Anwesenheit in der Firma am Tag des Ereignisses zu bestätigen. Der Leiter der Firma, Stefan Wolff, sprach am 20. Dezember 2016 mit der britischen Zeitung *Daily Mail*, aber äußerte sich nicht dazu, wann er Fabrizia zum letzten Mal gesehen hatte. Er rechtfertigte sein Schweigen mit einem Hinweis auf die strengen deutschen Datenschutzbestimmungen.^{228} Die italienische Zeitung *Corriere della sera* zitierte Wolff, der dem Journalisten als teilnahmslos erschien, folgendermaßen: Fabrizia sei „eine Kollegin, die wir, durch unser Schweigen, respektieren wollen.“ (Orig. „Una collega che rispettiamo col nostro silenzio.“)^{229} Es gab niemanden, der die Anwesenheit Fabrizias am Arbeitsplatz oder am Breitscheidplatz bestätigen konnte, wollte oder durfte.

Um diese Frage zu klären, schrieb ich am 8. März 2017 der Firma 4Flow folgenden Brief:

[...] Laut Medienberichten arbeiteten zwei der Todesopfer bei 4Flow. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie mir folgende Fragen beantworten könnten:

1. Haben irgendwelche MitarbeiterInnen Ihrer Firma am Montag,

dem 19. Dezember 2016, [...] Frau Fabrizia di Lorenzo und Frau Nad'a Cizmar, in den Einrichtungen Ihrer Firma in Berlin gesichtet bzw. mit ihnen gesprochen?

2. Wenn ja, wer sind diese MitarbeiterInnen und was wussten sie über die Pläne der Verstorbenen?

3. Sind irgendwelche MitarbeiterInnen Ihrer Firma am Montag, dem 19. Dezember 2016, [...] mit Frau Fabrizia di Lorenzo und Frau Nad'a Cizmar zum Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz gegangen?

4. Wenn ja, wer sind diese MitarbeiterInnen und was haben sie über ihre Erlebnisse berichtet?

Am nächsten Tag erhielt ich folgende Antwort:

Zu dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im vergangenen Jahr möchten wir von 4flow-Seiten weder telefonisch noch schriftlich Angaben machen.

Ich möchte Sie herzlichst bitten, diese Entscheidung zu respektieren.

Mit freundlichen Grüßen [...]

Fazit

Niemand hat die Anwesenheit von Fabrizia di Lorenzo an ihrem Arbeitsplatz und am Breitscheidplatz am Tag des Ereignisses bestätigt. Ihre Todesumstände sind ungeklärt.

(4) Ungeklärte Todesumstände von Dorit Krebs

Die erste Andeutung über den Tod von Dorit Krebs erschien am 23.

Dezember 2016 auf der Webseite der *Eichwalder Nachrichten*. Das lokale Online-Magazin meldete – ohne ihren Name zu nennen – dass

„eine vertrauenswürdige Quelle gestern die ersten Meldungen über das Terroropfer aus Eichwalde gegenüber diesem Online-Magazin bestätigt [hatte]. Bürgermeister Speer wollte sich gestern dazu nicht äußern. So lange die Nachricht über die getötete Eichwalderin nicht auch von offizieller Seite bestätigt sei, könne er dazu keine Stellung nehmen. Vielmehr wolle die Gemeinde den direkten Kontakt mit den Angehörigen suchen und Hilfe anbieten, sofern es eine offizielle Nachricht vom Landkreis gebe.“^{230}

Bürgermeister Speer scheint bis heute von keiner offiziellen Seite eine Bestätigung des Todes der Eichwalderin erhalten haben. Mir ist keine Beileidserklärung der Gemeinde bekannt.

Laut der *Märkische Allgemeine* vom 7. Januar 2017 befand sich eine Frau namens Dorit K. zur Zeit ihres Ablebens mit einer Freundin auf dem Weihnachtsmarkt. Die Freundin soll schwer verletzt worden sein.^{231} Über das Schicksal der anonymen Freundin wurde nicht berichtet. Sie hat sich bis heute nicht zu dem Geschehen geäußert.

Die Beisetzung von Doris Krebs wurde nicht öffentlich angekündigt. Nur eine Quelle – eine undatierte Traueranzeige der Deutschen Bank – erwähnte ihren vollständigen Namen (siehe unten).^{232}



Am 3. Dezember 2017 veröffentlichte *Spiegel Online* ein Interview mit Dorit Krebs' Eltern, Sigrid und Hans-Georg Rheinsberg, die im Havelland wohnen. Sie waren wütend. Sie: „Der Staat hat Mitschuld. Er war nicht der Täter. Aber er trägt Mitschuld.“ Er: „Frau Merkel hat die Flüchtlinge in den Arm genommen. Und uns hat sie auf den Arm genommen.“ Sie: „Das ist jetzt sehr krass gesagt. Aber Frau Merkel hat sich uns gegenüber schäbig verhalten.“ Er: „Völlig ignoriert.“^{233}

Die Zeitung sprach auch mit Dorit Krebs' Tochter, die ihren Namen in keiner Zeitung lesen wollte. Sie soll dem Journalisten gesagt haben, dass sie erst am Morgen des 20. Dezember 2016 erfahren hätte, dass ihre Mutter auf dem Weihnachtsmarkt verabredet war. Sie sagte nicht, woher sie diese Information hatte. Als sie bei der Hotline der Polizei anrief, soll sie folgende Antwort erhalten haben: Sie solle sich keine Sorgen machen, ihre Mutter sei nur verletzt und liege in einem Krankenhaus in Berlin-Wilmersdorf. Als sie dort ankam, sagte man ihr, eine Frau Krebs sei nie eingeliefert worden. Sie berichtete dem *Spiegel*, sie wäre von Krankenhaus zu Krankenhaus gefahren, um ihre Mutter zu suchen. Niemand hätte ihr etwas Genaues gesagt. Erst drei Tage nach dem Ereignis hatte sie Gewissheit. Als sie sich später nach den Sachen ihrer Mutter erkundigte, habe man ihr eine blutverschmierte Tasche in die Hand gedrückt, einfach so.^{234} Das beschriebene Verhalten ist nicht typisch für eine Schlamperei, sondern eher für eine Vertuschung.

Fazit

Niemand hat die Anwesenheit von Dorit Krebs an ihrem Arbeitsplatz und am Breitscheidplatz am Tag des Ereignisses bestätigt, auch nicht die Freundin, die sich mutmaßlich mit ihr am Tatort befand. Dorits Todesumstände bleiben ungeklärt.

(5) Der mysteriöse Tod von Peter Volker

Eines der Todesopfer vom Breitscheidplatz soll Peter Volker gewesen sein. Die einzigen Meldungen über seinen Tod erschienen in Texas, in der fernen Stadt Austin: Die erste Meldung erschien am 21. Dezember 2016 auf der Webseite *My Statesman*^{235} und die zweite am nächsten Tag auf der Webseite *Downtown Austin Patch*.^{236} Diese Meldungen beruhten auf einem Telefoninterview mit dem US-amerikanischen Komponisten Russell Schulz-Widmar (geb. 1944), der sich in Berlin aufhielt. Die *Süddeutsche Zeitung* erwähnte beiläufig den Bericht des amerikanischen Senders *KGBT-TV*, dass ein nicht genannter Lebenspartner von Richard Ramirez aus Texas am Breitscheidplatz in Berlin gestorben sein soll. Richard Ramirez selbst soll das Ereignis schwer verletzt überlebt haben.^{237} Laut der US-amerikanischen Schwulenwebseite *LGBTQ Nation* soll der verstorbene Lebenspartner von Richard Ramirez deutscher Staatsbürger gewesen sein.^{238} Die *Bild*-Zeitung berichtete immerhin am 25. Dezember 2016, dass sich unter den Todesopfern ein gewisser Peter V. befand, ein Partner von Richard R.^{239}

Der einzige mutmaßliche Zeuge des Todes von Peter Volker soll der bereits erwähnte Komponist Schulz-Widmar gewesen sein. Im Gespräch mit *My Statesman* erzählte dieser, dass ein Laster auf ihre Bude zugerast sei, während er und zwei seiner Freunde auf dem Weihnachtsmarkt Glühwein tranken. Er sagte, er hätte sich unter den Trümmern dieser Bude befunden, aber mit nur kleinen Handverletzungen überlebt. Ferner äußerte er in dem Gespräch, er

hätte mit Bestürzung vom Tod seines Freundes Peter Volker erfahren.
{240}

Obwohl Russell Schulz-Widmar in Berlin wohnt und laut eigenen Angaben der einzige Augenzeuge der Tötung einer Person am Breitscheidplatz war, konnte ich bei meiner Recherche in keinem deutschen Medium ein Interview mit ihm finden.

Was sagte Schulz-Widmar in seinem Berliner Telefonat? Er berichtete zunächst, dass der Lkw „durch uns alle“ gefahren sei („He drove through us all“). Es gäbe „Leichen auf der Straße“. Er „könne die Bilder von den Schreien, von den Gesichtern der Toten, vom Lkw, der über uns alle gefahren sei, und von den Trümmern nicht loswerden.“ Er behauptete, dass er unversehrt aus den Trümmern herauskam, obwohl der Lkw *durch* seine Bude fuhr.^{241}

Er glaube, sagte er, dass er sich verletzt hätte, als er die Trümmer von seinem Körper wegschob. Dann soll er erkannt haben, dass zwei Menschen, die zuvor in seiner unmittelbaren Nähe saßen, tot waren, darunter sein Bekannter Peter Volker. Er sagte, er hätte Peter Volkers Partner Richard Ramirez auf der Straße weinend gesehen. Sie hätten sich aber im darauf folgenden Chaos aus den Augen verloren.

Fazit

Die Behauptung, der Lkw wäre „durch uns alle“ gefahren, kann nicht richtig sein, denn dann wäre Schulz-Widmar selbst gestorben. Dass er Schreie hörte, steht im Widerspruch zu zahlreichen Zeugenaussagen, die die unheimliche Stille am Tatort besonders hervorhoben. Und dass er Tote „auf der Straße“ sah, entspricht keiner anderen Zeugenaussage. Nach der offiziellen Darstellung befanden sich alle Toten und Verletzten auf der Fußgängerzone des Weihnachtsmarkts. Dass er aus den Trümmern einer vom Lkw zerstörten Bude lebendig herauskam, grenzt an Wunder oder entspringt seiner Fantasie. Es gab tatsächlich mehrere Wunder am diesen Tag, wie am 9/11.

Schulz-Widmars Beschreibung wirkt auf mich zu fantastisch. Daher kann ich sie nicht als einen Beweis für Peter Volkers Tod am Breitscheidplatz heranziehen.

Ich habe versucht, durch Russell Schulz-Widmars Ehemann Hubertus Schulze-Wilke, einen Kontakt zum Komponisten herzustellen, um ihn zu den Geschehnissen zu befragen. Leider ohne Erfolg, denn Herr Schulze-Wilke antwortete mir, dass sein Ehemann keine Fragen beantworten will. Außer Russell Schulz-Widmar, der sich in Schweigen hüllt, hat niemand die Anwesenheit von Peter Volker am Breitscheidplatz zur Zeit des Ereignisses bestätigt, auch nicht sein Partner Richard Ramirez. Volkers Todesumstände bleiben ungeklärt.

(6) Der diskrete Tod von Sebastian Berlin

Der Name Sebastian B. wurde am 22. Dezember 2016 in der *Märkischen Allgemeinen* als Todesopfer des Berliner Ereignisses erwähnt. Er soll bei ZF in Brandenburg/Havel gearbeitet und in Berlin eine berufsbegleitende Fortbildung besucht haben. Er war auch aktiv in der Freiwilligen Feuerwehr von Bad Belzig. Am Tag des Ereignisses soll Sebastian B. eine Prüfung abgelegt haben. Um auf seinen Erfolg anzustoßen, soll er – laut anonymen Bekannten – mit zwei Begleitern zum Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche gefahren sein. Die *Märkische Allgemeine* sprach mit Carmen Bahlo, der Betriebsratsvorsitzenden des Getriebeherstellers ZF in Brandenburg an der Havel. Sinngemäß sagte Bahlo der Zeitung: Sollte die traurige Nachricht [über sein Tod] offiziell bestätigt werden – und sie hofft immer noch auf ein Wunder, werde der Betrieb sicher im Januar des Kollegen gedenken.^{242}

Die Bekannten, die ihm zum Weihnachtsmarkt begleitet haben sollen, schweigen. Am 7. Januar 2017 berichtete Ulrich Wangemann in der *Märkischen Allgemeine*, dass Sebastian B. in Ragösen beigesetzt wurde. [Abbildung Nr. 4](#) begleitete diese Nachricht. Keiner seiner

Kollegen wollte bei der Trauerfeier erkannt werden, denn alle standen mit dem Rücken zur Kamera.

Fazit

Niemand hat die Anwesenheit von Sebastian B. am Breitscheidplatz zur Zeit des Ereignisses bestätigt, auch nicht seine Kollegen, die laut einer Zeitung dabei waren. Seine Todesumstände bleiben ungeklärt. Außer der *Märkischen Allgemeine* haben Leitmedien über seinen Tod weitgehend geschwiegen. In den Traueranzeigen auf der Webseite der *Märkischen Oderzeitung* am 1., 8. und 22. Januar 2017, stand zwar sein voller Name, aber sie erwähnten merkwürdigerweise nicht, dass er Opfer eines Terroranschlages gewesen war.^{243}

(7) Die Todesumstände von Nad'a Čižmárová

Eine der elf Personen, die laut offiziellen Darstellungen am Breitscheidplatz von einem Lkw getroffen wurden und dadurch ums Leben kamen, ist Nad'a Čižmárová (oder Cizmar) aus Tschechien.^{244}

Die erste Meldung über Nad'as Tod erschien nicht in Deutschland, sondern in der englischen Zeitung *The Guardian* vom 21. Dezember 2016.^{245} Nad'as Ehemann, Dr. Petr Cizmar, soll sie zunächst als vermisst gemeldet haben. Laut *The Guardian* schrieb er auf Facebook: „Nach drei [sic] Unklarheits- und Zweifelstagen und in großer Trauer muss ich alle Angehörigen und Freunde informieren, dass meine Ehefrau Nad'a Cizmar eine der Opfer des terroristischen Angriffs in Berlin gewesen war.“^{246}

Am 22. Dezember 2016 erklärte das Auswärtige Amt in Prag, dass Nad'a am 19. Dezember auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin bei einem Terroranschlag starb.^{247} Laut Medienberichten war Nad'a, wie auch Fabrizia di Lorenzo, Mitarbeiterin der Logistik Firma 4Flow in Berlin.^{248}

Am 23. Dezember 2016 - vier Tage nach dem Ereignis – zitierte die französische Zeitung *Le Figaro* das tschechische auswärtige Amt mit den Worten, dass „die Informationen über die genauen Todesumstände der tschechischen Bürgerin zur Zeit nicht verfügbar sind.“^{249}

In den Medien wurde mehrmals berichtet, dass Nad'a mit Kollegen und Kolleginnen ihrer Firma 4Flow zum Weihnachtsmarkt gefahren sei, wo sie gestorben sein soll. So meldete z.B. die *Hildesheimer Allgemeine Zeitung* am 27. Januar 2017:

„[Petr Cizmars] Gedanken gehen immer wieder zu jenem Dezemberabend zurück, an dem sich seine Frau mit ihren Berliner Kollegen des Logistikunternehmens 4flow auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz trifft. Die 34-jährige Disponentin hat auf das Treffen eigentlich keine große Lust, empfindet die Einladung eher als „freiwillige Pflicht“, wie sie ihrem Ehemann am Telefon erzählt. Trotzdem ist sie pünktlich um 20 Uhr am Eingangsbereich in der Nähe der Gedächtniskirche. Kurz darauf steuert Amri den Lastwagen in die Menge, reißt Nadja Cizmarova und eine weitere aus Italien stammende Mitarbeiterin der internationalen Logistikfirma in den Tod.“^{250}

Am 10. März 2017 schickte ich dem Journalisten Elliott Usifo bei *RTL Nord*, der mit Petr Cizmar ein Gespräch geführt hatte, folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Usifo,

Am 24. Januar 2017 publizierte RTL Nord eine Reportage von Ihnen und Ihrem Kollegen Andreas Becker und ein Interview mit Petr Cizmar, der seine Frau beim Anschlag von Berlin am 19. Dezember verlor. Die Reportage befindet sich auf der Webseite <http://rtlnord.de/nachrichten/petr-cizmar-aus-hildesheim-verlor-beim-anschlag-von-berlin-seine-frau.html>

Sie sagten im „off-voice“ dass die Firma bei welcher Petr’s Frau Nadja gearbeitet hat, einen „Ausflug zum Weihnachtsmarkt organisiert“ hatte. Davon hat niemand sonst berichtet. Die Firma hüllt sich in Schweigen. Von wem haben Sie diese Information erhalten?

Sie sagten dass Petr mit seiner Frau unmittelbar vor dem Anschlag telefonierte. Hat Petr Ihnen das gesagt? Warum ließen Sie ihn dann nicht diese Tatsache selbst äußern? Wann soll dieses Telefonat stattgefunden haben? Hat Petr dazu keine Angaben gemacht?

Ich wäre Ihnen sehr dankbar für die Information, da ich den Berliner Anschlag als unabhängiger Forscher und Autor ermittele.

Mit freundlichen Grüßen,

Am 13. März antwortete mir Herr Usifo:

„die Recherche für diesen Beitrag lief damals über den frei beruflichen Kollegen Andreas Becker. Hier die Kontaktdaten zu dessen Produktionsfirma (...).“^{251}

Daraufhin schickte ich die gleiche Anfrage an Andreas Becker bei der Firma „Redaktion München“. Nach einem Briefwechsel und einem Telefongespräch mit ihm stellte ich ihm folgende Fragen:

- 1. Wie entstand das Interview mit Petr Cizmar, bzw. wer hat den Auftrag zum Interview gegeben?*
- 2. Haben Sie andere Angehörige der Opfer des Anschlages in Berlin auch interviewt? Wenn ja, welche?*
- 3. Nahm Ihr Kollege Elliot Usifo auch an dem Interview von Petr Cizmar teil?*
- 4. Wann wurde das Interview mit Herrn Cizmar gemacht?*

5. Wurden sämtliche aufgezeichneten Aussagen von Herrn Cizmar veröffentlicht, oder wurden Teile des Interviews herausgeschnitten? Falls dies der Fall gewesen war, wären Sie bereit, mir die gesamte Aufzeichnung zur Verfügung zu stellen (selbstverständlich nur als Hintergrundinformationen, nicht zur Veröffentlichung)?

6. Hat Herr Cizmar Ihnen gesagt, dass die Firma seiner Frau einen „Ausflug zum Weihnachtsmarkt organisiert“ hatte?

7. Hat Herr Cizmar Ihnen gesagt, dass er mit seiner Frau „unmittelbar vor dem Anschlag“ telefonierte?^{252}

Am 16. März bekam ich von Herrn Becker folgende Antwort:

Sehr geehrter Herr Davidsson,

nach Rücksprache im Haus darf ich Ihnen mitteilen, dass ich nicht autorisiert bin, Ihnen Mitteilungen zu dem von Ihnen angesprochenen Fernsehbeitrag zu machen.

Bitte richten Sie Ihre Fragen an die Pressestelle von RTL Television in Köln. Unter Angabe des Sendedatums und des Sendeformates, wo der in Rede stehende Beitrag gelaufen ist.

Es tut mir leid,

Viel Erfolg bei ihren Recherchen, Mit herzlichen Grüßen.

Im Interview mit Petr Cizmar wurde im *off* gesagt, dass die Firma 4Flow für seine MitarbeiterInnen [darunter Fabrizia und Nad'a] einen Ausflug zum Breitscheidplatz organisiert hatte. Herr Usifo verwies zunächst an Herrn Becker. Becker sagte mir im Telefongespräch, dass er für den gesprochenen „Off-Text“ im Interview keine Verantwortung trüge und verwies mich an die Pressestelle von *RTL Television* in Köln. Aus diesen Antworten geht hervor, dass niemand den mutmaßlichen Ausflug der MitarbeiterInnen dieser Firma zum

Breitscheidplatz bestätigen will.

Am 17. März 2017 schickte ich schließlich eine direkte Anfrage an Dr. Petr Cizmar und fragte ihn, ob er bereit sei, mir Fragen über die Geschehnisse zu beantworten. Ich wollte endlich wissen, ob sich tatsächlich im kritischen Moment Kollegen und Kolleginnen bei seiner Frau befanden und wenn ja, warum sie nicht bereit sind, ihre Anwesenheit am Tatort zu bestätigen. Während Dr. Cizmar mehrmals und ausgiebig in Zeitungen und Fernsehinterviews über seine persönliche Tragödie erzählte, antwortete er mir nicht.

Fazit

Niemand hat die Anwesenheit von *Nad'a Čižmárová* am Arbeitsplatz und am Breitscheidplatz am Tag des Ereignisses bestätigt, auch nicht ihre Kollegen. Ihre Todesumstände bleiben ungeklärt.

(8-9) Starben Anna und Georgyi Bagratuni am Breitscheidplatz?

Bei Anna und Georgyi Bagratuni handelt sich um ein aus der Ukraine stammendes Ehepaar. Beide sollen am Abend des 19. Dezember am Breitscheidplatz von einem rasenden Lkw getroffen und in der Folge gestorben sein.

(a) Zweifel über den richtigen Familiennamen

Der Familienname des Ehepaars - *Bagratuni* - erschien erstmals in einer Traueranzeige der Firma *iffm*, bei der das Ehepaar gearbeitet haben soll.^{253} In der britischen Tageszeitung *Daily Mail* vom 17. Januar 2017 wurde der Familienname des Ehepaars allerdings als *Borzov* angegeben.^{254} War *Borzov* bloß ein Irrtum der *Daily Mail*? Und wenn ja, wie konnte aus dem Namen Bagratuni der Name *Borzov* entstehen?

(b) Ungeklärte Todesumstände

Das verstorbene Ehepaar Bagratuni soll eine 22-jährige Tochter, Valeriya, hinterlassen haben. Laut *Bild*-Zeitung machte Valeriya Abitur und studiert nun Zahnmedizin.^{255} Folgende Informationen beruhen weitgehend auf der Berichterstattung der *Bild*-Zeitung, die anscheinend die Exklusivrechte für Interviews mit Valeriya erwarb:

1. Während des Berliner Ereignisses befand sich Valeriya mit ihrem Freund Malte in Hamburg. Es dauerte mehr als drei Tage, bis Valeriya offiziell über den Tod ihrer Eltern unterrichtet wurde, obwohl sie den Ermittlern sagte, dass ihre Eltern ihre Ausweispapiere bei sich trugen.^{256} Der Arbeitgeber des Ehepaars soll aber schon am nächsten Morgen über ihren Tod informiert worden sein.^{257}
2. Valeriya äußerte ihre Überraschung, dass ihre Eltern am Abend noch zum 20 km entfernten Ku'damm fuhren: „Wir waren vorher nie auf diesem Weihnachtsmarkt. Es gibt doch so viele andere in Berlin. Es muss eine spontane Entscheidung gewesen sein“, soll sie der *Bild*-Zeitung gesagt haben.^{258}
3. Valeriya wurden von den Ermittlern seltsame Fragen gestellt, z.B. ob ihre Mutter Schambehaarung hätte und ob ihr Vater beschnitten sei.^{259}
4. Valeriya durfte ihre Eltern erst nach 10 Tagen beim Bestatter, „geschminkt und zurechtgemacht“ sehen.
5. Der Berliner Opferbeauftragte Roland Weber meldete, dass am 11. Januar 2017 noch kein Totenschein [wegen des Todes von Valeriyas Eltern] zugestellt wurde.^{260}
6. Als Valeriyas Eltern am nächsten Tag beigesetzt wurden, erschien niemand vom Berliner Senat, von der Bundesregierung oder vom Bundespräsidialamt. Valeriya sagte, sie hätte von ihnen nicht einmal ein Beileidsschreiben, einen Kranz, eine Blume erhalten.^{261} Eine Gedenkfeier fand am 12. Januar 2017 in der Russisch-Orthodoxen Kirche Berlin unter Leitung von Pfarrer André Sikojev statt.^{262}
7. Valeriya sagte, sie hätte keinerlei Informationen darüber

erhalten, wie ihre Eltern gestorben sind.^{263}

8. Niemand hat das Ehepaar Bagratuni am Tatort gesehen. Am 17. Januar 2017 – also beinahe ein Monat nach dem Ereignis – veröffentlichte die *Bild*-Zeitung ein Foto von Anna Bagratuni am Breitscheidplatz (siehe [Abb. 5](#)). Das Foto soll ihr Ehemann Georgyi kurz vor 20.00 Uhr mit seinem Handy gemacht und direkt seiner Tochter Valeriya geschickt haben.

Kritische Geister zweifeln an der Echtheit dieser Abbildung und vermuten eine Fotomontage, um die Anwesenheit des Ehepaars am Tatort zu belegen. Ich besitze nicht die Fachkenntnisse, um diese Zweifel zu bewerten. Da aber nahezu keine Beweise zur Anwesenheit der *anderen* Todesopfer am Breitscheidplatz vorliegen, kann ich diese Zweifel nicht ignorieren.

(c) Valeriyas Zusammenarbeit mit der *Bild*-Zeitung

Valeriya scheint einen Exklusiv-Vertrag mit der *Bild*-Zeitung abgeschlossen zu haben. Denn nur die *Bild*-Zeitung berichtete ausgiebig über sie. Die Zeitung publizierte Valeriyas Story in einer – sich über vier Tage erstreckenden – Reihe von Beiträgen, gespickt mit Familienfotos, die Valeriya der Zeitung zur Verfügung stellte.^{264} Aus diesem Anlass errichtete die Zeitung auch ein Spendenkonto für Valeriya. Die Story rührte Tausende, sie drückten ihr Beileid in Leserbriefen aus und überwiesen Spenden. Eine Leserin schrieb: „Unter Tränen habe ich den Bericht über Valeriya gelesen. Es tut mir in tiefster Seele weh. Ich beziehe krankheitsbedingt derzeit Arbeitslosengeld, bin leider nicht in der Lage, finanziell zu helfen. Ich habe meine letzten 0,68 Euro auf Valeriyas Spendenkonto überwiesen. Es tut mir leid, dass ich nicht mehr hatte.“ Ein Hotelier in Südtirol lud Valeriya und ihren Freund ein, „sich eine Woche bei uns zu erholen“.^{265} Die Berichterstattung der *Bild*-Zeitung lenkte von den ungeklärten Todesumständen der Bagratunis ab.

Die Zusammenarbeit der *Bild*-Zeitung mit Valeriya beschränkte sich nicht auf das Berliner Ereignis. So berichtete die Zeitung am 3. März

2017 von einem vermeintlichen Versuch, Valeriya und ihren Freund bei der Wohnungssuche abzuzocken.^{266}

(d) Bagratunis Arbeitgeber: Die Firma *iffm*

Die Software der Firma *iffm*, bei der das Ehepaar Bagratuni beschäftigt war, wird von zahlreichen deutschen Institutionen zur Verwaltung ihrer Gebäude und Liegenschaften angewendet, aber auch in der Verwaltung von Katasterämtern sowie Grund- und Bodenverwaltungen in den ukrainischen Städten Tscherkassy, Odessa, Zaporozhye, Mykolajiw und Rowno (Rivne).^{267} Unter den Kunden der Firma befinden sich noch weitere ukrainische Städte, wie zum Beispiel Kiew, Dnjepropetrowsk, Lwow und Poltawa.^{268}

Am 10. März 2017 sendete ich dem Arbeitgeber der Bagratunis, *iffm*, folgende Fragen:

- 1. Wie lange arbeiteten diese Personen in Ihrer Firma?*
- 2. Haben irgendwelche MitarbeiterInnen Ihrer Firma am Montag, dem 19. Dezember 2016, dem Tag der Berliner Anschläge, diese Personen gesichtet und mit ihnen gesprochen? Wenn ja, wer sind diese MitarbeiterInnen?*
- 3. Könnte ich mit MitarbeiterInnen Ihrer Firma über das Ehepaar Bagratuni sprechen?*

Ich erhielt keine Antwort. Während eines Besuchs in Berlin am 7. September 2017 suchte ich die Firma *iffm* in Berlin-Adlershof auf. Ein älterer Herr öffnete mir die Tür und fragte mich nach meinen Wünschen. Ich stellte mich vor und erklärte, dass ich mit einem Verantwortlichen in der Firma über das Ehepaar Bagratuni sprechen möchte. Er stellte sich dann als Herr Schmahl vor. Der „Türöffner“ war niemand anderes als der Chef und Gründer der Firma, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Schmahl. Nachdem ich ihm meine Visitenkarte überreicht hatte, lud er mich zögernd in sein Büro ein. In der Eingangshalle stand ein Foto des Ehepaars Bagratuni.

Prof. Schmahl erzählte mir, dass er das Ehepaar Bagratuni seit mehr als 20 Jahren kannte. In den 1990er Jahren hätte er Herrn Bagratuni in der Ukraine getroffen – und zwar im Rahmen eines Projekts der Bundesregierung zur Förderung deutscher Investitionen in der Ukraine, und sich dafür eingesetzt, ihn und seine Familie nach Deutschland zu bringen. Herr Bagratuni soll ein „genialer Programmierer“ gewesen sein, so Schmahl. Der Firmenchef sagte auch, dass er deren Tochter Valeriya seit ihrer Geburt kenne. Herr und Frau Bagratuni hätten beide bis zu ihrem Todestag bei *iffm* gearbeitet. Auf meine Frage, ob das Ehepaar am 19. Dezember 2016 im Büro war, sagte er mit Nachdruck, beide hätten sich bis zum Abend im Büro befunden.

Nach einigen Minuten erschien sein Sohn, Sören Schmahl, mit dem der Firmengründer jetzt die Firma leitet. Als dieser meinen Namen hörte, erinnerte er sich, dass er von mir einen Brief erhalten hatte. Davon wusste sein Vater anscheinend nichts. Sören Schmahl sagte, er habe sich nach Besichtigung meiner Webseite dazu entschlossen, meinen Brief nicht zu beantworten. Er wollte mir jedoch nicht erklären, was ihn an meiner Webseite störte. Ohne Anlass meinerseits sprach er von Verschwörungstheorien und betonte – ebenfalls ohne Anlass meinerseits, dass die Abbildung von Frau Bagratuni vom Breitscheidplatz echt sei.

Plötzlich konnte ich das Misstrauen der Schmahls mir gegenüber mit beiden Händen anfassen. Wodurch entstand ihr Misstrauen? Darauf habe ich keine Antwort. An dieser Stelle bedankte ich mich für die kurze Unterhaltung und verließ ihr Büro.

Fazit

Außer der umstrittenen Abbildung von Anna Bagratuni, die in der *Bild*-Zeitung erschien und von keiner Behörde beglaubigt wurde, gibt es keine Beweise für die Anwesenheit des Ehepaares am Tatort. Die Todesumstände des Ehepaares bleiben ungeklärt.

(10) Die Geheimhaltung um Angelika Klösters

Laut Medienberichten soll unter den Opfern des Ereignisses am Berliner Weihnachtsmarkt eine Frau aus Neuss und deren Sohn gewesen sein.^{269} Der schwer verletzte Sohn soll dem Journalisten Christoph Kleinau von *RP-Online* auf seinem Krankenbett am 21. Dezember gesagt haben: „Wir rechnen mit dem Schlimmsten “ und fügte hinzu: „Aber ich habe ja gesehen, was mit ihr passiert ist. Wir wollten auf dem Weihnachtsmarkt noch einen Absacker trinken.“^{270} Am nächsten Tag erzählte der Sohn Herrn Kleinau: „Ich wurde aus der Glühweinbude herausgeschleudert, habe mich nach ihr umgedreht und gerufen: Wo bist du?“ „Hier“ rief seine Mutter. Dieses „Hier!“ habe er gehört, bevor er selbst zusammengesackt sei. Es soll die letzte Nachricht von seiner Mutter gewesen sein.^{271}

Der Sohn soll dem Journalisten gesagt haben, sie hätten nichts gesehen: „Es klang wie das leise Knallen von Feuerwerkskörpern, das schnell näher kam.“ Dann sei der Lkw regelrecht durch die Glühweinbude hindurchgerast, schreibt der Journalist. Der 40-jährige Sohn soll von dem Lastwagen erfasst worden sein und – nach seiner Erinnerung – „komplett durch die Bude gedrückt“ worden sein. Aber er hatte Glück. Trotz mehrerer Beckenbrüche überstand er den Anschlag aber ansonsten unversehrt, so der Journalist.^{272}

In Ungewissheit über das weitere Schicksal der Mutter und Ehefrau haben sich Vater und Sohn an die Polizei in Neuss sowie an die Berliner Behörden gewandt – allerdings ohne Ergebnis. „Wir haben sogar die extra eingerichtete Angehörigen-Hotline angerufen“, soll der Sohn gesagt haben. „Aber wir warten noch immer auf Antworten.“^{273} Sie sollen sogar auf eigene Faust auf der Suche nach der Mutter bei Berliner Krankenhäusern angefragt haben – leider ebenfalls erfolglos.

In einer MDR-Sendung vom 21. Oktober 2017, wo der Name des

Sohns – Sascha Klösters – erstmals veröffentlicht wurde, beschrieb er sein Erlebnis folgendermaßen:

„Eigentlich hatten wir unser Programm schon hinter uns und wollten einfach nur noch einen Absacker trinken in dieser Glühweibude, wir hatten nur den Blick gehabt quer zur Gehrchtung, und den Lkw selber haben wir auch nicht gesehen. Wir haben also nur gehört, wie es geknallt hatte, wie es immer lauter wurde, und man hatte überhaupt keine Zeit nachzudenken, was das ist, dann ist das schon bei uns passiert. Das ging alles sehr schnell, etwa zwei Sekunden bei uns und die ganze Bude wurde zerstört....Wir haben nur noch die Schreie gehört von den Leuten, die weggerannt sind, wir wussten aber nicht, was es war, weil sie den Lkw nicht gesehen hatten. Ich hab' den auch nicht gesehen, als er durch unseren Glühweinstand gefahren ist, ich habe erst den Lkw gesehen, als er neben mir stand. Und, in dem Augenblick wusste ich überhaupt nicht mehr, wo die ganzen Leute gewesen sind. Ich hab' also nur so'ne Wand mit Schutt, Metall, Grünzeug, alles ist mir entgegengeflogen und dann habe ich auch nichts mehr gesehen. Und dann bin ich wohl vorne vom Lkw erfasst worden und komplett durch den Glühweinstand gestoßen worden und kam auf der Budapester Strasse erst wieder raus, dann habe ich mich umgedreht, wollte nach meiner Mutter suchen und habe sie in den Trümmern gefunden. Ich war aber nicht in der Lage, sie herauszuziehen. Irgendwie war das Gehen bei mir schon sehr schwer wegen der ganzen Brüche, die ich hatte.“^{274}

In einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 13. Dezember 2017 erklärte er, dass er

„etwa noch drei bis vier Minuten mit [seiner] Mutter geredet [habe]. Sie habe mir irgendwie noch ihr Handy gegeben oder eine schwarze Tasche. Dann wurde ich weggetragen von Helfern, weil dann auch die Schmerzen einsetzten, und dann habe ich das alles nur noch aus der Entfernung mitbekommen. Wie die dann anfangen mit den Reanimations-Maßnahmen bei meiner Mutter. Da

habe ich mir schon ausgemalt, dass das nicht gut ausgeht. Ich habe da eine Weile gelegen. Dann wurde ein Zelt aufgebaut, wo alle Verletzten gesammelt wurden [...] Das war ein Horrorszenario. Jeder bekam ein Bändchen um den Arm. Damit man zugeordnet wurde [...] Ich war einer der Letzten, die das Zelt verlassen haben. Mit dem Rettungswagen, der dann auch nicht den Eingang zur Charité gefunden hat. Der ist dann irgendwie über die Wiese gefahren. Der Notarzt hat mir unterwegs noch mitgeteilt, dass das Funknetz der ganzen Rettungskräfte ausgefallen sei. Dann wurde die Sperre aufgebrochen zum Krankenhaus.^{275}

Einige Fragen stellen sich: (a) Wieso nahmen er und seine Mutter den bereits langsam fahrenden Lkw nicht wahr? (b) Wenn er vom Lkw nach vorne zur Budapester Straße geschoben wurde, woher konnten Schutt, Metall und Grünzeug ihm entgegenfliegen? (c) Wie mag es sein, dass ihm zuerst Schutt, Metall und Grünzeug „entgegengefliegen“ sind, und er dann erst vom Lkw „komplett durch den Glühweinstand gestoßen worden sei“ und sich auf der Budapester Straße befand? (d) Wenn er vom Lkw „vorne“ erfasst worden war, wie konnte er überhaupt den Aufprall des 40-Tonner überleben? (e) Was meinte er, als er sagte, „in dem Augenblick wusste ich überhaupt nicht mehr, wo die ganzen Leute gewesen sind“? (f) Ist eine tödlich verwundete Person (seine Mutter) in der Lage, ein Handy zu überreichen und ein Gespräch zu führen? Im MDR-Interview in Oktober 2017 erwähnte er jedenfalls nicht, dass seine Mutter noch am Leben war, als er sie in den Trümmern gefunden hat.

Am 11. März 2017 schickte ich dem Journalisten Christoph Kleinau, der Frau Klösters Sohn interviewte, folgende Anfrage:

„[...] Ich würde gerne wissen ob Sie den Sohn selbst im Krankenhaus (wo er sich an diesem Tag befand) interviewt haben. Wenn ja, wie erklärte er Ihnen, dass er vom Lastwagen „erfasst“ wurde und trotzdem überlebte und dazu noch innerhalb 48

Stunden ein Interview geben konnte? [...]"

Eine Antwort erhielt ich nicht. Ich erfuhr aber, dass auch andere Menschen Herrn Kleinau Fragen gestellt haben. Auch sie sollen keine Antwort erhalten haben.

Am 20. Januar 2017 stellte Jürgen Ritterbach im Namen der Dorfgemeinschaft Lanzerath folgende Traueranzeige auf die Internetseite der Dorfgemeinschaft.^{276}



Am 23. Januar 2017 berichtete die *Rheinische Post*, dass zwei Rechtsanwälte die Familie betreuen. Die Familie wolle sich aber nicht an Sammelklagen beteiligen und übe an dem Verhalten der Behörden nicht die geringste Kritik, so der Bericht. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) soll den Sohn von Frau Klösters irgendwann in der Charité besucht haben. Die Familie selbst hüllt sich in Schweigen.^{277}

Am 18. April 2017 schrieb ich Herrn Ritterbach in Lanzerath folgende Mail (und wiederholte meine Mail am 1. August):

„[...] Wie ich entnehme, haben Sie im Namen der Dorfgemeinschaft eine Traueranzeige wegen des Todes von Frau Angelika Klösters auf die Webseite der Gemeinschaft gestellt. Da wenig über die Umstände ihres tragischen Todes veröffentlicht wurde, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir folgende Hintergrundfragen beantworten könnten. Falls diese Informationen

vertraulich sind, bitte teilen Sie es mir mit, sodass ich sie nicht veröffentliche.

- 1. Wann ungefähr wurden Sie bzw. die Dorfgemeinschaft vom Tod der Frau Klösters informiert und von wem?*
- 2. Welche schriftlichen Daten haben Sie über die Todesumstände der Frau Klösters erhalten und von wem?*
- 3. Wann und wo wurde Frau Klösters beigesetzt?*
- 4. Wissen Sie etwas Näheres über den gegenwärtigen Gesundheitszustand des Sohnes von Frau Klösters und ob ich ihn kontaktieren dürfte? [...]"*

Von Herrn Ritterbach erhielt ich keine Antwort.

Am 3. August versuchte ich es bei dem Vorsitzenden der Dorfgemeinschaft Lanzerath:

„[...] Am 18. April schrieb ich Ihrem 1. Geschäftsführer Jürgen Ritterbach folgenden Brief. Ich wiederholte meinen Brief am 1. August. Ich erhielt von ihm nie eine Antwort.

Als Autor im Bereich des internationalen Terrorismus befasse ich mich gegenwärtig mit dem Ereignis am Weihnachtsmarkt in Berlin. Da ein Todesopfer aus Ihrer kleinen Gemeinde stammt, wende ich mich an Sie. Mir geht es um die Aufklärung des Ereignisses in Berlin.

Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich gegenüber meinen Lesern der Wahrheit verpflichtet bin. Die Verschwiegenheit über das Ereignis in Berlin, die ich auf allen Seiten treffe, werde ich selbstverständlich meinen Lesern nicht vorenthalten. Ich werde freundliche wie auch schweigende Reaktionen in meinem Buch anführen und Namen nennen. Ich behalte mir auch das Recht vor, diese Reaktionen nach eigenem Ermessen zu interpretieren.

Da eine Traueranzeige wegen des Todes von Frau Angelika

Klösters im Namen der Dorfgemeinschaft Lanzerath veröffentlicht wurde, wäre ich Ihnen sehr dankbar, von Ihrem Gremium eine Antwort auf meine Anfragen zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen,"

Auch von diesem Ehrenbürger erhielt ich keine Antwort.

Fazit

Sascha Klösters' Aussagen sind mäßig glaubhaft, müssen allerdings durch unabhängige Beweise bestätigt werden, insbesondere (a) seine Anwesenheit und die Anwesenheit seiner Mutter am Breitscheidplatz in Berlin zur Zeit der Tat und (b) die Tatsache, dass er und seine Mutter vom Lkw getroffen wurden. Die strikte Verschwiegenheit der Familie und der Dorfgemeinde deutet zusätzlich darauf hin, dass hier etwas vertuscht wird.

(11) Wer war Klaus Jakob?

Der Tod von Klaus Jakob am Breitscheidplatz wurde erst in einem Gespräch mit seiner Tochter Astrid Passin in einer Sendung von *Spiegel TV* am 19. März 2017, also drei Monate nach dem Ereignis, erwähnt.^{278} Im Gespräch äußerte sie sich weder über die Umstände seines Todes, noch über seine Person. Sie sagte nur, dass seine Lebenspartnerin, Heike Hohbein, am Abend der Tat mit ihm zum Breitscheidplatz gegangen sei. Aber auch die Lebenspartnerin schweigt. Klaus Jakobs Beisetzung fand statt erst am 3. Februar 2017 in Berlin statt und wurde zwei Tage davor wie folgt angekündigt.



Am 19. April 2017 schrieb ich Frau Passin, die in Berlin eine Boutique betreibt, einen Brief mit einigen Fragen, unter anderem, ob sie tatsächlich – wie bei *Spiegel TV* berichtet – nun die Opfer vom Breitscheidplatz vertrete. Ich wollte auch etwas Näheres über das Leben ihres verstorbenen Vaters erfahren. Da ich keine Antwort erhielt, wiederholte ich meinen Brief am 6. Mai 2017. Meine Versuche, sie telefonisch zu erreichen, blieben ebenfalls erfolglos. Am 1. August 2017 schrieb ich ihr wieder einen Brief:

"Am 19. April und am 6. Mai schrieb ich Ihnen und erhielt keine Antwort. Zur Zeit bereite ich die 4. Auflage meines Buches « Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung » vor, die eine Bewertung des Berliner Ereignisses vom 19. Dezember 2016 beinhalten soll. In dieser Bewertung werden Sie voraussichtlich als Tochter des verstorbenen Klaus Jakob zitiert. Um Ihnen keine Vertuschung einer Straftat zu unterstellen, würde ich es sehr begrüßen, wenn Sie mit mir offen über die Todesumstände Ihres Vaters sprechen bzw. meine Fragen schriftlich beantworten würden. Es geht mir nicht um Ihre Person, sondern einzig um die Aufklärung des Berliner Ereignisses."

In einer MDR-Sendung vom 21. Oktober 2017, erklärte Frau Passin, wie sie vom Tod ihres Vaters erfuhr. Sie sagte, die Lebensgefährtin ihres Vaters hätte sie am Morgen des 20. Dezember 2016 angerufen und ihr den Tod des Vaters mitgeteilt:

"Ich habe sie gar nicht verstanden. Sie hat geweint und fast geschrien am Telefon. Und ich habe auch nicht gewusst, dass sie es war. Ich habe sie nicht verstanden. Und irgendwann kam dann der Satz 'Papi ist tot'...Dann hat sie mir gesagt 'Wir waren gestern auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz.' Sie hatte mir dann erzählt, die Lebensgefährtin, dass sie versucht hat, ihn zu reanimieren, mein Papi es aber nicht geschafft hat [...]. Also bin ich nur auf Grund dieses Anrufs von ihr, hatte ich die Information, dass mein Papi dabei ist, definitiv. [...] Sie konnte mir auch keine Auskunft mehr geben, weil sie von ihrer Tochter abgeholt worden ist an dem Abend und war auch sozusagen nicht mehr am Tatort."

Frau Passin erzählte in der Sendung weiter, dass sie vergeblich nach ihrem Vater suchte. Niemand konnte ihr mitteilen, wo er sich befand. Nachdem sie der Polizei DNA-Muster ihres Vaters lieferte, wollte das Bundeskriminalamt noch eine Spurensicherung in der Wohnung ihres Vaters vornehmen. Welche Spuren wollte das BKA sichern? Sie sagte, sie kam sich vor wie eine Verdächtige. Erst vier Tage nach dem Ereignis bestätigte die Polizei ihr den Tod ihres Vaters.

Es ist erstaunlich, dass die Lebensgefährtin von Klaus Jakob nicht bei ihm am Tatort blieb und ihn zum Spital begleitete, sondern vom Tatort wegging und ihn alleine sterben ließ. Ein solches Verhalten schreit nach Erklärung.

Am 13. Dezember 2017 wurden in der *Süddeutsche Zeitung* Frau Passins oben aufgeführte Aussagen teilweise wiederholt. Die Zeitung erwähnte nicht die vorangegangene MDR-Sendung und unterschlug drei wichtige Aussagen, die Frau Passin in der Sendung machte:

- (1) Dass die Lebensgefährtin vergeblich versucht hatte, ihren Vater zu reanimieren;
- (2) Dass Frau Passin nur auf Grund des Anrufs der Lebensgefährtin vom Tod ihres Vaters erfuhr; und
- (3) Dass die Lebensgefährtin ihren sterbenden Vater am Tatort verlassen hatte, weil sie von ihrer Tochter abgeholt worden ist.^{279}

Fazit

Frau Passin, die nun als Sprecherin der Angehörigen des Berliner Ereignisses agiert und in bundesweiten Medien auftritt, beantwortete meine Briefe nicht. Sie ist offensichtlich nicht an der Aufklärung der Todesumstände ihres Vaters interessiert. Ihre medialen Aussagen müssten von der Lebensgefährtin ihres Vaters unter Eid und durch unabhängige Beweise bestätigt werden. Bis dahin bleiben die Todesumstände (Ort, Zeit, Art) von Klaus Jakob ungeklärt.

(12) Christoph Herrlich

Es vergingen sechs Monate bis zur ersten öffentlichen Andeutung über seine Identität. Aus New York erklärte Stephan Herrlich einem Rechercheteam des *ARD*, dass er seinen einzigen Bruder bei dem Anschlag in Berlin verloren hätte.^{280} Er verschwieg jedoch den Vornamen seines Bruders. Herrlich sagte zusätzlich: „In den ersten drei Tagen hatten wir keine Informationen darüber, was vorgefallen ist. Wir wissen, dass mein Bruder am Abend des Anschlags in der Gerichtsmedizin lag und dort identifizierbar gewesen ist. Trotzdem hat man uns keine Informationen zukommen lassen, sondern nur gesagt, dass man nichts sagen kann.“^{281} Sein voller Namen wurde erst bei *Spiegel Online* am 3. Dezember 2017 erwähnt: Christoph Herrlich, 40, Jurist und Start-Up Gründer. Er konnte „eine Freundin zur Seite schubsen [...], sie so retten und starb dabei selbst“, so die Zeitung. Die Freundin schweigt. In der Fassung der *Süddeutsche Zeitung* vom 13. Dezember 2017 soll Christoph Herrlich einen Bekannten, keine

Freundin, gerettet haben.^{282} Dieser anonyme Bekannte schweigt.

Fazit

Niemand hat die Anwesenheit von Christoph Herrlich am Breitscheidplatz zur Zeit des Ereignisses bestätigt. Seine Todesumstände bleiben ungeklärt.

Zusammenfassung zu den 12 Todesopfern

Angehörige von Mord- oder Anschlagsoffern wollen in der Regel alles über die Todesumstände ihrer Verwandten erfahren. In einigen Fällen kämpfen sie über Jahre hinweg für die Aufklärung der Todesumstände und scheuen keine Mühen. Einige kämpfen sich durch alle inländischen Gerichtsinstanzen, um ihre Beschwerde zuletzt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzubringen.

Im Fall des Berliner Ereignisses scheren sich die Angehörigen der Todesopfer nicht um die Aufklärung der Todesumstände. Was sind die Beweggründe für ihre Gleichgültigkeit?

Kapitel 5: Die Verletzten

Bereits in der ersten Nacht meldete die Berliner Polizei um 00.15 Uhr 45 Verletzte, die in Krankenhäuser gebracht worden sind.^{283} Um 01.56 waren es 48 Verletzte.^{284} Im März 2017 berichteten die Medien sogar von insgesamt 67 Verletzten.^{285} Am 3. Dezember 2017 berichtete *Spiegel Online* von fast 100 Verletzten. Es sollen bislang zwei Millionen Euro an 132 „Opfer und Hinterbliebene“ geflossen sein.^{286}

Es gab auch erhebliche Schwankungen in den Zahlen der Schwerverletzten. In einer Meldung der Bundesregierung vom 23. Dezember 2016 war von 18 Schwerverletzten die Rede.^{287} Der *Spiegel* meldete am 21. Dezember dagegen 30 Schwerverletzte und berief sich dabei auf die Bundesanwaltschaft.

Konkrete Beweise, die diese hohen Zahlen an Verletzten belegen könnten, legten die betreffenden Behörden nicht vor.

Eine Teilerklärung für diese schwankenden Zahlen befindet sich in einer Meldung der Feuerwehr, die nur einmal veröffentlicht wurde: In der ersten Nacht berichteten mehrere Medien und beriefen sich auf einen Sprecher der Feuerwehr, dass zu dieser Zeit (um Mitternacht) „[e]twa 20 Menschen [...] in Krankenhäuser gebracht worden [sind]. Die übrigen der insgesamt laut Polizei etwa 50 Verletzten seien ‚eher seelisch verletzt‘, sagte der Sprecher weiter.“^{288}

Der Tagesspiegel meldete am nächsten Tag, dass die Verletzten in 22 Berliner Kliniken behandelt werden.^{289} Die *Berliner Morgenpost* wusste es noch genauer. Sie meldete, dass „alle Schwerverletzten auf 22 Kliniken in der Stadt verteilt“ wurden.^{290} Wie gelang es, die „etwa 20 Menschen“, von denen die Feuerwehr sprach, oder die 18 Schwerverletzten, von denen die Bundesregierung sprach, auf 22 Krankenhäuser zu verteilen?

Erstaunlich erscheint auch eine frühere Meldung. Schon um 20.59 Uhr, also kurz nach der Fahrt des Lkw, meldete die Berliner Polizei „mindestens 50 Verletzte,“^{291} jene Zahl die auch drei Stunden später gemeldet wurde. Von „eher seelisch Verletzten“ war dabei noch nicht die Rede. Die Meldung hinterließ den Eindruck, dass mindestens 50 Personen körperlich vom Lkw getroffen wurden. Wieso konnten schon zu dieser Zeit 50 Verletzte festgestellt werden, wenn die Mehrheit von ihnen nur „eher seelisch“ betroffen war? Der Hinweis auf „eher seelisch Verletzte“ verschwand nach Mitternacht komplett aus den Medienberichten, bis der Hinweis am 3. Juli 2017 in einer Aussage von Staatsanwalt Thomas Beck wieder auftauchte. Er sagte bei dieser Gelegenheit, dass durch die Fahrt des Lkw „*unmittelbar oder mittelbar* über 60 Personen *körperlich oder seelisch verletzt* sowie elf getötet“ worden sind.^{292} Wie viele davon „seelisch verletzt“ worden sind, wollte er nicht sagen und erklärte auch nicht, was er mit „mittelbar“ Verletzte meinte. Außerdem verschwieg er, wie viele Menschen *unmittelbar* vom Lkw getroffen wurden.

Mussten die „eher seelisch Verletzten“ auch in Krankenhäusern behandelt werden? So scheint es gewesen zu sein, oder jedenfalls wurde das behauptet. Die Polizei meldete in der ersten Nacht um 01.49 Uhr auf Twitter, dass 48 Menschen „zum Teil schwer verletzt, in Krankenhäusern“ liegen.^{293} *Der Tagesspiegel* meldete am 20. Dezember, dass 49 Menschen in Krankenhäusern lägen.^{294} Die *Ärzte Zeitung* vom 20. Dezember meldete ihrerseits, dass „52 Verletzte in die Krankenhäuser der Umgebung gebracht“ wurden.^{295} Der Schweizer *Tages Anzeiger* meldete, dass „mindestens 62“ Verletzte in Berliner Kliniken eingeliefert wurden.

War also die Zahl von 20 aus dem Breitscheidplatz abtransportierten Verletzten, die die Feuerwehr ursprünglich meldete, aus der Luft gegriffen? Oder wird hier mit Zahlen und Wortspielen getäuscht?

(1) Keine Belege zur hohen Zahl der Opfer

Bekanntermaßen haben die Behörden keine konkreten Beweise für die hohe Zahl der Opfer vorgelegt. Vorhandene Abbildungen vom Tatort und die eindeutig niedrige Fahrgeschwindigkeit des Lkw berechtigen die Zweifel an diesen Zahlen.

Blogger *Woodybox* hat sich u.a. mit der Diskrepanz zwischen den hohen offiziellen Zahlen der Opfer und den Aufzeichnungen vom Tatort befasst. Er schrieb dazu bereits am 20. Dezember 2016:

„Ich habe mir die ersten Minuten des Videos [von Reporter Jan Hollitzer] nun ein paar Mal angeschaut. Ich kann beim besten Willen nicht mehr als sechs oder sieben Personen erkennen, die auf dem Boden liegen und behandelt werden. Von Toten ist nicht die Rede. Der Reporter redet dauernd von Leuten unter dem Lkw, aber dass da mehr als ein oder zwei drunter sind, wenn überhaupt, kommt mir unwahrscheinlich vor. Wie kommt die Polizei auf 9 Tote und 50 Verletzte? Wo sind die?“^{296}

Es sei daran erinnert, dass Jan Hollitzer (damals Reporter bei der *Berliner Morgenpost*), am Abend des 19. Dezember durch das Gelände des Weihnachtsmarkts lief, seine Beobachtungen auf einem Handy aufzeichnete und direkt ins Internet stellte. Damit sollte die Welt ein sofortiges Bild vom Tatort erhalten.

Woodybox analysierte später die Diskrepanz^{297} zwischen den sich widersprechenden Zahlen und bezog sich dabei hauptsächlich auf drei Dokumente:

- Jan Hollitzers bereits erwähntes Video;
- [Abbildung Nr. 7](#), die ungefähr die Hälfte der Schneise zeigt;
- Ein Video vom Tatort, in zwei Teilen, wo arabisch gesprochen wird.
^{298} Laut der britischen Zeitung *The Sun*, wurde das Video von einem 35-jährigen Mann aus Manchester gedreht.^{299}

Aufgrund dieser drei Dokumente gelang es *Woodybox*, gerade einmal *neun* potentiellen Schwerverletzte/Tote auf der Schneise zu orten, die er auf [Abbildung Nr. 6](#) markierte. Er schrieb dazu: „Das sind natürlich erst einmal die, die man auf dem Boden liegen sieht. Manche Verletzte sind aber durch hockende oder kniende Helfer verdeckt. Hockende oder kniende Menschen sind also ein ‚Anzeiger‘ für einen Verletzten.“

Auf [Abbildung Nr. 6](#) symbolisieren die violetten Ovale jene Personen, die man auf [Abbildung Nr. 7](#) ausmachen kann. Auf dem arabischen Video kann man noch drei weitere Personen erkennen, die durch die blauen Ovale der Abb. 6 symbolisiert sind. Das Hollitzer-Video lässt nur die drei Opfer weiter links erkennen (zwei blaue Ovale, ein violettes). Damit ist aber nicht nachgewiesen, dass an diesen Stellen tatsächlich verletzte oder tote Personen saßen oder lagen. Während die Polizei um 21.00 Uhr von neun Toten und zumindest 50 Verletzten berichtete, zeigen Bilder vom Tatort höchstens 9 Personen, die möglicherweise verletzt oder tot sind. Die Diskrepanz zwischen den Behauptungen der Polizei und den Abbildungen vom Tatort ruft gerade nach einer Erklärung.

Ab 22.00 Uhr übernahmen Ermittler die Spurensicherung und am Tatort wurde ein Scheinwerfermast aufgebaut.^{300} [Abbildung Nr. 8](#) zeigt einen Scheinwerfer, der nur den Abschnitt des Areals beleuchtet, aus welchem der Laster vom Gelände zur Straße herausgefahren sein soll, obwohl sich mutmaßlich Verletzte und Tote auf einer anderen Stelle des Areals befanden (siehe [Abb. 11](#) und [Abb.12](#)).

(2) Ungeklärte Verletzungen

In drei Fällen wurde von Verletzungen berichtet, die *nach dem Stillstand* des Lkw verursacht wurden. Die Verletzten sind Ali D., Sascha Hüsches (Ehemann von Hartmut Hüsches) und ein nicht

identifizierter Mann, von dem *Der Tagesspiegel* berichtete.^{301}

Ali D. erzählte Esther Hofmann von der *Bild-Zeitung*, ein Crêpe-Stand sei über ihm zusammengestürzt. Er soll im Spital mit einem doppelten Halswirbelbruch erwacht sein. Sascha wurde laut Angaben seines Ehemanns Hartmut Hüsches von einem dumpfen Gegenstand am Kopf getroffen, erlitt eine schwere Hirnblutung und musste sofort operiert werden. Er soll dadurch langfristig schwer beschädigt worden sein (siehe www.aldeilis.net/berlin/anhang-a, Abschnitt „Hartmut Hüsches“). Den unbekanntem Mann soll ein Balken im Genick getroffen haben, er kam in das Virchow Klinikum der Charité.

Wodurch wurden die drei Menschen aber tatsächlich verletzt? Klärte der Mann, von dem *Die Welt* am 22. Dezember 2016 berichtete, dieses Rätsel auf? Der Krankenhausangestellte, der nicht erkannt werden wollte, sagte: „Die meisten Verletzungen rühren von Stürzen oder herabgefallenen Teilen der Weihnachtsmarktbuden her.“^{302} Man darf wohl erahnen, warum er sich nicht traute, erkannt zu werden: Seine Aussage erschütterte die These, dass die Mehrheit der Verletzten vom Lkw getroffen wurden. Aber wodurch sind die Buden zeitverzögert zusammengebrochen?

(3) Wann wurden die Verletzten in die Krankenhäuser eingeliefert?

Der regierende Berliner Bürgermeister Michael Müller (SPD) und Innensenator Andreas Geisel lobten die „hochprofessionelle und unaufgeregte Arbeit der Einsatzkräfte“. Dr. Günter Jonitz, Präsident der Ärztekammer Berlin, behauptete seinerseits, dass alles „reibungslos funktioniert hat“. War dieses Lob angemessen?

Laut [Abbildung Nr. 3](#) (Quelle: BBC), befanden sich um 20.55 Uhr noch keine Krankenwagen am Tatort. Um 21.10 Uhr sind nun einige Krankenwagen auf [Abbildung Nr. 5](#) sichtbar. Wenn die ersten Notrufe um 20.04 bzw. 20.02 Uhr bei der Feuerwehr und bei der

Notrufzentrale eingegangen sind, ist erstaunlich, dass erst nach mehr als 50 Minuten Krankenwagen am Tatort eintrafen (siehe auch [Abb. 25](#)).

Noch später sind die Verletzten in den Krankenhäusern angekommen. Laut der *Berliner Zeitung* wurden die Verletzten „erst ab 22 Uhr in die umliegenden Krankenhäuser gefahren“.^{303} Gegen 22 Uhr soll „der erste Rettungswagen mit einem Schwerverletzten vom Weihnachtsmarkt“ eingetroffen sein.^{304} Diese Berichte werden auch von einem mutmaßlichen Ersthelfer bestätigt. Gerhard Zawatzki schrieb als Kommentar bei *focus*:

"Wenn es in einer Stadt wie Berlin zwei Stunden dauert, bis Verletzte abtransportiert werden, [w]as passiert eigentlich, wenn so ein Anschlag richtig viele Opfer fordert? Über die Ereignisse und Umstände dieser Nacht wurde noch nicht mal ansatzweise richtig berichtet."^{305}

Um 22.34 Uhr erklärte Berlins Bürgermeister, dass die Situation unter Kontrolle sei: Krankenhäuser wie die Charité seien darauf *eingestellt*, viele Verletzte aufzunehmen.^{306}

Diese Nachrichten werden von einem 2-stündigen Video des Senders *RT* weitgehend bestätigt. Die Aufzeichnung dokumentiert die Arbeit der Einsatzkräfte am Ort durchgehend zwischen 20.58 Uhr und 23.00 Uhr.

Die Geschäftigkeit der Rettungskräfte, die in diesem Video zu sehen sind, ständig vorbeifahrende Krankenwagen und im Hintergrund tönende Sirenen erzeugen zunächst den Eindruck einer großen Rettungsaktion. Wer jedoch das Video sorgfältig anschaut, erhält einen etwas anderen Eindruck. Ich habe auf [Abbildung Nr. 9](#) drei Krankenwagen mit den Nummern 1, 2 und 3 markiert, damit ich sie bei meiner folgenden Analyse des Videos eindeutig bezeichnen kann.

Im Video erscheinen einige Male Sanitäter, die mutmaßliche Verletzte

auf Tragen transportieren. Im 2-stündigen Video sieht man zweimal Personen, die in einen Krankenwagen gehievt werden: Bei Minute 00:18:20 wird eine Person auf Krankenwagen Nr. 2 gehievt. Aber der Krankenwagen verlässt den Ort erst nach 42 Minuten. Bei Minute 00:45:49 wird eine andere Person auf einen nicht nummerierten Krankenwagen gehievt. Dieser fährt erst nach 10 Minuten ab.

Im Video kann man viermal kleine Gruppen von Sanitätern beim Transport einer Trage sehen (bei Minuten 00:21:14, 00:27:49, 00:45:37 und 00:58:58). Es wird nicht gezeigt, ob die darauf transportierten Menschen in einen Krankenwagen gehievt worden sind und wenn ja, wann sie abtransportiert wurden.

Krankenwagen Nr. 1 und 2 verbleiben beinahe eine Stunde am Ort und scheinen daher keinen Verletzten abtransportiert zu haben. Wagen Nr. 1 ist bis Minute 00:51:26 am Ort geblieben, fährt dann jedoch ab, ohne zuvor einen Verletzten geladen zu haben. Wagen Nr. 2 ist bis ca. Minute 01:00:00 am Ort. Bei Minute 00:31:47 fährt er ab, wird aber sofort gestoppt und muss an seinen Platz zurückkehren. Zuvor wurde – wie oben erwähnt – eine Person in diesen Krankenwagen gehievt. Bei Minute 00:44:30 wird die Hintertür des Krankenwagens geschlossen. Befand sich die Person noch immer im Krankenwagen? Irgendwann zwischen Minute 00:58:55 und Minute 01:01:00 verschwindet dieser Krankenwagen vom Bild (man sieht nicht seine Abfahrt). Wagen Nr. 3 fährt irgendwann weg, aber das sieht man nicht.

Ein zusätzlicher Krankenwagen mit dem Kennzeichen B2442 kommt bei Minute 00:32:15 an und parkt auf der Seite von Wagen Nr. 2. Aus dem neu hinzugekommenen Wagen wurde eine Trage abgeladen. Irgendwann nach Minute 00:37:00 verschwindet der Krankenwagen vom Bild. Zwischen seiner Ankunft und Minute 00:37:00 wurde keine Person in diesen Wagen gehievt. Ob dieser Krankenwagen bei seiner Abfahrt einen Verletzten mitnahm, ist nicht ersichtlich.

Für die offizielle Anzahl von etwa 12 Toten und mehr als 50 Verletzten ist die ganze Schau eher dünn. Es soll an dieser Stelle daran erinnert werden, dass die Aufzeichnung um 20.58 begann und um 20.55 noch kein einziger Krankenwagen am Ort war ([Abb. 3](#)). Man müsste also auf diesem Video den Abtransport von mindestens 30 Verletzten und Toten sehen, was nicht der Fall ist.

Den Journalisten, darunter dem Kameramann von *RT*, wurde eine besondere „Beobachtungsstelle“ beim Bikini-Haus zugeteilt. Von dieser Stelle aus konnten sie das Geschehen filmen. Bevorzugten Journalisten wurde sogar erlaubt, aus anderen Perspektiven die Rettungsaktionen zu fotografieren bzw. Videos aufzuzeichnen. Einige Fotos aus anderen Perspektiven wurden veröffentlicht, aber keine Videos.

Das geschäftige Verhalten der abgebildeten Personen, die durchs Bild hin- und herliefen oder in Grüppchen diskutierten, durch die Bildfläche fahrende Krankenwagen, das ständige Sirengeräusch bis weit nach dem mutmaßlichen Abtransport aller Verletzten hinterlässt bei mir ein seltsames Gefühl, als wäre das Ganze inszeniert.

(4) Keine Opfer unter den Schaustellern

Aus [Abbildung Nr. 2a](#) kann man entnehmen, dass um die vom Lkw mutmaßlich befahrene Schneise genau 15 Buden standen. Von den fünfzehn Schaustellern bzw. ihren Vertretern, also von den glaubwürdigsten und unmittelbarsten Zeugen, haben sich bisher nur vier zu Wort gemeldet, Martin Blume, René Köchel, Maximillian Müller und sein Vater Peter Müller. Aber auch ihre Aussagen bringen nicht mehr Licht in das Geschehen. In einem ersten Interview mit Maximillian Müller, der auf dem Breitscheidplatz zwei Buden verloren haben soll, fasst ein Journalist dessen Beschreibung der Umstände in indirekter Rede ab.^{307} In direkter Rede werden ihm keine Sinneserlebnisse, sondern lediglich allgemeine Floskeln wie „Wir

hatten alle Glück“ oder „Es musste irgendwie weitergehen,“ zugeordnet. Ein solcher Bericht erweckt kein Vertrauen. Auf einem späteren *RBB*-Film sagt er:

*„Ich erinnere mich an dieses Geräusch, das sich anhörte wie so ein Müllcontainer, der abgeladen wird. Ich hab es gar nicht für voll genommen [Er zeigt mit der Hand auf die Einfahrt zum Gelände]. Im Moment gucke ich hoch und sehe noch, wie der Lkw genau in diese Einflugschneise davorne dazwischen hereinkommt, **durch meinen Stand hindurchfährt** und [...] wieder raus... an mir einen halben Meter vorbei.“^{308}*

Er soll also den Lkw schon bei seiner langsamen Einfahrt ins Gelände wahrgenommen haben. Er sagte nicht, wo genau er sich befand, als der Lkw durch seinen Stand fuhr.

Im Interview mit der *Welt N24* sagte Martin Blume nichts über das Geschehen. Man weiß also nicht, wo sich seine Bude befand und was er erlebte.^{309}

René Köchel soll kein Budenbetreiber, sondern ein Angestellter gewesen sein. Dennoch wurde er vor allem von britischen Medien als Vorzeigeverletzter vom Breitscheidplatz zitiert. Der 52-jährige Junggeselle soll von seinem Krankenbett im Auguste-Viktoria-Klinikum in Schöneberg mit Hannes Heine vom *Tagesspiegel* telefoniert und gesagt haben:

„Ich habe gerade Glühwein ausgeschenkt, da brettet der Laster auf uns zu. Ich bin mit einer Kollegin zur Seite gesprungen; da sehe ich die Räder vom Lkw ...“ Köchel berichtet, dass er stürzte und Sekunden später den Glühweinstand über sich zusammenbrechen sah. „Ich konnte dann rauskrabbeln, auch die Kollegin [...] Die Ärzte sagen, dass mit mir und der Klinik dauert erst mal eine Weile.“^{310}

Der Tagesspiegel erklärte weder, wie die Zeitung von Herrn Köchel erfahren hatte, wie sie Zugang zu ihm im Spital erhielt, noch wie sie seine Glaubwürdigkeit prüfen konnte. Nachdem er weitgehend am 21. Dezember 2016 in den Leitmedien zitiert wurde, verschwand sein Name völlig aus der Medienlandschaft und mit ihm das Interesse an seiner Genesung.

Sein Name tauchte allerdings fast ein Jahr später wieder auf: am 3. Dezember 2017 bei *Spiegel Online*. Sein rechter Fuß war zertrümmert, sein linkes Bein gebrochen, er hatte Prellungen am ganzen Körper und ein Schädel-Hirn-Trauma. Seither sei er gehbehindert. Ein Jahr lang konnte er nicht arbeiten. Köchel sagte, er sei jemand, der sich nicht mit Dingen beschäftige, die man nicht ändern könne. Es sei jetzt nun mal so, wie es sei. Er müsse nach vorne schauen. Nur eine Sache beschäftige ihn: dass Bundeskanzlerin Merkel den Angehörigen ihre Anteilnahme ausdrückte, persönlich.^{311}

Der Vorsitzende des Schaustellerverbands Berlin-Brandenburg, Michael Roden, blieb wortkarg. Er lehnte Interviews ab und beschränkte sich auf eine schriftliche Meldung seines Verbandes zum Ereignis. In dieser sagte er u.a., dass unter den Schaustellern – „wie durch ein Wunder“ – keine Opfer zu beklagen wären.^{312} Klaus-Jürgen Meier, Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft City e. V., die den Weihnachtsmarkt an der Gedächtnis-Kirche veranstaltet, erzählte der *Bild*-Zeitung seinerseits: „Es grenzt an ein Wunder, dass keine Schausteller verletzt oder getötet wurden, obwohl einige Hütten komplett zerstört sind.“^{313} Auch am 11. September 2001 kam es zu einmaligen Wundern (siehe Einleitung).

Axel Kaiser, dessen Glühweinbude abseits der besagten Schneise lag, erklärte in einer Sendung bei *stern TV*, dass seine Bekannte Susanne, die eine Bude an der Schneise betreibt, wegen einer Erkältung zu Hause geblieben ist. Ihre nicht identifizierte Vertretung soll dagegen unversehrt aus den Trümmern der zerstörten Bude herausgezogen worden sein und bat erst einmal um einen Schnaps.

^{314} Eine andere Budenbetreiberin, Christiane Geilert, die normalerweise am Ort Maronen verkauft, ließ sich an diesem Abend ebenfalls von einer anderen Person vertreten, die stumm blieb.^{315} Ein 29-jähriger Schausteller, den die *BBC*^{316} und die norwegische Zeitung *Aftenposten*^{317} nur mit seinem Vornamen, Sofiane, erwähnten, sagte, dass – wenn seine „Position“ nicht in der letzten Minute geändert worden wäre, er selbst zu den Opfern zählen würde. Er erklärte nicht, wo seine ursprüngliche „Position“ war und warum diese „Position“ verschoben wurde. Deutsche Medien erwähnten weder ihn noch seine „Position“.

Eine weitere Budenbetreiberin, *Rosita Franzke*, offenbarte zur Eröffnung des Weihnachtsmarktes in 2017, dass sie sich am Abend des Ereignisses nicht am Ort befand: „Ich fühle mich rundum sicher, ich war letztes Jahr zum Glück nicht da, ich hatte frei.“^{318}

Waren die Budenbetreiber (Schausteller) während des Ereignisses überhaupt an Ort und Stelle? Haben an diesem Abend Unbekannte die Schausteller ersetzt? Waren einige Buden geschlossen (siehe [Abb. 7](#))? Warum schweigen die Schausteller? Und wie kam es zu den besagten Wundern?

(5) Verletzte unter dem Lkw?

Es gab fünf namentlich zitierte Zeugen, die behauptet haben, sie hätten Menschen unter dem Lkw liegen gesehen. Was genau sagten diese Zeugen? (die Quellen werden in den jeweiligen Abschnitten des Anhang-A angegeben: www.aldeilis.net/berlin/anhang-a)

1. Die US-amerikanische Journalistin Shandana Durrani erklärte dem Sender CNN am Abend des Ereignisses: „Ich denke einige Menschen waren unter dem Lkw eingeklemmt.“
2. *Jan Hollitzer* kommentierte auf seiner Videoaufzeichnung, als er kurz nach dem Ereignis durch die Schneise lief: „Es liegen Menschen

unterm Lkw.“ In einem Interview mit *al-Jazeera* sagte er: „Ich sah Menschen, die vom Lkw getroffen waren, und auch Menschen unter dem Lkw.“ In einem *Spiegel-TV* Interview drei Monaten später sagte er: „Es war das erschreckendste Bild, die Menschen unter dem Lkw ... zu sehen.“

3. *Giuseppe Lagrassa* erzählte der italienischen Zeitung *Repubblica* am 22. Dezember u.a., er hätte „regungslose Körper, die unter den Rädern zerquetscht lagen“ gesehen. Aus seiner Aussage ergibt sich aber, dass er nicht zum Lkw hinging. Er konnte diese Beobachtung daher nicht machen.

4. In einem langem Interview mit *Diana Wieprich*, erzählte die Journalistin, dass Dianas Freund Felix mit bloßen Händen zugegriffen und zwei Tote unter dem Lkw hervorgezogen habe. Diana und ihr Freund bestätigten diese Aussage nicht.

5. *Yana Zheliznik*, die nur von einem lokalen Sender in Iowa (USA) interviewt wurde, sagte: „Die anderen Leute [sie erklärte nicht, wen sie damit meinte - E.D.], sie waren unter dem Lastwagen auf der anderen Seite, das ist, was wir sahen.“ Sie erklärte auch nicht, was sie mit der „anderen Seite“ meinte, und auf wen sich das „wir“ bezog.

Weder Ärzte noch die Staatsanwaltschaft bestätigten, dass Menschen unter dem Lkw tot oder verletzt vorgefunden wurden. Laut meiner Bewertung sind die Aussagen von Shandana Durrani, Giuseppe Lagrassa, Diana Wieprich und Yana Zheliznik unglaubhaft, nicht aber jene von Jan Hollitzer (siehe Kapitel 5.5).

Es ist durchaus möglich, dass Jan Hollitzer Menschen unter dem Lkw gesehen hatten. Aber waren sie tot? Oder waren die Liegenden lediglich Darsteller, die die Rolle von Verletzten oder Toten spielten?^{319} Man kann gut nachvollziehen, dass Herr Hollitzer schwer zwischen echten und unechten Verletzten und Toten unterscheiden konnten.

Diese Interpretation mag manchen Lesern seltsam erscheinen, wird aber durch folgende Befunde bekräftigt.

Im bereits erwähnten 2-stündigen *RT*-Video vom Tatort wird der hintere Teil des Lkw in großer Auflösung gezeigt. Nichts deutet darauf hin, dass ein Mensch, geschweige denn mehrere Menschen, an dieser Stelle liegen oder lagen. Die Stelle ist mit Müll bedeckt; nicht gerade Materialien zur Bedeckung von Leichen (siehe [Abb. 10](#)).

In den Medien wurde eine kurze Szene gezeigt, in welcher ein Mann, der anscheinend vorne unter der linken Seite des Lkw liegt, von einigen Nothelfern betreut wird. In der nicht geschnittenen Fassung des *RT*-Videos sieht man, wie sich der Mann bewegt und sich sogar aufrichtet.^{320} Wie ist er aber dahin gelangt und warum dauerte es mehr als eine Stunde, bis er abtransportiert wurde? Auf diese Frage gibt es aus meiner Sicht nur folgende Antwort: Er war überhaupt nicht verletzt, sondern agierte als Darsteller in der Rolle des „Verletzten unter dem Lkw.“

Abbildungen [Nr. 11](#) und [Abb. 12](#) sind offensichtlich gestellt, um die Aufmerksamkeit des Zuschauers auf eine mutmaßliche Leiche unter den Rädern zu lenken. Der Zuschauer kann aber nicht feststellen, ob hier echte Leichen, Darsteller oder Puppen liegen. Diese Fotos wurden nicht aus der Richtung der Journalistenstelle (beim Bikini-Haus) gemacht, sondern aus einer Richtung, die nur Hand verlesenen Fotografen genehmigt wurde, in anderen Worten: in medialer Absicht.

Kapitel 6: Steuerung des Informationsflusses

Eine Folgeerscheinung der fingierten Terroranschläge seit dem 11. September 2001 sind die Bemühungen der Behörden, den Informationsfluss über die Ereignisse an die Öffentlichkeit zu steuern. Die Frage, wie rigoros staatliche Behörden bei Terroranschlägen den Informationsfluss an die Öffentlichkeit steuern sollten oder dürften, wurde in einer *BBC* Sendung im Jahre 2004 debattiert.^{321} Detaillierte Empfehlungen zur Informationssteuerung bei Terroranschlägen sind auch in einem veröffentlichten Bericht des Industrieverbands Indiens zu finden.^{322} Solche Maßnahmen werden in der Regel damit begründet, dass der freie Informationsfluss mutmaßlichen Terroristen helfen bzw. nachträgliche Ermittlungen erschweren könnte und deshalb in Krisenzeiten eingeschränkt werden muss. Da diese Begründung empirisch nicht nachgewiesen wurde, ist anzunehmen, dass Maßnahmen zur Informationssteuerung bei „Terroranschlägen“ anderen Zwecken dienen sollen.

(1) Die fünf Hebel

Zur Informationssteuerung bei „Terroranschlägen“ werden fünf Hebel betätigt.

Der erste Hebel wird von der Polizei gehandhabt. Sie steuert den Zugang von „Unbefugten“ zum Tatort und „schützt“ Zeugen und Angehörige der Opfer vor „unbefugten“ Journalisten mit der Erklärung, „man solle sie in Ruhe lassen“. Die Bevölkerung wird auch gebeten (zurzeit noch unverbindlich), „keine Videos vom Ereignisort ins Netz“ zu stellen und „zu Hause zu bleiben“.

Der zweite Hebel ist der Einsatz von „Auftragszeugen“. Ihre Aufgabe ist es, in der Öffentlichkeit aufzutreten und in einer bestimmter Art über das Ereignis zu berichten. Diesen Hebel betätigen entweder die Polizei oder Unternehmen, die dem betreffenden Staat diese Zeugen zur Verfügung gestellt haben.^{323}

Der dritte Hebel ist der Einsatz von „vertrauten“ Journalisten und P/R Experten zur Herstellung und Pflege des offiziellen Narratives über das Ereignis. Die Öffentlichkeit muss „richtig“ informiert werden, damit sie nicht durch „Gerüchte“ und „Fake-News“ zu Verschwörungstheorien verführt werde.^{324} Diesen Hebel betreut eine behördliche Instanz, die mit Medienredaktionen eine Vertrauensbeziehung unterhält.

Der vierte Hebel wird mutmaßlich von Ermittlungsbehörden betätigt, um die Geheimhaltung von Zeugen und Angehörigen der Opfer zu gewährleisten. Dies geschieht entweder auf der Basis von Vertraulichkeitsabkommen, durch Einschüchterung oder durch die Verheißung von unwiderstehlichen Gegenleistungen (Förderungsmaßnahmen, großzügige Entschädigungsgelder, u. dgl.). Solche Methoden wurden nach dem 11. September 2001 erfolgreich in den USA angewendet (PK, S. 155-164)

Mit dem fünften Hebel wird die psychologische Wirkung des Ereignisses potenziert und das offizielle Narrativ erhärtet. Hier geht es in erster Linie um die Herstellung und Verbreitung von fingierten Bekennermeldungen, gefälschten Abbildungen, manipulierten Filmen, Nachrichten über imaginäre Bedrohungen, u. dgl. Diese Manipulation der öffentlichen Meinung wird in der Regel unter der Regie der Geheimdienste ausgeführt.^{325}

Alle fünf Steuerungshebel wurden bei den Anschlägen vom 11. September 2001 erfolgreich gehandhabt und bilden für europäische Behörden eine nützliche Mustervorlage zum Einsatz im eigenen Land. Die Handhabung aller fünf Hebel kann man im Fall des Berliner Ereignisses leicht beobachten.

Die offenbarste Steuerungsmaßnahme in Berlin - der erste Hebel – war die polizeiliche Einrichtung einer Zuschauerstelle für Journalisten an der Budapester Straße auf der Seite des Bikini-Hauses, aus welcher sie den Ablauf der Katastrophenhilfe sichten, fotografieren und filmen konnten. Für sie wurde sozusagen eine Bühne errichtet, auf welcher geschäftige Sanitäter, Feuerwehrleute und andere nicht identifizierte Akteure hin- und herliefen und gelegentlich jemanden auf einer Trage transportierten

(siehe RT-Video).

Im Schlussbericht der Berliner Polizei zum Ereignis am Breitscheidplatz wird an einigen Stellen von einer *taktischen Betreuung* gesprochen. Bei der taktischen Betreuung „handelt es sich um die zielgerichtete Einflussnahme auf Opfer, Angehörige, Zeugen, Auskunftspersonen und sonstige Betroffene zum Herstellen der Kooperationsfähigkeit, um das polizeiliche Handeln zu unterstützen. [...] Gemäß der Konzeption Anschläge ist die Taktische Betreuung als eigenständiger Einsatzabschnitt vorgesehen.“ (S. 74) So wird im Bericht das schnelle Einrichten einer Zeugen- und Verletzten- sowie Kräftesammelstelle an taktisch günstigen Örtlichkeiten ab 20.14 Uhr, hervorgehoben. (S. 25) Dem Bericht zufolge, „konnten trotz der flächendeckenden Verbreitung von Smartphones keine Zeugen festgestellt werden, die Fotos oder Videos vom Täter gemacht hatten.“ (S. 54)^{326}

(2) Ballett der Rettungsdienste

Auf Videos vom Tatort, insbesondere dem zweistündigen Video von *RT*, dessen Aufzeichnung um 20.58 Uhr begann,^{327} kann man das Verhalten der Rettungsdienste an der Seite des stillstehenden Lkw beobachten. Folgendes fiel mir auf:

- Ständig spazieren ohne ersichtlichen Grund von rechts nach links und von links nach rechts auf der Bildfläche Feuerwehrleute in voller Montur, Polizeibeamte und sonst nicht identifizierbare Personen in Zivilkleidung. Dieses Hin- und Her erscheint wie eine choreografierte Ballettvorstellung.
- Immer wieder erscheinen auf der Bildfläche Grüppchen von Feuerwehrleuten, Polizeibeamten und nicht identifizierten Personen in Zivilkleidung, die sich über etwas unterhalten oder nur einfach dastehen, ohne etwas Konkretes zu unternehmen, und verschwinden dann irgendwann von der Bildfläche.
- Immer wieder hört man Sirenen der Rettungswagen. Sie wirken als Klangkulisse. Diese Klangkulisse besteht bis beinahe 22.30 Uhr, obwohl man davon ausgehen kann, dass alle mutmaßliche Verletzten längst abtransportiert worden sind.
- Ab Minute 00:01:30 des Videos sieht man einen Mann in einem blauen

Hemd auf der Seite des Lkw liegen. Er soll offensichtlich einen Schwerverletzten darstellen, denn das Bild deutet darauf hin, dass er vom Lkw überrollt wurde. Er ist aber quicklebendig. Wie kam er überhaupt an diese Stelle, 10 Meter außerhalb der Schneise? Wer ist er?

- Eine Menge an Rettungswagen der Feuerwehr und des Roten Kreuzes (DRK) steht lange Zeit am Ort, aber nur selten ist das Abtransport eines mutmaßlichen Verletzten wahrnehmbar. Auch auf [Abb. Nr. 20](#) kann man keinen Abtransport von Verletzten erkennen. Wofür stehen da mehr als 10 Krankenwagen?

Wurde uns hier eine Anti-Terror-Übung vorgespielt? Die AG Maske des Arbeiter-Samariter-Bunds (ASB), die am Abend des 19. Dezember am Breitscheidplatz im Einsatz war,^{328} ist geradezu spezialisiert auf das Schminken von Verletztendarstellern für Katastrophenübungen. Die AG Maske kann u.a. folgende Verletzungsmuster herstellen: Rauchgasintoxikation mit Koma, Rauchgasintoxikation mit akuter Dyspnoe, Kopfplatzwunde mit Comotio Cerebri und Fraktur des Handgelenks. Am 20. September 2016 übernahm die AG Maske die Gesamtleitung einer Übung namens „Tram vs Bus vs LKW“ mit insgesamt über 80 Verletztendarstellern sowie weiteren Presse- und Angehörigendarstellern zusammen mit den befreundeten Hilfsorganisationen Jugendrotkreuz, Johanniter Unfallhilfe, Malteser Hilfsdienst und der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft des Vivantes Klinikums am Friedrichshain.

Ein Jahr später, am 26. September 2017, wurde in den Medien von einer Anti-Terror-Übung am Berliner Bahnhof Lichtenberg berichtet, wo Polizeischüler „mit Schminke und teils blutrot gefärbter Kleidung“ wie echte Opfer wirkten. Daniela Siebert beschrieb die Szene im *Deutschlandradio* u.a. wie folgt: „Erste Opfer liegen auf dem Boden. Tot oder verletzt, mit blutigen Gesichtern, Händen, Beinen. Einer Frau hängt sogar das Gedärm aus dem Bauch.“^{329}

In Großbritannien und in den USA vermitteln kommerzielle Firmen Krisendarsteller, die fähig sind, bei „Anti-Terror-Übungen“ die Rolle von Tätern, Opfern, Nothelfern, Angehörigen, Passanten oder Journalisten zu spielen. Die amerikanische Firma Visionbox Crisis Actors bietet auch

Akteure, „die Notrufe“ vom Tatort machen können und „Kommentare auf soziale Medien stellen.“^{330} Auch die britische Firma Crisis Cast bietet ähnliche Dienstleistungen an.^{331} Die Geschäftsgrundlage beruht auf einer realitätsnahen Gestaltung solcher Übungen. Daher können Uneingeweihte kaum zwischen einer Übung und einem echten Anschlag unterscheiden (siehe PK-Kapitel 5.2 und [Abb. Nr. 22](#)). Darsteller, die an der Vorbereitung und Ausführung solcher Ereignisse teilnehmen, müssen selbstverständlich eine Schweigepflichterklärung unterzeichnen.

Eine Vorzeige-Auftragszeugin zum Berliner Ereignis war ohne Zweifel die britische Journalistin Emma Rushton. Ihre Auftritte belegen die Handhabung des zweiten Hebels. Sie war, so weit ich weiß, die weltweit erste „Zeugin“ aus dem Breitscheidplatz und daher jene Person, die das Gerüst des offiziellen Narratives über das Ereignis in weltweiten Umlauf setzte. Ihr Interview beim US-amerikanischen Sender *CNN* begann schon um 20.41 Uhr. Dass der Sender diese „Zufallszeugin“ so schnell entdeckte und der Weltöffentlichkeit ohne die obligate Hintergrundprüfung vorstellte, deutet darauf hin, dass der Sender Frau Rushton bereits kannte und von ihrer Anwesenheit am Breitscheidplatz wusste. Um den Anschein zu erzeugen, sie wäre eine zufällige Zeugin gewesen, verschwieg *CNN* den Zuschauern ihren Beruf als Journalistin. Kurz nach dem Interview bei *CNN* wurde Rushton auch vom britischen Sender *Sky News* interviewt. Auch *Sky News* „entdeckte“ sie innerhalb kürzester Zeit.

Die Ansagerin von *CNN* hakte bei Rushtons Behauptung nach, dass der Lkw kein Zeichen der Verlangsamung gezeigt hätte. Sie fragte Rushton, ob der Lkw „irgendwann zu einem kompletten Halt“ gekommen sei, was Rushton verneinte. In einem Interview mit *Mail Online* sagte Frau Rushton, dass nach der Durchfahrt des Lkw eine „Panik“ ausbrach, in der man Opfer und Zeugen „schreien“ und „brüllen“ hören konnte. Zum *The Guardian* sagte Frau Rushton, dass der Lkw „durch Menschen und Stände“ gerast sei und die Lichterkette zerriss: „Alles wurde dunkel und es wurde geschrien.“ Der *New York Times* sagte sie, es „lagen ganze Lachen von Blut auf der Erde.“ Nur in einem Interview gestand sie, „in einer Nachrichtenabteilung am Morgen nach dem Nizza-Anschlag“ tätig gewesen zu sein. Eine ausführliche Bewertung von Frau Rushtons Aussagen befindet sich unter den Bewertungen der Zeugen (www.aldeilis.net/berlin/anhang-a.html).

(3) Verfahren zur Bewertung der Zeugen vom Breitscheidplatz

Zahlreiche Personen haben zum Ereignis am Breitscheidplatz den Medien Interviews gegeben. In diesem Buch bewerte ich ausschließlich Aussagen, die identifizierbaren Personen zugeschrieben werden. Herangezogen werden insgesamt 42 Zeugen. Die Bewertung ihrer Aussagen befindet sich in Anhang A (www.aldeilis.net/berlin/anhang-a.html)

Die Bewertung von Zeugenaussagen ist keine exakte Wissenschaft. Dennoch kann der subjektive Anteil der Bewertung durch das Heranziehen von objektiven Widersprüchen und Ungereimtheiten reduziert werden, etwa physikalisch unmögliche Tatdarstellungen; fantastische Darstellungen; grobe Übertreibungen; überraschende Unterlassungen und widersprüchliche Antworten. Es gibt mehrere Gründe, warum eine Zeugenaussage falsch sein kann: Wahrnehmungsfehler, Gedächtnisfehler, von Dritten induzierte Erinnerungen aber auch vorsätzliche Täuschung.

Die in früheren Kapiteln *festgestellten* Befunde werden als *Maßstab* zur Bewertung der Zeugenaussagen herangezogen. Sie dienen als objektive Basis zur Bewertung der Aussagen. Aussagen, die mit festgestellten Befunden nicht übereinstimmen, gelten zunächst als falsch. Ob diese auf einem Irrtum beruhen oder vorsätzlich gemacht wurden, wird im Einzelfall bewertet. Der objektive Maßstab zur Bewertung der Zeugenaussagen basiert auf folgenden Befunden:

- Keine Abbildung und auch kein Video des Lkw bei seiner Fahrt über den Weihnachtsmarkt sind bekannt.
- Die Strecke, die der Lkw mutmaßlich durch den Weihnachtsmarkt fuhr, beträgt je nach Definition der „Fahrtstrecke“ zwischen 45 und 55 Metern.
- Laut GPS-Daten soll der Lkw in den Weihnachtsmarkt nicht schneller als mit etwa 15 km/h hineingefahren sein (siehe Kapitel 2.4).
- Nachdem der Lkw quer auf der Budapester Straße stehen blieb, leuchtete noch die Lichterkette über den Weihnachtsmarkt und war

zum größten Teil unversehrt.

- Das dokumentierte Schadensbild nach der mutmaßlichen Durchfahrt des Lkw sieht wie folgt aus: Eine Bude – bei der mutmaßlichen Ausfahrtsstelle des Lkw – war völlig zerstört; drei Buden auf der Gegenseite – etwa in der Mitte der Strecke – waren teilweise beschädigt; eine Bude wurde geschoben und auf ihrer Seite leicht beschädigt; die Wände der Bude links bei der Einfahrtsstelle wurden vom Lkw nicht getroffen; die Wände des weißen Hauses bei der Ausfahrtsstelle wurden vom Lkw nicht getroffen; hinter dem Lkw befand sich ein Haufen Müll (siehe [Abb. 28](#))
- Auf Abbildungen des stillstehenden Lkw (siehe z.B. [Abb. 18](#)) sind weder Blut noch Kleidungsfetzen sichtbar.
- Höchstens neun hypothetische Opfer können auf Abbildungen und Videos vom Tatort geortet werden. Ob die abgebildeten Personen tatsächlich Opfer oder nur Darsteller gewesen waren, lässt sich anhand dieser Dokumente nicht klären.^{332}
- Mit zwei fraglichen Ausnahmen hat kein Zeuge die Anwesenheit der 12 Todesopfer beziehungsweise ihrer Leichen am Breitscheidplatz bestätigt.
- Das von Jan Hollitzer, Journalist der *Berliner Morgenpost*, gefilmte Video, das er Minuten nach der mutmaßlichen Durchfahrt des Lkw aufzeichnete, dokumentiert eine ruhige Szene ohne Panik und Geschrei, wo Menschen gelassen durch das Gelände spazieren.^{333}
- Laut offiziellen Berichten soll der Lkw „gegen 20 Uhr“ durch den Weihnachtsmarkt gefahren sein. Die genaue Zeit des Ereignisses will keine Behörde festlegen.
- Um 20.55 Uhr waren noch keine Krankenwagen am Tatort sichtbar.
- Um 21.10 Uhr meldete die Polizei bereits 9 Todesopfer.
- Um 01.00 Uhr nach Mitternacht meldete die Polizei 12 Todesopfer.
- Um 01.56 Uhr nach Mitternacht meldete die Berliner Polizei 48 Verletzte.

(4) Zusammenfassung der Bewertungsergebnisse

Von den 42 Zeugen, dessen Aussagen ich bewertete, waren 21 Ausländer, dessen Aussagen mehrheitlich nur in ausländischen Medien erschienen. Das betrifft auch Ausländer, die zu dieser Zeit in Berlin wohnten. Neun der Zeugen waren Medienprofis, darunter einige Journalisten, die sich bereits

zur Zeit des Ereignisses am Tatort befanden und sofort von internationalen Medien interviewt werden konnten. Nur zwei der 20 von mir angeschriebenen Zeugen und Journalisten beantworteten meine Fragen.

Aus meiner Bewertung der 42 Zeugen stellten sich 29 als unglaubwürdig bzw. ihre Aussagen als unglaubhaft heraus. Nur 3 Zeugen haben, nach meiner Auffassung, glaubhafte und zugleich erhebliche Aussagen gemacht.

Im Gegensatz zu Zeugen, die bei einer Gerichtsverhandlung aussagen, werden Journalisten oder in Medien zitierte Zeugen nicht vereidigt und brauchen daher keine strafrechtlichen Folgen zu fürchten, falls sie falsch aussagen.

Ich erwarte nicht, dass Leser mit jeder meiner Bewertungen übereinstimmen werden, denn die Auswertung von Zeugenaussagen ist keine exakte Wissenschaft. Aber die große Anzahl der offensichtlich unglaubhaften Zeugenaussagen kann nicht einzig Wahrnehmungsirrtümern oder Gedächtnislücken zugeordnet werden. Folgende Fragen ergeben sich aus diesem Umstand: Wurden einige Zeugen beauftragt, bestimmte Aussagen zu machen, z.B. dass der Lkw sehr schnell fuhr und seine Fahrt nicht verlangsamte? Die Kategorie „Auftragszeugen“ gibt es: Firmen, die Anti-Terror-Übungen organisieren, bieten Darsteller, die als Journalisten agieren können. War die Berichterstattung über das Berliner Ereignis vorgeplant und koordiniert? Wurden Zeugen zum Schweigen gezwungen? Diese Fragen müssten zur Aufklärung des Berliner Ereignisses beantwortet werden.

Übersichtstabelle

<u>Name des Zeugen</u>	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
Adnan, Wael	x								x	d (5)
Arslan, Dilara										b
Butler, Thomas		x							(x)	a
Colak, Ibrahim	x	x							(x)	d (1,5)
Dobler, Sara	x	x								d (7)
Durrani, Shandana	x	x	x				x		x	d (1,3,4)
Ellakuria, Iñaki	x							(1)	x	d (5,6)
Etzeza, Irati	x	x								c
Fox, Mike	x	x							x	d (1)
Glinz, Sabrina	x	x							x	d (1,6)
Goebel, Katarzyna		x		(1)	(-)				x	(d)
Hawrylak, Lucas		x		(2)					x	(d)
Heinrich, Alexander			x	(1)	(-)				x	d (1)
Hollitzer, Jan			x	(1)	(-)	x	x		(x)	c
Hölzl, Armin				(1)	(-)				x	d (3,5)
Hovig, Hege Pauline	x	x	x	(1)	(0)					a
Huo, Shufan				(2)	(0)					c
Hüsges, Hartmut									(x)	a
Kaiser, Axel				(1)	(-)					a
Knapp, Stefan			x	(1)	(-)					b
Koechel, René				(2)				(2)	x	b
Lagrassa, Giuseppe	x						x	(1)	x	d (1,4,5)
Lange, Anselm				(1)	(+)					b
Meredith, Rhys	x	x							x	d (3)
Meier, Klaus-Jürgen				(1)	(-)					d (3)
Müller, Max				(1)	(0)				x	d (1,5)
Müller, Peter				(1)	(0)					c
O'Neill, Trisha	x	x							x	d (1,2)
Onnasch, Imanuel Zadig	x	x	x							(d)
Rosén, Cecilia	x	x		(1)	(-)				x	d (1)
Rushton, Emma	x	x	x						x	d (1,2,3)
Schreiber, Mereike-Vic			x						x	c
Schröder, Frederico				(2)	(0)				x	d (1,5)
Schulz-Widmar, Russell	x	x						(1)	x	d (5)
Schwartz, Andreas								(2)	(x)	(d)
Sehovic, Lana	x	x		(1)	(0)				x	d (1,5,6)
Sweke, Ashley	x	x				(x)			J	d (1,5)
Theis, Luke	x	x								d (6)
Thompson, John	x	x		(1)	(-)				x	d (4)
Vanas, Antti	x	x	x	(1)	(+)				x	b
Vandenberg, Lucas				(1)	(0)				x	d (1)
Wieprich, Diana							(x)			(d)
Zheliznyk, Yana	x	x		(2)	(0)		x		x	d (1,5)

Erklärungen zur Tabelle

A = Ausländer

B = Zeuge wurde nur in ausländischen Medien zitiert

C = Journalist oder Kommunikationsexperte

D = Zeuge oder sein Interviewer erhielt von mir einen Fragebrief. (1) Zeuge; (2) Journalist, der den Zeuge interviewt hatte.

E = Ich erhalte (-) keine Rückmeldung; (0) eine belanglose Rückmeldung; (+): eine sachliche Rückmeldung

F = Zeuge sprach von einer besonderen Stille am Tatort

G = Zeuge erwähnte Körper unter dem Lkw

H = Zeuge sagte, er wäre (1) durch dem Lkw verletzt; (2) aus anderen Gründen verletzt worden

I = Zeuge sagte, er hätte den Lkw durch den Weihnachtsmarkt fahren gesehen.

J = Bewertung der Zeugenaussagen:

- Glaubwürdiger Zeuge. Wertvolle Aussagen
- Belanglose Aussagen
- Die Glaubwürdigkeit des Zeuge kann nicht festgestellt werden, z.B. weil erhebliche Aussagen ausschließlich von einer dritten Person oder in indirekter Rede in einem Interview gemacht worden sind
- Zeuge unglaubwürdig aus einem oder mehreren der folgenden Gründen:
 - Lkw soll „gerast“ sein (z.B. mehr als 60 km/h); es wurde keine Verlangsamung wahrgenommen;
 - Lichterkette wurde vom Lkw zerrissen;
 - Der Lkw zerstörte *mehrere* Buden;
 - Widersprüchliche Aussagen;
 - Aussagen mit physikalisch unglaubhaften Behauptungen;
 - Aussagen, die weder von Abbildungen, noch von anderen Zeugen bestätigt wurden;
 - Aussagen ohne Kontext, die schwerlich mit einem Erlebnisbericht vereinbar sind.

Kapitel 7: Aufklärung unerwünscht

Das Berliner Ereignis war laut der offiziellen Darstellung eine verheerende Straftat, bei der 12 Menschen getötet und mehr als 50 verletzt wurden. Falls die offizielle Darstellung stimmt, war dieses Ereignis gleichzeitig eine grobe Menschenrechtsverletzung, nämlich die Verletzung des Rechtes auf Leben von 12 Menschen. Der deutsche Staat, als Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention, ist verpflichtet, das Recht auf Leben (EMRK Art. 2) zu schützen. Der prozedurale Aspekt des Rechts auf Leben umfasst die Pflicht des Staates, Verletzungen dieses Rechtes zu ermitteln und gegen Täter gerichtlich vorzugehen. Mitgliedstaaten sind verpflichtet, Verletzungen des Rechts auf Leben auch ohne Initiativen seitens der Opfer oder ihrer Angehöriger zu ermitteln. Auch wenn kein Verdacht auf staatliche Teilnahme an den Tötungen besteht, müssen Ermittlungen stattfinden.^{334} Diese Ermittlungen müssen Qualitätsmaßstäbe erfüllen, die die Vereinten Nationen und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erarbeitet haben: Die Ermittler müssen vom Staat unabhängig sein und unvoreingenommen ermitteln. Die Ermittlungen müssen zügig, gründlich und transparent sein, um das Vertrauen der Angehörigen und der Bevölkerung zu gewährleisten.^{335} Der EGMR hat zahlreiche Urteile gegen Staaten gefällt, die wegen unzulänglicher Ermittlungen das Recht auf Leben verletzt haben.^{336}

Der deutsche Staat ist seiner internationalen Verpflichtung nicht nachgekommen: Er hat keine unabhängige, unvoreingenommene, zügige, gründliche und transparente Ermittlung des Berliner Ereignisses durchgeführt. Die Opfer und ihre Angehörigen hätten, wenn sie es wollten, den deutschen Staat wegen dieser Fehlleistung verklagen können.

(1) Das Verhalten der Bundesregierung und des Bundestags

Zunächst ist festzustellen, dass weder die Bundesregierung noch der Bundestag den Willen zur Aufklärung des Tathergangs vom 19. Dezember 2016 zeigen.

Seit dem Ereignis in Berlin verbreiten die deutschen Medien die These eines Behördenversagens, das dieses Ereignis ermöglicht haben soll. Die Medien betätigen sich hier als aufrichtige Kritiker des Staates und bestätigen damit das Propagandamodell, das Noam Chomsky schon vor vielen Jahren beschrieben und nachgewiesen hat.^{337} Laut dem Propagandamodell werden in bürgerlichen Demokratien taktische Kontroversen nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert, solange sie innerhalb der Voraussetzungen stattfinden, die von den Eliten festgelegt sind. Solche Debatten markieren die äußeren Grenzen der tolerierten Meinungen und erzeugen gleichzeitig den Anschein einer Meinungsvielfalt und der Freiheit.

Chomsky nannte dieses Verfahren Schadensbegrenzung. Die Rolle der Medien wäre an dieser Stelle „die Vorgänge ernst zu nehmen und sie als Beitrag zur Funktionstüchtigkeit unserer zur Selbstreinigung fähigen Institutionen zu verkaufen, die sie zugleich vor dem Zugriff der Öffentlichkeit sorgsam abschirme.“^{338}

Hier folgen einige typische Schlagzeilen zur Kampagne der Schadensbegrenzung: „Behördenversagen vor Anschlag?“^{339}, „Ein Behördenversagen mit tödlichen Folgen“^{340}, „Systemfehler oder Behördenversagen?“^{341}, „Eine Kette verpasster Möglichkeiten“^{342}, „Folgenschwere Fehleinschätzung im Fall Amri“^{343}, „Fehler und Versäumnisse bei Berliner Kripo“^{344}, „Polizei verliert sich nach dem Terror im Chaos“^{345} und dgl. Ähnliche Kampagnen werden nach fast jedem sogenannten islamistischen Anschlag in Nord-Amerika und Europa eingeleitet.^{346}

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Behörden, die angeblich versagt hatten, die Medien mit detaillierten Daten über ihr eigenes

„Versagen“ beliefern. Der Zweck dieses Schauspiels ist, den Anschein eines Aufklärungswillens zu erzeugen und gleichzeitig die Öffentlichkeit von Fragen zum eigentlichen Ereignis abzulenken. Das Thema des „Versagens“ festigt in der öffentlichen Meinung die Überzeugung, dass die Schuld des mutmaßlichen Täters bereits feststeht und nicht mehr zur Debatte steht.

So wandte sich z.B. die Bundestagsfraktion der Grünen am 9. Januar 2017 mit einer detaillierten Fragenliste zum Berliner Ereignis an die Bundesregierung, die sich ausschließlich auf die Person Amris beschränkte, als ob seine Schuld bereits feststünde.^{347} André Hahn, parlamentarischer Geschäftsführer der Partei die Linke, äußerte gegenüber der *Berliner Zeitung* sein Erstaunen, dass der Bundesnachrichtendienst [BND] und das Bundesamt für Verfassungsschutz so gut wie gar nichts getan hatten: „Das finde ich merkwürdig, wenn man weiß, wie gefährlich der Mann [Amri] war.“^{348}

Alle Bundestagsfraktionen haben sich damit abgefunden, dass die polizeilichen Ermittlungen des Berliner Ereignisses hinreichend sind und keiner unabhängigen Überprüfung bedürfen. Die Oppositionsparteien haben sich für die Errichtung eines parlamentarischen Ausschusses ausgesprochen, der sich auf das mutmaßliche Versagen der Sicherheitsdienste in der Sache Amris beschränken soll.^{349} Der Ausschuss soll also die offizielle Darstellung des Tathergangs und die Schuld Amris voraussetzen.

Dass keine Fraktion des Bundestags eine öffentliche Untersuchung des Tathergangs am Breitscheidplatz fordert, sondern die Behauptungen der Polizei als bare Münze hinnimmt, könnte zur Schlussfolgerung verleiten, dass Strafgerichte überflüssig seien: Man könne ja der Polizei die Aufklärung von Verbrechen und die Bestrafung von Verdächtigen – bis hin zu ihrer Hinrichtung – überlassen. Diese Entwicklung ist noch nicht gesetzlich fixiert, aber bereits mit dem Ableben dreier jungen Männer im Jahr 2016 zu einer geduldeten Polizeipraxis geworden: Riaz Khan Ahmadzai (17), der

mutmaßliche Attentäter des Zuges bei Würzburg, wurde am 18. Juli von SEK-Beamten erschossen; Ali David Sonboly (18), der mutmaßliche Amokläufer von München, wurde am 22. Juli von der Polizei erschossen; Anis Amri (24) wurde am 23. Dezember außerhalb Mailands von zwei Polizeibeamten erschossen.

Der Tagesspiegel meldete gegen Ende März 2017, dass „im Fall Amri“ zunächst kein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. „Das macht keinen Sinn, parallel zum Sonderbeauftragten einen solchen Ausschuss einzusetzen“, sagte CDU-Innenpolitiker Burkard Dregger dem *Tagesspiegel*. Der Sonderbeauftragte soll seine Arbeit Mitte April aufnehmen und mögliche Fehler, die vor dem Terroranschlag begangen wurden, untersuchen.^{350} Der Anschlag selbst soll nicht untersucht werden. Der Sonderbeauftragte, Bruno Jost, stellte am 3. Juli 2017 einen Zwischenbericht „zum Fall Anis Amri“ vor, der dessen Schuld voraussetzt.^{351}

Eine seltsame Erklärung lieferte Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag. Sie sagte in Bezug auf das Berliner Ereignis, dass „die Sicherheit der Menschen in Deutschland [...] auch durch die deutsche Kriegsbeteiligung am Hindukusch in Gefahr gebracht“ würde.^{352} Damit vermittelte Frau Wagenknecht den Eindruck, dass Ereignisse, wie in Berlin, Vergeltungsaktionen gegen die Außenpolitik Deutschlands seien. Haben etwa die Taliban in Deutschland Anschläge verübt? Dies unterstellte jedenfalls Kanzlerin Angela Merkel, als sie im Bundestag sagte: „Der Afghanistan-Einsatz ist unsere Reaktion auf den Terror – er ist von dort gekommen – und nicht umgekehrt. Der Einsatz der Bundeswehr war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes.“^{353} Obwohl sich die Ziele beider Frauen diametral widersprechen, instrumentalisieren beide die Terrorangst für ihre Ziele, als Mittel zum Zweck, und täuschen damit die Bevölkerung.

(2) Die Verschwiegenheit des Bundespräsidenten

Als Bundespräsident Joachim Gauck im Februar 2017 Angehörige der Berliner Opfer zu einem Empfang ins Schloss Bellevue einlud, fand diese Veranstaltung hinter geschlossenen Türen statt. *Der Tagesspiegel* erzählte es so: „Der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck hat – ganz im Stillen – [...] im Schloss Bellevue am Freitagnachmittag rund 50 Angehörige der Todesopfer des Attentats vom Breitscheidplatz empfangen und ihnen seine Anteilnahme ausgesprochen.“^{354} Über die Gespräche, die Gauck und der Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit ihnen führte, wurde Vertraulichkeit vereinbart, so die Nachricht.^{355} Wurde hier ein Abkommen vertraulich vereinbart?

(3) Polizeizensur

Ich konnte keine Abbildungen von der Fahrtstrecke des Lkw durch den Weihnachtsmarkt (Schneise) finden, die etwa zwischen 20.10 Uhr und 22.00 Uhr gemacht worden sind. Wenn die öffentliche Darstellung stimmt, würden solche Abbildungen die große Zahl der Verletzten (zumindest 50), die umfangreiche Rettungsaktion und den Abtransport der Verletzten und Toten belegen und sogenannte Verschwörungstheorien entkräften. Aber gerade von diesem Zeitfenster sind keine Abbildungen auffindbar.

Wie man aus den Abbildungen [2a](#), [2c](#), [Abb. 6](#), [Abb. 8](#) und [Abb. 25](#) entnehmen kann, war der Tatort von verschiedenen umliegenden Gebäuden, vom Hotel Waldorf Astoria, von den oberen Stockwerken des Bikini-Hauses und von die Büros der *Berliner Morgenpost* vorzüglich einsehbar. Wieso gibt es also keine Abbildungen aus diesen Gebäuden gerade in diesem Zeitfenster, als die Rettungsaktion auf Hochtouren laufen sollte? Waren alle Büros des Bikini-Hauses, der *Berliner Morgenpost* und die Zimmer vom Waldorf Astoria menschenleer? Versuchte kein Journalist der *Berliner Morgenpost* aus seinem Büro die Rettungsaktion zu fotografieren? Machte Sabrina Glinz, die aus dem 15. Stockwerk des Waldorf

Astoria die Rettungsaktion verfolgte und *SkyNews* schilderte (siehe Bewertung der Zeugenaussagen) keine Fotos? Gab es überhaupt keine Gäste, die zur fraglichen Zeit aus dem Hotel Fotos machten?

Wer z.B. [Abb. 25](#) betrachtet, kann merken, dass man die einzelnen abgebildeten Personen nicht erkennen kann. Gesichter können auch gepixelt werden. Daher kann das Fehlen von Abbildungen aus dieser Zeit nicht dem Persönlichkeitsschutz zugeschrieben werden.

Im Ergebnis steht fest, dass die Polizei alles unternahm, um zu verhindern, dass irgendeine Abbildung vom Tatort (die Schneise) aus diesem Zeitfenster in die Öffentlichkeit gelangt. Da keine Abbildungen von der „Schneise“ aus diesem Zeitfenster auffindbar sind, scheint die Polizei schon ab etwa 20.00 Uhr das Fotografieren der Schneise aus den umliegenden Gebäuden verhindert bzw. den Zugang zu den Sichtstellen in diesen Gebäuden verboten zu haben. Dabei behauptete die Polizei bis etwa 21.00 Uhr, es sei wahrscheinlich ein Unfall. Diese systematische Verhinderung des Fotografierens aus allen umliegenden Gebäuden deutet darauf hin, dass die Polizei auf das Ereignis vorbereitet war.

(4) Die Geheimhaltung der Ermittlungsbehörden

Das Verhalten der Landeskriminalämter, des Bundeskriminalamts und der Generalbundesanwaltschaft ist beim Berliner Ereignis von einer ganz besonderen Geheimhaltung gekennzeichnet. Die Ermittler haben

- weder eine beglaubigte Zeitleiste zum Berliner Ereignis veröffentlicht, noch die genaue Zeit des Ereignisses festgelegt;
- keine Angaben zu den Todesumständen der 12 Todesopfer des Ereignisses veröffentlicht (wo, wann und wie sie zum Tode kamen);
- keine Angaben zu den Todesumständen von Anis Amri veröffentlicht;

- keine Beweise zur Anzahl der Toten und Verletzten am Breitscheidplatz vorgelegt;
- der Öffentlichkeit beschlagnahmte Videoaufzeichnungen vorenthalten.

Auch auf Anfragen verweigern Ermittler, Informationen zum Tathergang herauszugeben, deren Veröffentlichung weder die geschützte Privatsphäre von irgendwelchen Personen, noch andere Rechtsgüter verletzen würde. Als Beispiel sei die Verheimlichung der GPS-Daten des Lkw erwähnt, dessen Veröffentlichung keinerlei Rechtsgüter verletzen, sondern im Gegenteil das Vertrauen in die Ermittlung stärken würde. Die Berliner Polizei, ihrerseits, verweigerte mir die Antwort auf die Frage, wo genau im Gelände die Leichen der neun Todesopfer lagen.^{356} Sie hätten sich das Verhalten der britischen Behörden zum Vorbild nehmen sollen. Diese haben bei den Londoner Anschlägen vom 7. Juli 2005 genaue Diagramme über die Stellen der Leichen in den Zügen und im Autobus veröffentlicht (siehe [Abb. 19](#)).

Am 16. August 2017 stellte ich der Generalbundesanwaltschaft folgende Fragen im Anschluss an die Erklärung des Bundesanwalts Thomas Beck vom 3. Juli 2017 über den Stand der Ermittlungen:

Auf Seite 2 des Protokolls [der besagten Erklärung] steht: Der Sattelschlepper fuhr „von der Kantstraße kommend, mit einer Geschwindigkeit von ca. 49 km/h in die Einfahrt des Weihnachtsmarktes an der Gedächtniskirche am Breitscheidplatz.“

Frage 1: An welcher Stelle (GPS-Koordinaten) fuhr der Lkw mit ca. 49 km/h?

Frage 2: Auf welcher Grundlage beruht die Behauptung, dass der Sattelschlepper „von der Kantstraße“ kam?'

Frage 3: Zu welcher Uhrzeit (Stunde, Minute, Sekunde) fuhr der Lkw mit ca. 49 km/h?

Auf Seite 2-3 des Protokolls steht: „Das Fahrzeug erfasste auf dem Weihnachtsmarkt zahlreiche Personen. Hierdurch wurden unmittelbar oder mittelbar über 60 Personen körperlich oder seelisch verletzt sowie elf getötet.“

Frage 4: Was ist mit „mittelbar“ verletzt gemeint?

Frage 5: Wie viele Personen wurden unmittelbar vom Lkw getroffen und wie viele davon starben?

Im Protokoll wird einige Male auf Zeugenaussagen hingewiesen, jedoch nicht auf Augenzeugen des Anschlages.

Frage 6: Besitzt der Generalbundesanwalt Wortprotokolle von Vernehmungen von Augenzeugen des Anschlages? Und wenn ja, wie viele Augenzeugen des Anschlages wurden vernommen und von wem wurden sie vernommen?

Am 29. September 2017 erhielt ich eine Antwort der Generalbundesanwaltschaft datiert vom 20. September 2017. Zusammenfassend wurde mir mitgeteilt: „[s]oweit der Generalbundesanwalt als Organ der Rechtspflege handelt, nimmt er keine öffentlich-rechtlichen Verwaltungsaufgaben wahr, für die allein der Auskunftsanspruch nach IFG [Informationsfreiheitsgesetz] besteht. Zudem sind Auskünfte aus den Bereichen der Ermittlungstätigkeit des Generalbundesanwaltes vom Auskunftsanspruch nach IFG generell ausgenommen.“ Die Bürger haben also keinen *Anspruch* auf Antworten zu den aufgeführten Fragen, aber die Ermittlungsbehörden *dürfen* Informationen aus ihren Ermittlungen veröffentlichen. Das tun sie auch von Zeit zu Zeit ihrerseits nach eigenem Ermessen, entweder durch offizielle Erklärungen oder durch die diskrete Zustellung von Informationsfetzen an befreundete Journalisten.

Am 20. August 2017 stellte ich dem Bundeskriminalamt (BKA) folgende Fragen und berief mich auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG):

1. Wer unter den von Medien interviewten Zeugen wurde in Beziehung zum Berliner Anschlag vom BKA vernommen, und wann fanden die einzelne Vernehmungen statt?

2. Welche Voraussetzungen müssten erfüllt werden, um Einsicht in die Vernehmungsprotokolle der oben angeführten Zeugen zu erhalten?

Am 5. September 2017 antwortete das BKA wie folgt:

„Soweit Informationen aus laufenden oder abgeschlossenen staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren betroffen sind, besteht ein Anspruch auf Informationszugang nach dem IFG nicht.

Für die Entscheidung über die Auskunftserteilung und das Akteneinsichtsrecht in Ermittlungsverfahren und nach rechtmäßigem Abschluss desselben ist die Staatsanwaltschaft, im Übrigen der Vorsitzende des mit der Sache befassten Gerichts zuständig.“

Da sich kein Gericht mit dem Berliner Ereignis befasst – der mutmaßliche Täter ist tot – sollen die Bürger die Antwort des BKA so verstehen, dass keine Behörde zur Auskunftserteilung und Akteneinsicht befugt sei oder dass der Zugang der Bürger zu diesen Informationen vom Gutdünken des Generalbundesanwalts abhängt?

(5) Die Verschwiegenheit der Berliner Feuerwehr

Ich habe Dr. Peter Albers, der am Breitscheidplatz im Einsatz gewesen war und vom *Spiegel TV* interviewt wurde, per E-Mail folgende Fragen gestellt:

- Wann ungefähr erreichten Sie am Abend des 19. Dezember den

Breitscheidplatz?

- Haben Sie Menschen unter dem Lkw gesehen? Wo genau lagen sie? Wie viele sollen es gewesen sein? Waren sie tot?
- Ist Ihnen ein Diagramm bekannt, [worauf] aufgezeichnet wurde, wo genau im Gelände des Weihnachtsmarkts die Toten und Schwerverletzten lagen?
- Sind Ihnen schwere Verletzungen bzw. Kopfverletzungen bekannt, die nicht unmittelbar vom Lkw verursacht wurden?
- Haben Sie oder Ihre Mitarbeiter am Breitscheidplatz den Tod von Menschen festgestellt und am Ort Totenscheine ausgestellt?

Dr. Albers antwortete einige Tage später, dass er meine Fragen nicht beantworten *kann*. Auf Nachfrage gestand er, dass er meine Fragen nicht beantworten *darf*, da er als ärztlicher Mitarbeiter der Vivantes GmbH „in Gestellung für die Berliner Feuerwehr tätig“ gewesen sei. Er „unterliege also in allen Belangen [seiner] notärztlichen Tätigkeit den *vertraglichen Regularien* zwischen der Berliner Feuerwehr und der Vivantes GmbH“, wie es hieß, und bat mich, bei der Pressestelle der Berliner Feuerwehr anzufragen.

Dr. Albers hat offensichtlich die Berliner Feuerwehr über meine Anfrage informiert. Denn kurz nachdem ich seinen Brief erhielt, rief mich Thomas Kirstein, Leiter Stab Kommunikation von der Feuerwehr Berlin, an. Er sagte zuerst, dass er meine Fragen nicht beantworten *kann*, gestand aber im weiteren Gespräch, dass er zwar meine Antworten beantworten *könne* aber nicht *dürfe* und wies auf gegenwärtige Ermittlungen des Generalbundesanwalts hin. Er sagte außerdem, dass er selbst am Breitscheidplatz im Einsatz gewesen sei und daher die Fragen beantworten *könne*, aber auch wenn er es *dürfte*, würde er meine „detaillierten“ Fragen nicht beantworten *wollen*, da ich mit meinen Fragen der Feuerwehr etwas unterstelle. Er erklärte allerdings nicht, was ich der Feuerwehr unterstelle.

Diese Antworten deuten darauf hin, dass die Beantwortung dieser spezifischen Fragen – im Gegensatz zu bereits veröffentlichten Informationen – von höchster Ebene nicht erwünscht ist.

(6) Das Verhalten der Angehörigen

Angehörige von Mordopfern wollen in der Regel die Todesumstände ihrer Verwandten genau erfahren und bestehen darauf, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

Wie haben sich die Angehörigen der 12 Todesopfer vom 19. Dezember 2016 verhalten?

- So weit ich weiß, hat keiner der Angehörigen eine unabhängige Untersuchung der Tatumstände gefordert, d.h. eine Aufklärung der Todesumstände ihrer Familienmitglieder;
- So weit ich weiß, hat keiner der Angehörigen die Tötung von Anis Amri kritisiert, obwohl sie durch seine Tötung ihres Rechts auf eine eindeutige Feststellung seiner Schuld beraubt wurden.

Die Gleichgültigkeit der Angehörigen beruht nicht auf einer angeblichen Medienscheu, denn die Angehörigen von zumindest acht der zwölf Todesopfer scheuten keine Medieninterviews, sie gaben diese z.T. mehrfach.^{357} Meine Versuche, zu einigen der Angehörigen Kontakt herzustellen, blieben ergebnislos. Falls die Angeschriebenen aus Berührungsängsten den Kontakt mit mir vermieden, weil ich mich für die Aufklärung des Berliner Ereignisses einsetze, wäre dies ein Beleg für ihre Abneigung gegen eine Aufklärung.

Am 1. Dezember 2017 veröffentlichte *Spiegel Online* einen offenen Brief der Angehörigen der Todesopfer an Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem sie der Kanzlerin vorwerfen, sie hätte sie nicht als Opfer einer terroristischen Tat anerkannt. Dies sei, schrieben sie, „eine Frage des Respekts, des Anstands und eigentlich eine Selbstverständlichkeit“. Sie warfen ihr auch vor, „[i]n einer Zeit, in der die Bedrohung durch islamistische Gefährder deutlich zugenommen hat, [versäumt zu haben], rechtzeitig den

Ressourcenausbau und die Reformierung der wirren behördlichen Strukturen für die Bekämpfung dieser Gefahren voranzutreiben“ und fordern sie „dringend auf, die vorhandenen Defizite so schnell wie möglich zu beseitigen. Sie sind in der Verantwortung, die für die Bekämpfung des Terrors erforderlichen Ressourcen im Bund mit Priorität bereitzustellen... Der Bund im Zusammenwirken mit allen 16 Bundesländern muss den Umgang mit dem Terrorismus so schnell wie möglich lernen.“ Innenminister Thomas de Maizière lässt grüßen. Ein erheblicher Teil des Briefes betrifft allerdings ihre finanziellen Ansprüche. Sie schreiben: „So stehen viele von uns seit dem Anschlag vor ungelösten finanziellen Herausforderungen... Wie sollen Alleinerziehende den Alltag mit ihren Kindern gestalten, wenn sie zu mehr als 100 Prozent arbeiten müssen, um den Verdienstaufschlag des verstorbenen Elternteils zu kompensieren?“ Dabei hat nur einer der Angehörigen, Dr. Petr Cizmar, ein kleines Kind zu betreuen. „Frau Bundeskanzlerin, es besteht der dringende Bedarf für eine finanziell umfassendere Unterstützung: Zum einen müssen [...] die Härteleistungen signifikant aufgestockt werden. Zum anderen müssen Rentenansprüche ausgeweitet, aufgestockt und losgelöst von finanzieller Bedürftigkeit geleistet werden.“^{358} Das Brief wird ohne Namenangabe von „Mitglieder[n] aller 12 Familien der Todesopfer vom Breitscheidplatz“ veröffentlicht, obwohl sie nur 11 Familien sind. Haben alle Angehörige der Familien – Kinder, Eltern, Eheleute, Geschwister – den Brief unterzeichnet, oder haben auch einige die Unterzeichnung verweigert? Für eine Aufklärung der Morde interessieren sie sich jedenfalls nicht

(7) Die Verschwiegenheit von Arbeitgebern und Arbeitskollegen

Ich habe an den Arbeitgeber der Todesopfer Fabrizia di Lorenzo und Nad'a Čižmárová (Die Firma *4Flow*) sowie an den Arbeitgeber der Todesopfer Anna und Georgyi Bagratuni (Die Firma *iffm*) einfache Anfragen gestellt, insbesondere ob die Opfer am Tag der Tat am

Arbeitsplatz gesichtet worden sind.

Die Firma *4Flow* weigerte sich ausdrücklich, meine Frage zu beantworten.

Die Firma *iffm* antwortete zunächst überhaupt nicht auf meinen Brief. Nur als ich die Firma in Persona aufsuchte, sagten mir die Geschäftsführer, dass sich Anna und Georgyi Bagratuni bis zum Abend des 19. Dezember im Büro der Firma befanden.

Auch Kollegen der Todesopfer Fabrizia di Lorenzo, Nad'a Čižmárová und Sebastian Berlin, die sich laut Medienberichten zur Tatzeit mit ihnen am Breitscheidplatz befanden (siehe Abschnitte über die einzelnen Todesopfer), wollten bis heute die Anwesenheit ihrer verstorbenen Kollegen und Kolleginnen am Tatort nicht bestätigen.

(8) Die Verschwiegenheit von Journalisten

Dutzende von Zeugen, Angehörigen und Verletzten wurden von Journalisten im Bezug auf das Berliner Ereignis interviewt. Ich habe acht dieser Journalisten schriftlich Fragen zu ihren Interviews gestellt: Wie kam das Interview zustande? Wie wurde die Glaubwürdigkeit der interviewten Person geprüft? Warum wurde die interviewte Person so spärlich in direkter Rede zitiert? Keine der Fragen bezog sich auf private Umstände der Journalisten oder der Interviewten. Trotzdem weigerten sich die angeschriebenen Journalisten, meine Fragen zu beantworten. Die drei Journalisten, die sich die Mühe gaben zu reagieren, erklärten ihre Weigerung wie folgt:

- Andreas Becker von der *Redaktion München* schrieb mir, er wäre „nicht autorisiert“, die Fragen zu beantworten.^{359}
- Berit Uhlmann von der *Süddeutschen Zeitung* bat mich „um Verständnis, dass es sich bei meiner Gesprächspartnerin um

jemanden handelt, dem das Gespräch über die traumatisierenden Vorgänge am Berliner Breitscheidplatz nicht leicht gefallen ist“ und dass der spärliche Gebrauch direkter Redewendungen “unserer Vorstellung von seriösem Journalismus und angemessenem menschlichen Stil [entspricht].”^{360}

- Johannes Ehrmann vom *Tagesspiegel* ignorierte meine Fragen und schrieb: „Alles, was ich für die Story für wichtig erachtet habe, steht im Artikel.“^{361}

Zusätzlich zu den drei Journalisten, die mir zwar antworteten, aber meine *Fragen* nicht beantworteten, hat Andreas Kopietz, ein Journalist der *Berliner Zeitung*, meine Fragen in Bezug auf Augenzeugin Tanja B. freundlicherweise beantwortet und sich sogar bereit erklärte, mir ergänzende Fragen zu beantworten. Ihm danke ich dafür.

(9) Die Verschwiegenheit der Schausteller

Aus [Abbildung Nr. 2a](#) und [Abb. 2c](#) vom Tatort ist zu ersehen, dass sich 15 Buden um die Schneise befanden, durch welche der Lkw gefahren sein soll. Der Vorsitzende des Schaustellerverbands, Michael Roden, sagte, dass keiner der Schausteller zu Schaden kam. Sie waren daher aussagefähig. Von diesen mindestens 15 Personen haben sich nur drei über den Tathergang am Breitscheidplatz geäußert: Maximilian Müller, dessen Vater Peter Müller und René Koechel. Aber auch ihre Aussagen (siehe Anhang-A: www.aldeilis.net/berlin/anhang-a) haben sich nach meiner Bewertung als dürftig bzw. unglaublich herausgestellt. Auch ein Jahr später wollen die Schausteller nichts sagen. Thomas Schmoll berichtete am 27. November 2017 von der Eröffnung des Weihnachtsmarkts am Breitscheidplatz:

“[Martin] Blume ist an diesem Montagvormittag der einzige Händler auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz, der sich [über das Ereignis] äußern möchte. Alle anderen wollen nicht,

erklären meist freundlich, keine Zeit zu haben. „Ich denke nicht da dran“, meint ein Händler um die 50 Jahre alt. „Ich mache einfach weiter.“ Manche reagieren genervt, andere wütend oder sogar aggressiv.“^{362}

Man beachte, dass auch die Namen der Schausteller, die die Buden um die Schneise betrieben hatten, verschwiegen werden. Daher kann man sie nicht befragen.

(10) Die Verschwiegenheit der Zeugen

Ich schrieb 13 Zeugen, die mutmaßlich die Tat am Breitscheidplatz erlebt hatten und darüber aussagten. Es waren: Katarzyna Goebel, Alexander Heinrich, Jan Hollitzer, Armin Hölzl, Axel Kaiser, Stefan Knapp, Max Müller, Cecilia Rosén, Russell Schutz-Widmar, Lana Sehovic, John Thompson, Antti Vanas und Lucas Vandenberg. Meine an sie gerichteten Fragen bezogen sich auf ihre medialen Aussagen. Zehn der dreizehn Zeugen antworteten überhaupt nicht. Lana Sehovic, Antti Vanas und Lucas Vandenberg nahmen zwar mit mir Kontakt auf, wollten aber meine Fragen nicht beantworten, als ich sie mit Widersprüchen in ihren Aussagen konfrontierte.

Der Schlussbericht der Berliner Polizei bestätigt, dass Zeugen und Betroffene zügig für eine zielgerichtete Einflussnahme (*taktische Betreuung*) abgeschirmt wurden. So wird im Bericht das schnelle Einrichten einer Zeugen- und Verletzten- sowie Kräftesammelstelle an taktisch günstigen Örtlichkeiten ab 20.14 Uhr hervorgehoben (S. 25). Am nächsten Tag wurden Betroffene in den Krankenhäusern, Opfer sowie deren Angehörige in ihren Wohnungen von der Polizei abgeschirmt.^{363}

(11) Andere Amtsträger, die schweigen

Auf meine Anfrage an Klaus-Jürgen Meier, Chef der

Arbeitsgemeinschaft City, zu seinen medialen Aussagen,^{364} wurde mir mitgeteilt, dass er meine Fragen nicht beantworten *könne*, sprich nicht *wolle* oder *dürfe*.

Meine Anfragen zum Tod von Angelika Klösters aus Lanzerath an Jürgen Ritterbach, den ersten Geschäftsführer^{365} und an die beiden Vorsitzenden^{366} der Dorfgemeinschaft Lanzerath, blieben unbeantwortet.

Meine Anfrage an Frau Monika Holz vom Berliner Krisendienst zu ihrem Interview in der *Berliner Zeitung*^{367} blieb unbeantwortet.

Fazit

Was diese ganze Geheimniskrämerei auf sich hat, bleibt zunächst mysteriös. In der Regel werden Geheimnisse nicht aus geringfügigen Gründen strikt geheim gehalten. Die kollektive Verschwiegenheit ist selbstredend keine Verschwörung, denn es handelt sich um eine heterogene Gruppe von Personen, die sich nicht kennen. Das Verhalten deutet eher darauf hin, dass eine behördliche Autorität allen „Eingeweihten“ ein striktes Redeverbot erteilt hatte. Falls dies der Fall war, ergäben sich folgende drei Fragen:

- Wer soll das Redeverbot erteilt haben?
- Wie wird der Einhaltung dieses Redeverbots gewährleistet?
- Warum wurde das Redeverbot erteilt?

Die Beantwortung der ersten Frage liegt außerhalb meiner Kompetenz.

Zur zweiten Frage gibt es einen Hinweis. In den USA gelang es der Bush-Regierung, sich das Schweigen der Angehörigen von fast 3000 Opfern des 9/11 mit großzügigen staatlichen Geldern zu erkaufen. Sie erhielten im Durchschnitt mehr als zwei Millionen Dollar als „Schweigegehd.“ Nur eine Handvoll von ihnen – insbesondere die

sogenannten „Jersey girls“^{368} – drängten auf eine öffentliche Untersuchung der Anschläge, aber wagten nicht, die offizielle Legende anzuzweifeln. Diese Bestechungsmethode hat sehr gut funktioniert und wurde von Massenmedien kaum thematisiert (siehe PK-Kapitel 10). Wird diese Methode auch in Deutschland eingesetzt? Oder wird eher mit schwerwiegenden Sanktionen bedroht?

Andreas Schulz gilt als erfahrener Opferanwalt – unter anderem für Nebenkläger im Prozess um die NSU-Mordserie. Zudem hat er Opfer des Terroranschlags in Nizza, auf Djerba im April 2002 sowie des Anschlags auf die Diskothek La Belle 1986 vertreten.^{369} Mit seiner Teilnahme am Hamburger Al-Motassadeq-Prozess als Anwalt amerikanischer Nebenkläger – Angehörige von Opfern des 11. September 2001 – ^{370} trug Anwalt Schulz, nach meiner Meinung, zum Strafurteil gegen den unschuldigen Mann bei, das auf einer Rechtsbeugung beruhte.^{371}

Nun hat Anwalt Schulz eine Entschädigung von 100 Millionen Euro für die Opfer und Angehörigen des Berliner Ereignisses gefordert: „Wir haben es hier wohl mit einem glasklaren Fall von Amtshaftung zu tun“, sagte er dem Nachrichtenmagazin *FOCUS*. Schulz bezog sich bei seiner Forderung unter anderem auf ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags.^{372} Das Gutachten hatte die Vize-Chefin der Linken-Fraktion im Bundestag, Heike Hänsel, in Auftrag gegeben.^{373} Falls Staatsdiener einen Schaden verursachten, führe dies zu einem Amtshaftungsanspruch, heißt es in dem Gutachten.^{374} Die Enthüllungen über die sogenannten Versäumnisse der Geheimdienste im Fall Amri stellen deshalb ausgezeichnete Hebel für die Erzielung hoher Bezahlungen dar, die je nach Auffassung als „Entschädigungen“ oder als „Schweigegeld“ bezeichnet werden können.

Zur dritten Frage hier eine Hypothese, die mir logisch erscheint:

Wenn das Berliner Ereignis ein Fall von echtem islamistischen Terrorismus gewesen wäre, bestünde kein Grund zur

beschriebenen Geheimniskrämerei. Diese würde nur Sinn machen, wenn das Berliner Ereignis kein Fall von islamistischem Terrorismus gewesen ist, d.h. wenn die offizielle Darstellung des Ereignisses verlogen ist und die Operation in Berlin ein Auftragswerk des deutschen Staates gewesen war. Die Verdunkelung der Morde an Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Michèle Kiesewetter und Florian Heilig im Fall NSU, an der sich Generalbundesanwälte, BKA-Chefs, Polizeipräsidenten, Rechtsmediziner und die Politik beteiligen, stärkt diese Hypothese.

Die UN-Menschenrechtskommission hat im Jahre 2006 das Recht der Menschen auf die Wahrheit über schwere Menschenrechtsverletzungen anerkannt, insbesondere Mordtaten. Es handelt sich um ein „unveräußerliches und autonomes Recht“ und „hat sowohl eine individuelle und eine gesellschaftliche Dimension.“^{375}

Kapitel 8. Die wahren Ziele der “Terrorbekämpfung”

Nach dem Massenmord des 11. September 2001 schlossen sich alle Mitgliedstaaten der NATO dieser Strategie an. Diese Strategie bleibt bis heute (Ende 2017) ein Grundpfeiler der internationalen Politik der USA, der NATO und der Europäischen Union.^{376}

Die Pflege dieser Strategie zeigt erhebliche Erfolge. Am 7. September 2017 wurde z.B. berichtet, dass sich laut einer Umfrage der Firma R+V Versicherung, 71 Prozent von rund 2400 Befragten vom Terrorismus bedroht fühlen, mehr als von Naturkatastrophen.^{377}

Die besagte Strategie dient der Gewährleistung von drei unterschiedlichen Interessenbereichen:

1. Die Waffen- und die Sicherheitsindustrie profitiert unmittelbar von dieser Strategie. Der Umsatz dieser Industriezweige, den man dieser Strategie zuordnen kann, beläuft sich in den 11-stelligen Zahlenbereich, anders gesagt in hunderten Milliarden Dollar.

2. Die Strategie ermöglicht es Regierungen der westlichen Allianz – unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung, Interventionen in öl- und mineralreichen Regionen der Welt zu legitimieren. Damit versucht die transatlantische Allianz, die Kontrolle über geostrategische Regionen zu erhalten und zu bewahren und die langfristigen finanziellen Interessen der westlichen Investoren zu sichern.

3. Schließlich dient die Pflege der Terrorfiktion den Regierenden der entwickelten kapitalistischen Staaten als Rechtfertigung, prophylaktisch die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Vergangenheit abzubauen und bürgerliche Demokratien in

Polizeistaaten zu verwandeln. Diese Transformation ist in den USA und in Großbritannien weitgehend erfolgt.

Dieses Kapitel konzentriert sich auf den 3. Punkt, nämlich die Heranziehung der sogenannten Terrorbedrohung zum Aufbau eines Polizeistaates.

(1) Reaktionen einzelner Bundestagsmitglieder auf das Berliner Ereignis

(a) Bezeichnung des Berliner Ereignisses und der sogenannten Bedrohungslage

Heiko Maas (Bundesjustizminister, SPD): „Mit dem Anschlag am Berliner Breitscheidplatz ist der Terror endgültig in unsere Mitte gekommen.“^{378}

Stephan Harbarth (CDU): „Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt war einer der schwersten Anschläge in der Geschichte unseres Landes. Es war ein Blutbad, wie es diese Republik seit fast vier Jahrzehnten nicht erlebt hat. Nach dem, was geschehen ist, kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“^{379}

Dr. **Eva Högl** (SPD): „Am 19. Dezember 2016 ist der internationale Terror ganz nah an uns herangerückt. Schon die Anschläge in Paris, in Istanbul und in Brüssel fanden in unserer Nähe und an Orten statt, die wir alle kennen und wo wir uns oft aufhalten. Aber mitten in Berlin, auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz, das war ganz nah.“^{380}

Ulla Jelpke (Die Linke): „Wir sehen, dass Terroristen sich immer perfidere Methoden aneignen, um Terroranschläge zu begehen. Erst im letzten Jahr sind 80 Menschen im französischen Nizza ums Leben

gekommen, weil ein Lkw in eine Menschenmenge steuerte. Am 19. Dezember 2016 riss Anis Amri mit einem entführten Lkw 11 Menschen auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz in den Tod und verletzte 50 Menschen zum Teil schwer. Übrigens hat es in den letzten Tagen einen ähnlichen Anschlag in Jerusalem gegeben. Dies zeigt [...], dass wir eine neue Entwicklung haben. Daher müssen unsere Gesetze auch entsprechend angepasst werden.^{381}

Stephan Mayer (CDU/CSU): „Der öffentliche Fokus [richtet sich] im Lichte des schrecklichen und unfassbaren Anschlags vom 19. Dezember 2016 am Breitscheidplatz hier in Berlin derzeit natürlich auf den islamistischen Extremismus und den islamistischen Terrorismus.^{382} Die terroristische Bedrohung ist unvermindert hoch. Ich glaube, man kann mit Fug und Recht behaupten: Sie war nie größer.“^{383}

Kommentar: Gemeinsam an diesen Aussagen sind drei Annahmen: (a) dass am 19. Dezember 2016 in Berlin ein Terroranschlag stattfand; (b) dass Anis Amri der Täter war und (c) dass islamistischer oder internationaler Terrorismus eine tatsächliche Bedrohung für Deutschland ist. Keine dieser Annahmen wurde von den SprecherInnen belegt oder begründet.

(b) Gesinnungsdeutungen

Norbert Lammert (Bundestagspräsident): „Terror zielt darauf ab, demokratische Gesellschaften zu erschüttern, zu lähmen, zu destabilisieren. [...] Dass gewaltbereite Islamisten die Not anderer Menschen benutzen, um sich in unser Land einzuschleichen und hier Unfrieden und Gewalt zu stiften, ist perfide – folgt aber der Logik der Terroristen, die unsere Gesellschaft spalten wollen. [...] Es sollten nicht bestimmte, sondern möglichst viele Menschen getroffen werden.“^{384}

Jutta Eckenbach (CDU/CSU): „Die Täter meinen [sic] unsere Lebensweise, unsere Werte, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat, auf den wir wirklich sehr stolz sein können. [...] Wir müssen uns denjenigen entgegenstellen, die unseren Lebensstil mit Terror zerstören wollen und unsere von Werten getragene Gemeinschaft spalten wollen.“^{385}

Sebastian Hartmann (SPD): „Die Attentate [...] haben alle ein Ziel: Sie sollen uns ängstigen, uns zu bestimmten Handlungen veranlassen und damit zu einer Veränderung unserer Denk- und Lebensweise führen.“^{386}

Dr. h. c. **Albert Weiler** (CDU/CSU): „Im Hinblick auf die Bedrohung durch Menschen, die sich voller Hass gegen unsere Gemeinschaft stellen und unser friedliches Zusammenleben gefährden oder zerstören wollen, ist ein vereintes Vorgehen notwendig.“^{387}

Kommentar. Um eine Tat deuten zu können, muss sie stattgefunden haben. Bundestagspräsident Norbert Lammert behauptete, der mutmaßliche Täter von Berlin hätte „möglichst viele Menschen“ treffen wollen. Falsch. Der Lkw fuhr über den Weihnachtsmarkt mit 15 km/h und der Fahrer lenkte den Lkw schon nach 50 Metern in Richtung Straße, wo er anhielt. Albert Weiler behauptete, es wäre die „Logik der Terroristen [...], unsere Gesellschaft spalten [zu] wollen.“ Falsch. Die Drahtzieher des Ereignisses in Berlin hatten genau die gegensätzliche Absicht, nämlich die Bevölkerung im deutschen Staat zur Bekämpfung der Terrorfiktion zu einigen und dafür zu sorgen, dass sie den Aufbau der Polizei und der Geheimdienste billigen. Sebastian Hartmann behauptete, dass Terroristen „uns ängstigen, uns zu bestimmten Handlungen veranlassen und damit zu einer Veränderung unserer Denk- und Lebensweise führen“ wollen. Falsch. Auch wenn sie es wollten, könnten sie es nicht, weil sie nicht Herr über die Berichterstattung sind. Jutta Eckenbach fantasierte über die „Meinung“ von irgendwelchen „Tätern“, die „unsere Lebensweise, unsere Werte, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat“ zerstören wollen. Fiel

Frau Eckenbach nicht ein, dass diese Täter sich vielleicht im Innenministerium tummeln, wie die Gesetzentwürfe der Beamten zeigen?

Die Theorien der Bundestagsabgeordneten, die versuchen, die Motivation von fiktiven Dschihadisten zu erraten, belegen einen Realitätsverlust.

(c) Wünsche

Thomas de Maizière (Innenminister, CDU): „Wir brauchen eine bundesweit standardisierte Gefährderbewertung.“ Verschärft werden müsse überdies die Anwendung der Abschiebehaft „nicht nur für Terroristen, sondern auch für sonstige Kriminelle“. Die mögliche Dauer des Abschiebebewahrsams sei von vier auf zehn Tage zu verlängern. Dies seien Vorschläge, die er bereits im August zum Teil unterbreitet und im Oktober in einen Gesetzentwurf gefasst habe, „leider damals ohne Erfolg“, bedauerte der Minister. Er hoffte auf die Einführung der elektronischen Fußfessel für *Gefährder* [und] appellierte an die Länder, vergleichbare Regelungen vorzunehmen.
{388}

„Die neuen Regelungen [über Videoüberwachung] schaffen für diejenigen Erleichterung, die Sportstätten, Einkaufszentren und andere große öffentliche Einrichtungen oder Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs betreiben. Ein Anlass für dieses Gesetz war der Amoklauf in München.“^{389} „Angesichts der Gefährdungslage haben wir keine Zeit zu verlieren [...] Erst volle Aufklärung [des Berliner Ereignisses] zu verlangen und dann Maßnahmen und Konsequenzen zu diskutieren, halte ich jedenfalls [...] für falsch.“^{390} „Ich will auch den Erkenntnisaustausch in Europa weiter beschleunigen.“^{391}

„Gefährder sollen auch dann in U-Haft genommen werden, wenn eine Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten stattfinden kann. Das werden wir auch umsetzen. [...] Wir werden

bei den Verhandlungen mit den Herkunftsländern über die Rücknahme eigener Staatsbürger stärker auch andere Politikfelder mit einbeziehen, insbesondere auch die Außen-, die Wirtschafts- und die Entwicklungspolitik. [...] Ich habe vor zwei Wochen weitgehende Vorschläge gemacht für einen starken Staat in schwierigen Zeiten. Sie sind auf ein großes Echo gestoßen.“^{392}

Clemens Binniger (CDU/CSU): „Wenn man sich einmal chronologisch ansieht, wie viele verschiedene Behörden und öffentliche Stellen in den letzten 18 Monaten mit dem Fall Amri befasst waren, dann wird es einem ein bisschen schummrig. Es handelt sich um mehr als 45 Behörden und Stellen in Deutschland: von Staatsanwaltschaften, mehreren Ausländerbehörden, vielen Polizeidienststellen, Nachrichtendiensten, vom BKA, von LKAs bis hin zum Generalstaatsanwalt in Berlin und dem Innenministerium in Nordrhein-Westfalen. Daran wird, glaube ich, deutlich, dass wir im Bereich der Gefährder noch Strukturen haben, die nicht mehr zeitgemäß sind. [...] Da brauchen wir eine zentrale Federführung, und zwar im Bereich der Polizei, im Bereich der Nachrichtendienste und auch hinsichtlich der Frage von Abschiebungen.“^{393}

Johannes Fechner (SPD): „Wenn die terroristische Bedrohung zunimmt, müssen wir auch die Möglichkeiten ausweiten, dass verurteilte gefährliche Straftäter – nur um solche geht es heute – auch nach Verbüßung der Haft überwacht werden können. Deshalb wollen wir mit diesem Gesetzentwurf zum einen den Katalog der sogenannten Anlasstaten *ausweiten*. Das heißt, zukünftig sollen auch Straftäter, die [...] sich wegen Terrorismusfinanzierung oder wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar gemacht haben, mittels elektronischer Aufenthaltsüberwachung überwacht werden, was nach heutigem Recht nicht möglich ist. Zum anderen werden wir den Anwendungsbereich der sogenannten Fußfesseln ausweiten, indem die heutige Voraussetzung, nämlich die volle Verbüßung einer dreijährigen Haftstrafe, auf zwei Jahre abgesenkt wird. Diese Regelungen sind erforderlich, weil wir dadurch extremistische Straftäter, die nachweislich gefährlich sind, besser

überwachen können.“^{394}

Heiko Maas (Bundesjustizminister, SPD): „Ein wehrhafter Rechtsstaat ist die beste Antwort auf den Hass der Terroristen.[...] Wir wollen extremistische Straftäter, die nach einer Freiheitsstrafe weiterhin als gefährlich gelten, in Zukunft besser überwachen. [...] Wir weiten den Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung per Fußfessel aus. Wir wollen das tun, indem wir den Katalog der terroristischen Straftaten, bei denen dieses Instrument in Betracht kommt, ergänzen.“^{395}

Stephan Mayer (CDU/CSU) sagte, man müsse jetzt die „gesetzgeberischen Konsequenzen aus diesem schrecklichen Vorfall [in Berlin] ziehen.“^{396} Es gehe darum, „dass wir §6b des Bundesdatenschutzgesetzes dahingehend ändern, dass in Zukunft in privaten Einrichtungen, beispielsweise in Einkaufszentren, aber auch in Versammlungs-, Vergnügungs- und Sportstätten, unter erleichterten Bedingungen Videoüberwachung stattfinden kann. [...]“^{397} Es geht auch um „eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden in Europa. Hier zeigt der Fall Amri – genauso wie unter einem Brennglas, dass nach wie vor erhebliche Defizite bestehen.“^{398}

Armin Schuster (CDU/CSU): „Ich bin optimistisch. Ich empfinde es als eine spürbare politische Annäherung beim Thema *innere Sicherheit*, wenn die Grünen [...] jetzt über Videoüberwachung sprechen, über die Möglichkeit, nach Afghanistan abzuschieben, über die Möglichkeit, die Überwachung von Gefährdern zu verbessern, die Abschiebehaft zu erweitern und die elektronische Fußfessel einzuführen.“^{399}

Kommentar: Da keine der erwünschten Maßnahmen die angebliche Straftat Amris am Breitscheidplatz verhindert hätte, werden diese Maßnahmen für andere, verschwiegene Zwecke heraufbeschworen.

(d) Naivität oder Ablenkung?

Dietmar Bartsch (Linksfraktion): „Wie kann es sein, dass Amri diesen feigen (sic) Anschlag durchführen konnte, obwohl er seit 2015 wöchentlich Thema deutscher Behörden war?“^{400}

Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen): „Ähnlich absurd ist das bei Ihrer Fußfesselregelung. Der Hersteller aus Israel selbst, Herr Leo Milstein, der diese Sachen gern an uns verkauft, sagt, er habe den Eindruck, dass die Deutschen nicht richtig verstanden hätten, wo man Fußfesseln anwenden kann. [...] Wie will man die islamistisch motivierte Person dazu motivieren, hier zu kooperieren? Sie hat doch ein gegenläufiges Interesse.“^{401}

Ulla Jelpke (Die Linke) „Warum wurde nie versucht, Amri aufgrund seiner zahlreichen Straftaten zu inhaftieren? Ist die Hand über ihn gehalten worden? Haben Geheimdienste ihn laufen lassen? Ist er Lockvogel gewesen?“^{402}

Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen): „Wie schaffen wir es zu verhindern, dass ein Gefährder Anschläge verwirklichen kann?“^{403}

Martina Renner (Die Linke): „Dass Anis Amri nicht gestoppt wurde, bevor er zwölf Menschen ermordete, lag nicht daran, dass über ihn nicht genügend Daten vorlagen oder dass er keine Fußfessel trug. Man ließ ihn gewähren, weil die Behörden sich einfach nicht vorstellen konnten, dass jemand, der Alkohol trinkt und die Gebete vernachlässigt, ein fanatischer Islamist sein könnte.“^{404}

Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen): „Wie konnte das mitten in Deutschland, mitten in Berlin, an diesem Platz geschehen? [...] Was ist falsch gemacht worden?“^{405}

Kommentar: Die Kritik an mutmaßlichen Versäumnissen und Pannen

der Sicherheitsdienste zu Amri zeugt von Blindheit oder Komplizenschaft, weil kein stichhaltiger Beweis vorliegt, dass Anis Amri etwas mit dem Berliner Ereignis zu tun hatte. Es ist schwer zu glauben, dass keiner der zitierten Bundestagsabgeordneten die zahlreichen Ungereimtheiten, Widersprüche und Absurditäten in der offiziellen Darstellung des Berliner Ereignisses wahrgenommen hatte. Jedoch forderte keiner von ihnen eine Aufklärung dieser Umstände.

(2) Behördlichen Maßnahmen

Schon kurz nach dem 11. September 2001 stellte die Bundesregierung drei Milliarden Mark für die „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ zur Verfügung. Am 30. November 2001 billigte der Bundesrat ein Gesetz „zur Finanzierung der Terrorbekämpfung“: Die Tabaksteuer wurde in zwei Schritten – zum 1. Januar 2002 sowie zum 1. Januar 2003 – um je einen Cent pro Zigarette angehoben. Bei den Schadens- und Unfallversicherungen wurde der allgemeine Versicherungssteuersatz von 15 auf 16 Prozent erhöht und für Feuerversicherungen von 10 auf 11 Prozent. Die Bundesbehörden verweigern seitdem jegliche Angaben über die Kosten der Bekämpfung der Fiktion.

Die wichtigsten Maßnahmen der Bundesbehörden zur sogenannten Terrorbekämpfung werden in den letzten Jahren in Brüssel bei der Europäischen Kommission abgehandelt und erreichen die Bundesregierung im Gewand verbindlicher Richtlinien. Das betrifft zurzeit eine Richtlinie, die am 15. März 2017 im Eilverfahren des europäischen Parlaments verabschiedet wurde und bis zum 8. September 2018 im deutschen Landesrecht umgesetzt werden muss.

Eine Bewertung dieser Richtlinie verrät das verdeckte und wahre Ziel der sogenannten Terrorismusbekämpfung: die schleichende Errichtung von polizeistaatlichen Strukturen in allen Mitgliedstaaten der Union, sprich die Errichtung einer neuen Form des Faschismus.

Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung

Die Richtlinie,^{406} deren Präambel 43 Absätze und deren operative Teil 31 Artikel beinhaltet, wird durch die Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung begründet. Gesetze in Übereinstimmung mit dieser Richtlinie sollen nun in allen Mitgliedstaaten der Union bis zum 8. September 2018 im Landesrecht umgesetzt werden.^{407}

Um das strategische Ziel der Richtlinie zu erkennen, kommt man nicht darum herum, zunächst die Rolle des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Bezug auf die „Terrorismusbekämpfung“ zu beleuchten.

Zur kurzen Erinnerung: Der Sicherheitsrat des VN besteht aus 15 Mitgliedern: fünf ständigen Mitgliedern (USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China) und zehn rotierenden Mitgliedern, die von der Generalversammlung der VN jeweils für zwei Jahre gewählt werden. Die Hauptaufgabe des Sicherheitsrats ist die Wahrung des Weltfriedens.^{408} Während sich die Aufgabe des Sicherheitsrats auf die Wahrung des Weltfriedens beschränkt, maßen sich seit 1990 die Mitglieder des Rates sogar an, als globale Gesetzgeber, Ermittler und Richter zu agieren, so z.B. mit der Resolution 2178 (2014), in welcher der Rat von den Mitgliedstaaten eine Gesetzgebung zur Bekämpfung des Terrorismus fordert. Als Begründung dafür erklärt der Rat von Zeit zu Zeit – und das ist kein Scherz – dass „Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt.“^{409} Dagegen gelten die Konflikte in Palästina, die Angriffskriege der USA gegen Panama, Irak, Afghanistan, Serbien, Libyen und die Einmischung der Türkei in Syrien beim Sicherheitsrat nicht als Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Wie der Sicherheitsrat Umstände oder Phänomene bezeichnet, beruht nicht auf einer sachlichen Einschätzung der Bedrohung,

sondern auf den jeweiligen Interessen der Mitgliedstaaten, eine Bedrohung zu erfinden. Wir haben es hier also mit einer vollkommen undemokratischen Instanz zu tun, die ihre Beschlüsse nicht begründen muss und deren Befehle von allen Staaten ausgeführt werden müssen, kurz um eine Art Weltdiktatur.

Die Spuren der Bezeichnung des Terrorismus als eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens finden wir in der Präambel der EU-Richtlinie wieder.

Diese Richtlinie ist übrigens ein wesentlicher Teil der sogenannten *Sicherheitsagenda* der EU vom 28. April 2015 zur Errichtung einer *Sicherheitsunion*. Diese wurde aus Anlass der „Anschläge“ auf Charlie-Hebdo in Paris vorgestellt. Schwerpunktthemen der Agenda sind „Terrorismus, organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität als miteinander verknüpfte Bereiche mit einer ausgeprägten grenzübergreifenden Dimension“.^{410} Die 26-Seiten lange Mitteilung der europäischen Kommission über die Sicherheitsagenda beinhaltet, außer allgemeinen Behauptungen, keine Hinweise auf konkrete Daten über das tatsächliche Ausmaß der „grenzübergreifenden Bedrohungen“, die eine gesamteuropäische Sicherheitsagenda berechtigen würden. Später stellte sich heraus, dass die Idee einer Sicherheitsunion ausschließlich auf der Wahrnehmung einer Terrorbedrohung beruht.^{411} Am Tag nach dem „Terroranschlag“ auf dem Flughafen von Brüssel (22. März 2016), sagte Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Justiz, Inneres und Migration: „Wenn jetzt nicht die Zeit für eine bessere europäische Zusammenarbeit ist, dann weiß ich nicht, wann sonst.“^{412} Solche Ereignisse werden immer wieder als Anlass herangezogen, um eine Strategie zu fördern, die die USA in den 1990-er Jahren auf die Beine stellten, nämlich das Feindbild des islamistischen Terrorismus aufzubauen und zu pflegen.

Bürgerrechtler, liberale und linke Politiker haben *einzelne* Bestimmungen der besagten Richtlinie kritisiert und vor den möglichen Folgen von *bestimmten* Maßnahmen gewarnt.^{413} Die

Grundannahme der Richtlinie hinterfragen sie jedoch nicht, nämlich die Notwendigkeit der Verfolgung und Bestrafung von terroristischen Handlungen.

Cornelia Ernst, netzpolitische Sprecherin der Delegation DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss des Europäischen Parlaments, wies auf die Radikalität der Richtlinie hin: „Der Text schreibt Gesinnungsstraftaten fest, und damit verlassen wir den Bereich des anerkannten Strafrechts. [...] Diese Richtlinie ist ein weiteres Puzzleteil auf dem Weg in Richtung eines Präventionsstaates, der die eigentliche Handlung nicht mehr voraussetzt, um eine Strafe auszusprechen.“^{414} Aber auch sie stellte nicht die Zielsetzung der Richtlinie in Frage. Sie schrieb: „Wir als Linksfraktion werden uns weiterhin für eine Terrorismusbekämpfung einsetzen, die verhältnismäßig, rechtmäßig und vor allem sinnvoll ist.“

Alexander Sander vom Verein Digitale Gesellschaft kritisierte die Richtlinie, weil sie „konkrete Risiken für kreative digitale Protestformen sowie für die Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz“ darstelle. Julia Reda (Grüne/EFA) wendet sich insbesondere „gegen jegliche Bestrebungen, zivilen Ungehorsam als Terrorismus zu klassifizieren. Jede Definition von Terrorismus, die über Gewalt gegen Menschen hinausgeht, ist daher zu weit gefasst“, sagte sie in einer Stellungnahme. Sie kritisierte auch scharf die Kriminalisierung des Reisens zu terroristischen Zwecken, weil ein solcher Straftatbestand „zu rassistisch motivierten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit“ genutzt werden kann. Dies sei „leider fast vorprogrammiert“.^{415} Cornelia Ernst wies darauf hin, dass „wenn einem irgendeine Terrorabsicht unterstellt wird, die sich allerdings an nichts Konkretem nachweisen lassen muss, steht man mit einem Bein im Gefängnis.“ Der Jurist Volker Tripp warnte: „Die sanktionierten Tatbestände ergeben sich dadurch, dass diese Aktivitäten und Absichten frei, quasi modular, kombiniert werden. Deshalb ist es kaum vorhersehbar, welches konkrete Handeln und welche konkreten Umstände als ‚Terrorismus‘ im Sinne der Richtlinie angesehen werden können.“ Auch Amnesty International und

Human Rights Watch warnten vor der möglichen Kriminalisierung öffentlicher Proteste.^{416}

Anscheinend ist keinem Mitglied des Europäischen Parlaments aufgefallen, dass die Richtlinie in ihrer Ganzheit ein Betrug ist.

Schon der zweite Absatz der Präambel, mit dem die Richtlinie hauptsächlich begründet wird, verrät den Betrug. Laut diesem Absatz zählen

„terroristische Handlungen [...] zu den schwersten Verstößen gegen die universellen Werte der Menschenwürde, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität sowie der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, auf die sich die Union gründet. Sie stellen zudem einen der schwersten Angriffe auf die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit dar, die allen Mitgliedstaaten gemein sind und die der Union zugrunde liegen.“

Mit dieser Formulierung werden die angeblichen Ereignisse am Breitscheidplatz in Berlin „zu den schwersten Verstößen gegen die universellen Werte der Menschenwürde, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität“ stilisiert, im Sinne des Holocausts, des zweiten Weltkrieges, des atomaren Angriffs auf Hiroshima und Nagasaki, der Bombardierung von Dresden und Hamburg, des Vietnamkrieges, der Zerstörung des Iraks und Libyens. Die Übertreibung ist unzumutbar. Damit werden wahre Verbrechen gegen die Menschlichkeit verharmlost, was in Deutschland sogar unter Strafe steht.^{417} .

Der bombastische Absatz beinhaltet zwei zusätzliche Absurditäten, darunter die Behauptung, dass terroristische Handlungen – im Sinne der Richtlinie – gegen die „Grundfreiheiten“ verstoßen (können) und dass solche terroristischen Handlungen „die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit“ angreifen. Welche Grundfreiheiten bedrohen Terroranschläge? Bewegungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Handelsfreiheit, Religionsfreiheit?

Und was bedeuten Angriffe auf die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit? Was sind überhaupt diese Grundsätze? Und wie kann ein Angriff auf einige Menschen – so verwerflich er auch ist – Begriffe wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angreifen? Demokratie und Rechtsstaatlichkeit können nur und werden ständig von den Machthabern selbst angegriffen. Da diese Präambel von kompetenten Juristen verfasst wurde, sollte man sie nicht als hingeworfene Leerfloskel abtun, sondern zu einer vorsätzlichen Täuschung erklären.

Der Begriff Terrorismus und seine vielfältigen Varianten^{418} erscheint 193-mal in der Richtlinie. Alle Varianten werden aus der einzigen begrifflichen Bestimmung – „terroristische Straftaten“ abgeleitet, die sich im Artikel 3(1) der Richtlinie befindet. Terroristische Straftaten bestehen laut diesem Artikel aus Straftaten, „die durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen können“, wenn sie aufgrund eines von drei gerügten Zielen begangen werden (die Ziele sind in Artikel 3(2) angeführt). Die im Artikel 3(1) angeführten Straftaten sind:

- Angriffe auf das Leben einer Person, die zum Tode führen können;
- Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit einer Person;
- Entführung oder Geiselnahme;
- schwerwiegende Zerstörungen an einer Regierungseinrichtung oder einer öffentlichen Einrichtung, einem Verkehrsmittel, einer Infrastruktur einschließlich eines Informatiksystems, an einer festen Plattform, die sich auf dem Festlandsockel befindet, einem allgemein zugänglichen Ort oder einem Privateigentum, die Menschenleben gefährden oder zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen können;
- Kapern von Luft- und Wasserfahrzeugen oder von anderen

öffentlichen Verkehrsmitteln oder Gütertransportmitteln;

- Herstellung, Besitz, Erwerb, Beförderung, Bereitstellung oder Verwendung von Sprengstoffen oder Waffen, einschließlich chemischen, biologischen, radiologischen oder atomaren Waffen sowie die Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit chemischen, biologischen, radiologischen oder atomaren Waffen;
- Freisetzung gefährlicher Stoffe oder Herbeiführen von Bränden, Überschwemmungen oder Explosionen, wenn dadurch das Leben von Menschen gefährdet wird;
- Störung oder Unterbrechung der Versorgung mit Wasser, Strom oder anderen lebenswichtigen natürlichen Ressourcen, wenn dadurch das Leben von Menschen gefährdet wird;
- vorsätzliche und unbefugte schwere Behinderung oder Störung des Betriebs eines Informationssystems durch Eingeben von Computerdaten, durch Übermitteln, Beschädigen, Löschen, Beeinträchtigen, Verändern und Unterdrücken von Computerdaten und durch Unzugänglichmachen von Computerdaten.

Alle diese Taten stehen längst unter Strafe. Dafür braucht es keine neue Richtlinie. Diese im Artikel 3(1) angeführten Straftaten werden laut Artikel 3(2) zu einer „terroristischen Straftat“ *umgemünzt*, wenn der Täter eines der folgenden Ziele verfolgt:

- die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern;
- öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen;
- die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören.

Im herkömmlichen Recht ist das Ziel einer Straftat für die Strafverfolgung unerheblich. Ob jemand eine Person tötet, um sie zu berauben, einen Konkurrenten wegzudrängen oder seine Ehre zu retten, spielt für die Feststellung seiner Schuld keine Rolle. Mit der vorliegenden Richtlinie wird das seit Jahrhunderten bestehende Strafrecht grundsätzlich geändert. Nun soll die Zielsetzung einer Tat (die mutmaßliche Gesinnung des Verdächtigen) zum Teil des Straftatbestandes werden, zunächst in Tateinheit mit einer beschränkten Liste von Handlungen, die je nach Bedarf erweitert werden kann. Man spricht daher vom Gesinnungsstrafrecht.

Der Begriff Gesinnungsstrafrecht bezeichnet eine Strafgesetzgebung und Rechtsprechung, die die Schuld eines Verdächtigen weniger am äußeren Tathergang als an der erahnten Motivation des Täters festmacht. Gesinnungsstrafrecht kennzeichnete das Recht der katholischen Inquisition wie des Dritten Reichs. Das deutsche Recht schleicht in diese Richtung.

Die in der Richtlinie angeführten Ziele (a) und (c), die eine herkömmliche Straftat in eine „terroristische Straftat“ ummünzen, können aber nicht durch die Ausübung der angeführten Straftaten erreicht werden:

- Keine der auf der Liste angeführten Straftaten ist in der Lage, „die Bevölkerung [eines Staates] auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern“. Verbrecher bestimmen nicht die Berichterstattung über ihre Tat und können „die Bevölkerung“ daher nicht einschüchtern. Das können nur Chefredakteure, wenn sie es wollen.
- Keine der auf der Liste angeführten Straftaten ist in der Lage, „die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören“. Für solche weit reichenden Folgen bedarf es eines Volksaufstands, eines militärischen Angriffs auf das Land oder eines

Staatsstreichs.

Keiner der mutmaßlichen Täter der Terroranschläge der letzten Jahre hat sich nachweislich für eines der drei angeführten Ziele eingesetzt. Dagegen bemühen sich anti-kapitalistische Organisationen ganz öffentlich, die „politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Grundstrukturen [der betreffenden Staaten] ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören“, aber das tun sie nicht durch Gewalttaten. Nur sie sind eine potentielle und ernsthafte Gefahr für die kapitalistische Ordnung, die die Politik der Europäischen Union bewahren will. Mit dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung – die Bekämpfung einer eigentlichen Fiktion – wird eine administrative, polizeiliche und juristische Infrastruktur zur Bekämpfung und Unterdrückung der anti-kapitalistischen Bewegung aufgebaut.

Zwei radikale Erweiterungen des Strafrechts werden zusätzlich durch die Richtlinie eingeführt: der Begriff „Terroristische Vereinigung“ und Straftaten, die „in Zusammenhang“ mit terroristischen Aktivitäten stehen. Der Begriff „terroristische Vereinigung“ bezeichnet einen „auf längere Dauer angelegten organisierten Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, die zusammenwirken, um terroristische Straftaten zu begehen“. Schon die Vorstellung, dass sich Personen „auf längere Dauer“ zusammenschließen würden, „um terroristische Straftaten zu begehen“, ist seltsam. Keine mir bekannte Organisation wurde zu diesem Zweck gegründet. Da aber nicht Gerichte, sondern die politische Exekutive bestimmt, ob eine Organisation eine „terroristische Vereinigung“ darstellt, muss diese Feststellung nicht faktisch begründet werden. Mit der Richtlinie werden Gerichte aufgerufen, solche Willkürfeststellungen der Exekutive als Maßstab für die strafrechtliche Verfolgung von Personen zu nehmen, die mit der Organisation in Beziehung stehen. Mit diesem Begriff wird die Strafjustiz der Politik untergeordnet. Damit wird die verfassungsmäßige Gewaltenteilung der Staatsmacht erheblich aufgehoben.

Die zweite Novelle sind Anlassstrafatbestände, darunter:

- Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat;
- Anwerbung für terroristische Zwecke;
- Durchführung einer Ausbildung für terroristische Zwecke;
- Absolvieren einer Ausbildung für terroristische Zwecke;
- Reisen für terroristische Zwecke;
- Organisieren oder sonstige Erleichterung von Reisen für terroristische Zwecke;
- Terrorismusfinanzierung;
- Diebstahl oder Erpressung, um terroristische Taten zu finanzieren.

Auf den ersten Blick würde kaum jemand solche Straftatbestände als problematisch ansehen. Erinnert sei jedoch, dass solche Handlungen bereits unter Strafe stehen. Die existierenden Straftatbestände der Anstiftung (§ 26 StGB), der Beihilfe (§ 27 StGB), des Diebstahls (§ 242 StGB), der Erpressung (§ 253 StGB), der Bildung bewaffneter Gruppen (§ 127 StGB) und des Anwerbens für einen fremden Wehrdienst (§ 109h StGB) dürften zur Strafverfolgung jeder Person genügen. Was ist also der Grund für diese neuen Straftatbestände?

Hier wird das Gesinnungsstrafrecht durch die *Vorverlagerung* der Strafbarkeit eingeführt.^{419} So soll z.B. bereits die Reise oder der bloße Versuch einer Reise einer Person etwa nach Syrien oder in den Irak unter Strafe gestellt werden, wenn Ermittler *vermuten*, dass der Reisende in Syrien terroristische Taten in der Zukunft begehen wird oder kann. Schon bisher war strafbar, wer sich im Ausland ausbilden lässt, *um eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorzubereiten*. Handlungen, die als solche völlig legal sind, werden durch die Unterstellung einer kriminellen Gesinnung der Verdächtigen plötzlich strafbar.

Die in der Richtlinie beinhalteten gesetzlichen Bestimmungen sollen zunächst mit dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung in das nationale Recht der Mitgliedstaaten eingeschleust werden. Damit wird die juristische Architektur zur zukünftigen Verfolgung von antikapitalistischen Organisationen gelegt. Dafür müssten nur einzelne Bestimmungen geändert werden. Mit dem Begriff

„Gefährder“ statt „Terrorist“ könnte der Gesetzgeber leicht alle Personen umfassen, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung abschaffen wollen, denn sie „gefährden“ diese Ordnung. Durch die Erweiterung der Straftatbestände könnten mit einem bloßen Federstrich friedliche Handlungen, wie Demonstrationen, Gründung von Vereinen, Veröffentlichungen von Büchern und Flyern sowie Streikaktionen als eine Gefährdung der „politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen des Landes“ kriminalisiert werden.

Zur Vereitelung der Versuche, einen Polizeistaat zu errichten, dient in erster Linie die Entblößung der Lüge, dass Deutschland durch „internationalen Terrorismus“ gefährdet sei.

Kapitel 9: Feststellungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen

(1) Kriminalistische Feststellungen

Ein Jahr nach dem Berliner Ereignis steht Folgendes fest:

1. Die Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages zeigen kein Interesse an der Aufklärung des Berliner Ereignisses;
9. Die Angehörigen der Todesopfer zeigen kein Interesse an der Aufklärung der Tatumstände;
10. Die Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestags zeigen kein Interesse an der Aufklärung der Todesumstände des mutmaßlichen Täters;
11. Die Ermittlungsbehörden haben keine Beweise für die Tötung von 12 Personen am Breitscheidplatz vorgelegt;
12. Kein Zeuge hat die Anwesenheit von zehn der 12 Todesopfer am Breitscheidplatz zur Zeit des Ereignisses bestätigt; für die Anwesenheit der zwei übrigen Todesopfer am Tatort gibt es unverlässliche Aussagen von zwei Personen;
13. Zu den Todesumständen des Lkw-Fahrers Łukasz Urban (wann, wo, wie, wer) haben die Ermittlungsbehörden widersprüchliche Angaben gemacht;
14. Die Ermittlungsbehörden haben keine Beweise für die Verletzung von mehr als 50 Personen am Breitscheidplatz vorgelegt;
15. Keiner der Budenbetreiber vom Weihnachtsmarkt kam zu Schaden;
16. Die Ermittlungsbehörden haben nicht die genaue Zeit des Ereignisses festgelegt;

17. Zur Frage, aus welcher Richtung der Lkw zum Weihnachtsmarkt kam, haben die Ermittlungsbehörden widersprüchliche Angaben gemacht;
18. Zur Frage, mit welcher Geschwindigkeit der Lkw durch den Weihnachtsmarkt gefahren ist, haben die Ermittlungsbehörden widersprüchliche Angaben gemacht;
19. Zur Rolle eines gelben Busses, der gleichzeitig mit dem Lkw auf dem Breitscheidplatz angekommen und abgefahren ist, schweigen die Ermittlungsbehörden;
20. Zum Zeitpunkt der Funde von Gegenständen im Fahrerhaus des Lkw, die Anis Amri zugeschrieben wurden, haben die Ermittlungsbehörden widersprüchliche Angaben gemacht;
21. Die Mehrheit der Zeugenaussagen, die in deutschen und ausländischen Medien über die Tatumstände veröffentlicht wurden, ist lückenhaft, ungenau, tendenziell oder verlogen.

Dieses Buch ist kein Krimi, wo Hercule Poirot am Ende den Bösewicht aufspürt, sondern befasst sich mit der Realität. In der Realität stehen sich zwei völlig ungleiche Akteure gegenüber und versuchen mit ihren Mitteln die Öffentlichkeit anzusprechen: Einerseits der Staat mit allen seinen Institutionen, finanziellen Mitteln und eine willige Medienlandschaft und andererseits eine Handvoll einzelner Bürger, die sich um die Aufklärung bemühen. Die Erwartung, dass die Bürger in einer so asymmetrischen Auseinandersetzung zu einer vollständigen Aufklärung einer komplexen Staatsoperation gelangen können, ist nicht nur unrealistisch, sondern auch verantwortungslos. Doch schon die erheblichen Indizien einer Staatsoperation, wie sie hier angeführt sind, sollten verantwortungsbewusste Bürger zum Handeln animieren.

Verdeckte Operationen des Staates bleiben in der Regel unter mehreren Täuschungsschichten verborgen und fliegen selten auf. Wenn staatliche Instanzen täuschen, lügen, verheimlichen, Zeugen einschüchtern oder liquidieren und ein Verbrechen nicht aufklären wollen, ist der Bürger berechtigt, über staatliche Vergehen

eindeutige Schlüsse zu ziehen. Wenn der Staat seiner Pflicht nicht nachkommt, einen Massenmord gründlich aufzuklären, steht er zumindest unter Verdacht der Verdunkelung eines Verbrechens. Dieser Verdacht haftet an allen Personen, die eine Aufklärung des Verbrechens verhindern, dieser Verdacht verjährt nicht.

-

(2) Politische Schlussfolgerungen

Wenn die Bevölkerung außer Kontrolle gerät und die Propaganda wirkungslos bleibt, wird der Staat in den Untergrund verdeckter Operationen und geheimer Kriege gezwungen (Chomsky).^{420}

2. Die Ausführung einer Operation am Breitscheidplatz hatte zum Ziel, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung zu überzeugen;
22. Die Operation am Breitscheidplatz war Bestandteil einer langfristigen Strategie, das Feindbild des islamistischen Terrorismus zu pflegen; diese Strategie wird von transatlantischen Netzwerken und von allen NATO-Staaten verfolgt;
23. Die öffentliche Wahrnehmung dieses Feindbildes dient dem Aufbau eines Überwachungsstaats, zur Militarisierung der Gesellschaft und zur Förderung der Sicherheitsindustrie;
24. Wegen der Teilnahme der Bundesbehörden an einer massiven Verdunkelung der Straftat, kann die Öffentlichkeit sich nicht auf eine staatliche Ermittlung des Ereignisses verlassen;
25. Wenn Staatsdiener eine Person als Mörder beschuldigen, agieren sie in unseren Namen. Als Auftraggeber besitzen wir, die Öffentlichkeit, daher das Recht, belastende und entlastende Beweise zur Tat zu verifizieren. Unsere Beauftragten, die zwar keine Perücken mehr, dafür aber lange Titel tragen, maßen sich an, als Hausherrn uns den Zugang zu Beweismaterialien vorzuenthalten. Das werden sie so lange tun, bis wir unsere Rechte einfordern.
26. Die Einbeziehung der Feuerwehr, der zivilen Rettungsdienste

und des medizinischen Personals in eine polizeiliche bzw. geheimdienstliche Täuschungsoperation erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung in diese Institutionen. Damit ist die öffentliche Sicherheit gefährdet.

(3) Empfehlungen

Gustave Le Bon schrieb vor mehr als 100 Jahren: „Nie haben die Massen nach Wahrheit gedürstet. Von den Tatsachen, die ihnen missfallen, wenden sie sich ab und ziehen es vor, den Irrtum zu vergöttern, wenn er sie zu verführen vermag. Wer sie zu täuschen versteht, wird leicht ihr Herr.“^{421} Trifft Le Bons Beschreibung auf die Angehörigen, Amtsträger, Zeugen, Abgeordneten und Journalisten zu, die sich über das Berliner Ereignis täuschen ließen und die Wahrheit nicht wissen wollen? Trifft seine Beschreibung auf das Verhältnis zwischen Bundesbehörden und den Massen zu? Werden sich Leser dieses Buches nun von unangenehmen Tatsachen abwenden und weiter Fiktionen nachlaufen?

Leser, die die Verdunkelung des Berliner Ereignisses nicht hinnehmen wollen, wären gut beraten, die Initiative zu ergreifen, um die öffentliche Sicherheit und die Rechtsordnung vor Angriffen des Staates zu schützen.

Eine vom Staat unabhängige Wahrheitskommission im Sinne des Russell-Tribunals zur Klärung des Berliner Ereignisses sollte eingerichtet werden. Die Kommission soll befugt werden, alle für die Untersuchung notwendigen Informationen anzufordern, darunter Informationen zur Feststellung der Todesumstände der Opfer, zur Dokumentation der polizeilichen Handlungen und Unterlassungen und zum Ablauf der staatlichen Ermittlung. Sie soll befugt werden, Zeugen zu befragen. Ihre Sitzungen sollen öffentlich sein. Sie soll ihre Befunde in einem Schlussbericht zusammenfassen.

Die Mitglieder der Kommission sollten nach ihrer anerkannten

Aufrichtigkeit, Unparteilichkeit, Kompetenz und Unabhängigkeit ausgewählt werden.

Ich appelliere an die Leser, die zur Aufrechterhaltung des Rechtsstaates, zur Stärkung der demokratischen Ordnung, zur Gerechtigkeit und zum Frieden beitragen wollen, sich dieser Forderung anzuschließen.^{422}

Liste der Audio- und Videodateien zu diesem Buch

Die Dateien befinden sich auf www.aldeilis.net/berlin/namen-der-Datei Die vorliegende Liste befindet sich auch auf www.aldeilis.net/berlin/dateien.html

<u>Namen der Datei</u>	<u>Kurze Beschreibung</u>
audio01.mp4	Interview von <u>Immanuel Zadig Onnasch</u>
audio02.mp4	Interview von <u>Shandana Durrani</u>
audio03.m4a	Interview von <u>Trisha O'Neill</u>
audio04.mp3	Interview von <u>Daniela Siebert</u> (<u>Antiterror-Übung</u>)
video01.mov	Erste Minuten des 2-stündigen RT-Videos
video02.mov	„ <u>Arabischer</u> “ Video
video03.mov	Interview von <u>Ibrahim Colak</u>
video04.mov	<u>Dashcam</u>
video05.mov	Interview von <u>Giuseppe La Grassa</u> , <u>Deutsche Welle</u>
video06.mov	Anis Amri " <u>Bekennervideo</u> "
video07.mp4	Interview von <u>Yana Zheliznyk</u>
video08.mp4	Interview mit <u>Rami Elyakim (Walla)</u>
video09.mov	<u>Die Welt/N24</u> , <u>Diagramm der Fahrt</u>
video10.mov	<u>ZDF</u> , <u>Diagramm der Fahrt</u>
video11.mov	Abtransport des gelben Busses
video12.mov	Interview von <u>Emma Rushton</u> , <u>CNN</u>
video13.mov	Interview von <u>Lana Sehovic</u>
video14.mp4	Interview von <u>Mike Fox</u> (<u>Huff Post</u>)
video17.mov	Interview von <u>Irati Etxeza</u>
video19.mov	Interview von <u>Jan Hollitzer</u>
video21.mov	Interview von <u>Andreas Schwartz</u> , <u>Sat1</u>
video22.mov	Interview von <u>Lucas Vandenberg</u>
video23.mov	Interview von <u>Wael Adnan</u>
video24.mov	RT video (<u>vollständige Aufzeichnung</u> , <u>2 Stunden</u>)
video25.mov	Interview von <u>Alexander Heinrich</u>
video26.mov	Interview von <u>Andreas Schwartz</u> (<u>Sat1</u>)
video27.mov	Interview von <u>Andreas Schwartz</u> (<u>BZ</u>)
video28.mov	Interview von <u>Andreas Schwartz</u> (<u>DW</u>)

Tatsächlich behaupteten Untergeordnete, dass das Passagierflugzeug UA93 von der Erde geschluckt wurde. Siehe Tom Gibb, Coroner's quiet unflappability helps him take charge of Somerset tragedy, *Post-Gazette*, 15.10.2001, #1105; FBI finished with Pennsylvania crash site probe, *CNN*, 24.9.2001, #753; Shanksville, Pennsylvania, on 9/11: The Mysterious Plane Crash Site Without a Plane, *Shoestring*, 19.2.2013, #878.

Von mehr als 1100 Menschen, die sich im und am World Trade Center befanden und starben, wurde nicht mal ein Fingernagel oder ein Knöchel gefunden. Sie wurden – wie auch selbst die Gebäude – in feinen Staub verwandelt. Das kann man auf Videoaufzeichnungen sehen. Für diese Transformation von Menschen in feinen Staub haben die US-Behörden keine Erklärung gegeben. Siehe u.a. Anemona Hartocollis, Connecting with lost loved ones, if only by the tips of fingers, *The New York Times*, 11.9.2011, #616; und Michael Gartland, New DNA technique could provide hope of identifying remains of more 9/11 victims, *New York Post*, 30.9.2012, #2411

Niemand hat die angeblichen Todespiloten in den Flughäfen, beim Ansteigen in die Flugzeuge, bei ihrer Kaperung des Cockpits oder, als Leichen, am Absturzort gesehen. Laut PC (Politically Correct) besitzen nur fromme Muslime die Fähigkeiten, sich unsichtbar zu machen.

Gustave Le Bon, *Psychologie der Massen*, Nikol Verlag (2009), basiert auf dem Text der Ausgabe von 1911, S. 68

Daniele Ganser, *NATO-Geheimarmeen in Europa: Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung*, Orelli Fuesli, 3. Ausgabe, 2009

Um die Ergebnisse meiner Forschung nicht vorauszubestimmen, benutze ich nicht den Begriff Anschlag, sondern das neutrale Wort Ereignis.

Anschlag in Berlin: 12 Tote und viele Verletzte auf Weihnachtsmarkt, *Berliner Zeitung*, 19.12.2016, B465

Search Quality Rating, General Guidelines, Google Corporation, 27.7.2017, B541.

Siehe: www.aldeilis.net/berlin/video19.mov.

Siehe: www.aldeilis.net/berlin/video02.mov.

Siehe: www.aldeilis.net/berlin/video24.mov.

Berlin attack: Police uncertain detained suspect drove lorry, *BBC*, 19.12.2016, B069.

Berlin attack: Police say lorry crash 'probably terror attack', *Agency Tunis Afrique Press*, 20.12.2016; Migrant' held after Berlin lorry attack kills 12, *Bangladesh Business News*, 20.12.2016; Berlin: Lorry ploughs into Christmas market, kills 12, *India TV*, 20.12.2016; Berlin Breitscheidplatz: Lorry kills 12 at Christmas market, *Yerepouni Daily News* (Armenia), 20.12.2016; *Tempo Stretto* (Italien) sprach von 20:15 Uhr; *Kristeligt Dagblad* (Denmark), 20.12.2016.

Mohamed Amjahid und Marc Brost, Ende der Besinnlichkeit, *Die Zeit*, 20.12.2016, B531.

Martin Klesmann u. Anja Reich, Breitscheidplatz: Entsetzen, Trauer, Verzweiflung nach der Tragödie, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B034.

Berlin lorry attack: What we know, *BBC*, 24.12.2016, B307.

Kritsanarat Khunkham, Flucht nach Anschlag: Mutiger Zeuge führte Polizei zum Tatverdächtigen, *Die Welt*, 20.12.2016, B064.

Polizei: Lastwagen vorsätzlich in Weihnachtsmarkt gesteuert, *FAZ*, 19.12.2016, B369.

100 Tage danach: Als der Terror nach Berlin kam, *Berliner Morgenpost*, 26.3.2017, B404.
Im Beitrag steht aber auch, dass die ersten Meldungen des Vorfalls um 20.02 Uhr "bei der Berliner Polizei" eingingen.

Hannes Schrader, Gibt es einen Sonderplan für Terror? *Die Zeit*, 20.12.2016, B131.

Stefan Jacobs, Der härteste Einsatz seit Jahrzehnten, *Tagesspiegel*, 21.12.2016, B130.

So verlief die Todesfahrt auf dem Berliner Weihnachtsmarkt, *Die Welt*, 20.12.2016, B368.
<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/videos/gba-100.html>.

Bernhard Fleischmann, Wie ein Oberpfälzer das Attentat erlebte, *Mittelbayerische*, 22.12.2016, B304.

Axel Spilcker, Polizei verliert sich nach dem Terror im Chaos, *Frankfurter Rundschau*, 16.9.2017, B457.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Scania R450 Specifications (downloaded 25.9.2017), B521.

Scania R450 Technische Daten, B146.

Ebd.

Stefan Mayr, Lkw-Bremssystem mit Schwachstellen, *Süddeutsche Zeitung*, 29.12.2016, B522.

Erklärung vom 29. Dezember 2016 zum Stand der Ermittlungen, Generalbundesanwaltschaft, 29.12.2016 (77/2016), B403.

Warum stoppte der Lastwagen? *Berliner Morgenpost*, 30.12.2016, B159.

Thomas Oberfranz, Kann Technik Terror-Lkw stoppen? *FAZ*, 7.9.2017, B445.

John Markoff, Researchers Show How a Car's Electronics Can Be Taken Over Remotely,

The New York Times, 9.3.2011, B714

Ed Wight, Alan Hall, James Dunn and Anthony Joseph, Polish lorry driver who fought for his life as fanatic shot him dead then hijacked truck in Berlin massacre, *Mail Online*, 21.12.2016, B155.

Berlin: Lkw rast in Weihnachtsmarkt – Neun Tote – Verdächtiger wird vernommen, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B022.

Siehe: www.aldeilis.net/berlin/video10.mp4.

Siehe: www.aldeilis.net/berlin/video09.mov.

Hannes Heine, Frank Jansen und Jörn Hasselmann, Jagd auf Anis Amri - wie die Ermittler vorgehen, *Der Tagesspiegel*, 21.12.2016, B225 (Danke an Woodybox für diese Entdeckung).

Martin Robinson and Allan Hall, Europe's most wanted man is injured, *Mail Online*, 21.12.2016, B424.

Josef Hufelschulte, Anis Amri schickte noch Nachrichten und Fotos an islamistische Freunde, *FOCUS*, 28.12.2016, B375.

Siehe www.aldeilis.net/berlin/video04.mov.

Erklärung vom 4. Januar 2017 zum Stand der Ermittlungen wegen des Anschlags vom 19. Dezember 2016 auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin, Generalbundesanwaltschaft, B322.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

David Böcking et al, Unfassbare Stille, *Spiegel Online*, 20.12.2016, B201.

Video zeigt Moment der Todesfahrt am Breitscheidplatz, *Berliner Morgenpost*, 23.12.2016, B366.

Juliane Weiss und Fabian Matzerath, Der Moment des Anschlags, *Bild*, 22.12.2016, B367.

BERLIN TERROR ATTACK: Angela Merkel was WARNED of Christmas massacre just WEEKS ago, *Express (UK)*, 20.12.2016 , B074.

We saw a child under the truck' *Mail Online*, 20.12.2016 , B053.

Lana from Mostar witness of the attack in Berlin, *Telegraf (RS)*, 20.12.2016, B105.

Mohamed Amjahid et al, Ein Anschlag ist zu erwarten, *Zeit Online*, 5.4.2017, B295.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

<https://www.youtube.com/watch?v=HTgLBDQzJYI&list=PL2ZJDbpJHY5XZkR66YWkd-X9bUESpSVcf&index=13>.

5-minütiger Ausschnitt aus dem Video von RT vom 20.12.2016 aus dem Breitscheidplatz: www.aldeilis.net/berlin/video11.mov.

Thomas Fülling, So rüsten BVG und S-Bahn bei der Videoüberwachung auf, *Berliner Morgenpost*, 7.9.2013, B584.

Klaus Kurpjuweit, BVG rüstet weitere U-Bahnhöfe mit moderner Kameratechnik aus, *Der Tagesspiegel*, 22.12.2016, B583.

Bundestag, 216. Sitzung, 27.1.2017, B609.

Martina Rathke, Letztes Lebenszeichen Handy-Foto, *dpa*, 21.12.2016, B683.

Kritsanarat Khunkham, Flucht nach Anschlag: Mutiger Zeuge führte Polizei zum Tatverdächtigen, *Die Welt*, 20.12.2016, B064.

Bericht über die aktuelle Sicherheitslage in Berlin, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 23.12.2016, B470.

Kate Connolly, Man wrongly arrested over Berlin attack says he fears for his life, *The Guardian*, 29.12.2016, B160.

Irfan Aftab, „Ich wollte meine U-Bahn erwischen“, *Welt am Sonntag*, 23.12.2016, B478.

Wolfgang Bauer, Schläge nach dem Terror, *Die Zeit*, 2.2.2017, B475.

André Görke et al, Was man bisher über den Verdächtigen weiß, *Der Tagesspiegel*, 20.12.2016, B069.

Dienstag Chronologie IS bekennt sich zu Anschlag am Breitscheidplatz, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B476.

Kate Connolly, supra, B160.

Wolfgang Bauer, Schläge nach dem Terror, *Die Zeit*, 2.2.2017, B475.

Kate Connolly, supra, B160.

Polizei weist Vorwürfe von Naveed B. zurück, *Zeit Online*, 30.12.2016, B477.

Ibid.

Sonderermittler: Amri-Akte war wohl gefälscht, *Stuttgarter Nachrichten*, 3.7.2017, B374.

Keine Zeugen: Italien bestätigt Tod des Berliner Tatverdächtigen, *DWN*, 23.12.2016, B008.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Florian Flade, IS-Kontakt, Mordwaffe, Fahndungspannen - Die Rätsel im Fall Amri, *Die Welt*, 20.6.2017, B393.

Martin Ferber, Der Mann, der den Terror nach Berlin gebracht haben soll, *Augsburger Allgemeine*, 21.12.2016, B471.

Regina Kerner, Verdächtiger Italienische Behörden hielten Anis Amri für äußerst gewalttätig, *Berliner Zeitung*, 22.12.2016, B715

Verdächtiger Tunesier wurde als Asylbewerber abgelehnt, *FAZ*, 21.12.2016, B083.

Das BKA fahndet nach dem Tunesier Anis Amri, *T-Online*, 21.12.2016, B082.

Was wir über den Anschlag und Anis Amri wissen, *Berliner Morgenpost*, 4.1.2017, B213.

Marie von der Tann, Florian Flade und Michael Behrendt, „Ich schlage dir den Kopf ab“, droht er dem Mithäftling, *Die Welt*, 22.12.2016, B372.

Achim Wendler, Birgit Gamböck und Ernst Eisenbichler, Öffentliche Fahndung nach verdächtigem Tunesier, *BR*, 21.12.2016, B536.

Axel Spilcker, Polizei verliert sich nach dem Terror im Chaos, *Frankfurter Rundschau*, 16.9.2017, B457.

Andrea Nahles verspricht Anschlagopfern Anspruch auf Entschädigung, *Spiegel Online*, 23.12.2016, B093.

Georg Mascolo, Die letzten Tage im Leben des Anis Amri, *Süddeutsche Zeitung*, 1.6.2017, B392.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Sechs Opfer identifiziert - Polizei zweifelt an Täterschaft, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B062.

Mathias Dillion, How German police bungled the hunt for Berlin Christmas market killer, *Capital Bay*, 21.12.2016, B188; auch Marie von der Tann, Florian Flade und Michael Behrendt, „Ich schlage dir den Kopf ab“, droht er dem Mithäftling, *Die Welt*, 22.12.2016, B372.

Martin Klesmann u. Anja Reich, Breitscheidplatz: Entsetzen, Trauer, Verzweiflung nach der Tragödie, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B034.

Florian Flade, IS-Kontakt, Mordwaffe, Fahndungspannen - Die Rätsel im Fall Amri, *Die Welt*, 20.6.2017, B393.

Andrea Nahles verspricht Anschlagopfern Anspruch auf Entschädigung, *Spiegel Online*, 23.12.2016, B093.

Ebd.; und Sechs Opfer identifiziert - Polizei zweifelt an Täterschaft, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B062.

Berlin: Lkw rast in Weihnachtsmarkt – Neun Tote – Verdächtiger wird vernommen, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B022.

Ebd.

Anis Amri lebte zwei Wochen in der Schweiz, *Der Bund*, 25.12.2016, B195.

Axel Spilcker, Polizei verliert sich nach dem Terror im Chaos, *Frankfurter Rundschau*, 16.9.2017, B457.

Bericht über die aktuelle Sicherheitslage in Berlin, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 23.12.2016, B470.

Hannes Heine, Frank Jansen und Jörn Hasselmann, Jagd auf Anis Amri - wie die Ermittler vorgehen, *Der Tagesspiegel*, 21.12.2016, B225.

Ebd.

Michael Hanfeld, Schneller als die Polizei erlaubt, *FAZ*, 22.12.2016, B025.

Bericht über die aktuelle Sicherheitslage in Berlin, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 23.12.2016, B470.

Siehe „Psychologische Kriegsführung“, Kapitel 14.2.

Lkw-Anschlag auf Weihnachtsmarkt in Berlin: Wir wissen nichts, *DWN*, 21.12.2016, B009.

Anis Amri, 'Berlin Attacker,' Pledges Allegiance to ISIS, Heavy.com, 23.12.2016:

<http://heavy.com/news/2016/12/anis-amri-isis-islamic-state-bayat-allegiance-pledge-video-berlin-christmas-market-attack-milan-italy/> (auch hier: www.aldeilis.net/berlin/video06.mov).

Slaughter the pigs: Berlin terrorist's chilling video is released by ISIS as he vowed to punish 'crusaders', *Mail Online*, 23.12.2016, B098.

Siehe: www.aldeilis.net/berlin/video06.mov.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Ebd.

Erklärung vom 29. Dezember 2016 zum Stand der Ermittlungen, Generalbundesanwaltschaft, 29.12.2016 (77/2016), B403.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Hannes Heine et al, supra, B225.

A look inside the Abu Walaa ISIS recruiting network, *CNN*, 24.12.2016, B643.

Jörg Diehl, 18 Monate, 50 Behörden und dann ein Anschlag, *Spiegel Online*, 18.5.2017.

V-Mann fuhr Amri mindestens einmal nach Berlin, *Spiegel Online*, 14.1.2017, B526.

Claudia Wangerin, V-Mann als Chauffeur, *junge Welt*, 27.12.2016, B079.

Beispiele: Berlin market attack: 'Armed and dangerous' Tunisian Anis Amri hunted throughout Europe, *CBS News*, 21.12.2016, B080; Das BKA fahndet nach dem Tunesier Anis Amri, *T-Online*, 21.12.2016, B082; Hannes Heine, Frank Jansen und Jörn Hasselmann, Jagd auf Anis Amri - wie die Ermittler vorgehen, *Der Tagesspiegel*, 21.12.2016, B225.

Jörn Hasselmann und Laura Hofmann, Rot-Rot-Grün will Untersuchungsausschuss im Fall Amri - jetzt doch, *Der Tagesspiegel*, 23.5.2017, B383.

Jens Schneider und Ronen Steinke, Folgeschwere Fehleinschätzung im Fall Amri, *Süddeutsche Zeitung*, 18.5.2017, B377.

Autopsie: Attentäter Amri konsumierte regelmäßig Drogen, *Berliner Morgenpost*, 4.3.2017, B303.

Bundesanwaltschaft hält Berliner Terroristen Amri für Einzeltäter , *rbb-online*, 12.4.2017, B386.

Amri über Monate in Berlin observiert, *N-TV*, 21.12.2016, B384.

Kai Biermann et al, Was wir über den Anschlag in Berlin wissen, *Die Zeit*, 19.12.2016, B033.

Florian Flade, Warum Amri eben doch ein typischer Terrorist war, *Die Welt*, 3.4.2017, B387.

Kate Connolly, Anis Amri: from young drifter to Europe's most wanted man, *The Guardian*, 23.12.2016, B040; auch Florian Flade, Warum Amri eben doch ein typischer Terrorist war, *Die Welt*, 3.4.2017, B387.

Sabine Beikler Jansen und Maria Fiedler, Was im Fall Anis Amri alles schief gelaufen ist, *Der Tagesspiegel*, 29.3.2017, B390.

New info on Berlin Christmas market attack suspect's worrying past, *CBS News*, 22.12.2016.

Melissa Eddy et al, Berlin Attack Sets Off Hunt for a Tunisian in Germany, *The New York Times*, 21.12.2016, B382.

Kate Connolly, Anis Amri: from young drifter to Europe's most wanted man, *The Guardian*, 23.12.2016, B040.

Justin Huggler, James Rothwell, Louise Burke, Berlin terror attack: Horrifying dashcam video shows truck speeding into Christmas market, *Telegraph (UK)*, 23.12.2016, B001.

Hannes Heine, Frank Jansen und Jörn Hasselmann, Jagd auf Anis Amri - wie die Ermittler vorgehen, *Der Tagesspiegel*, 21.12.2016, B225.

Georg Mascolo, Die letzten Tage im Leben des Anis Amri, *Süddeutsche Zeitung*, 1.6.2017, B392.

Bundesanwaltschaft hält Berliner Terroristen Amri für Einzeltäter, *rbb-online*, 12.4.2017, B386.

Georg Mascolo, supra, B392.

Ulrich Kraetzer, Senator verteidigt Lücken bei Überwachung von Amri, *Berliner Morgenpost*, 13.2.2017, B453.

Mohamed Amjahid et al, Ein Anschlag ist zu erwarten, *Zeit Online*, 5.4.2017, B295.

Florian Flade, IS-Kontakt, Mordwaffe, Fahndungsspannen - Die Rätsel im Fall Amri, *Die Welt*, 20.6.2017, B393.

Nicolas Beau, Attentat de Berlin, polémique en Allemagne sur l'aide des services marocains, *Mondafrique*, 2.2.2017, B446.

Mohamed Amjahid et al, supra, B295.

Hatte Anis Amri Komplizen in der Schweiz? *20min* (ch), 4.1.2017, B447.

Innenausschuss: Sondersitzung nach Anschlag in Berlin, Landtag NRW, 5.1.2017, B448.

Bundesanwaltschaft hält Berliner Terroristen Amri für Einzeltäter, *rbb-online*, 12.4.2017, B386.

Elias Davidsson, *The London Bombings of 2005 (Version 1.0), Part I, Section 7.*

<http://aldeilis.net/bpb/london/>.

Elias Davidsson, *The Betrayal of India: Revisiting the 26/11 Evidence* (Pharos Media, New Delhi, 2017), p. 109-111, 871.

Amri wollte schon Tage vor Attentat Lkw stehlen, *Berliner Zeitung*, 8.2.2017, N452.

Siehe „Psychologische Kriegsführung“, S. 134-137.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Ebd.

Tanja Dückers, Letzter Ausweg Jihad, *NZZ*, 21.7.2016, B458.

Berlin-Attentäter Anis Amri wurde von IS-Mitglied angeleitet, *Berliner Morgenpost*, 12.4.2017, B286.

Mohamed Amjahid et al, supra, B295.

Florian Flade, supra, B393.

Mohamed Amjahid et al, supra, B295.

Florian Flade, supra, B393.

Laut Luke Wasik vom polnischen Transportunternehmen wurde um 15.19 Uhr und um 15.44 Uhr laut GPS vergeblich versucht, den Motor des Lkw zu starten. Quelle: Ed Wight, Alan Hall, James Dunn and Anthony Joseph, Polish lorry driver who fought for his life as fanatic shot him dead then hijacked truck in Berlin massacre, *Mail Online*, 21.12.2016, B155; Laut Ariel Żurawski, Besitzer des Lkw, registrierte das Navi des Lkw um 15.45 Uhr „merkwürdige Bewegungen [...]“. Jemand ist die ganze Zeit vor und zurück gefahren.“ Quelle: Uwe Müller, Jörg Winterbauer und Martin Lutz, Wurde dem polnischen Fahrer seine Überpünktlichkeit zum Verhängnis? *Welt N24*, 20.12.2016, B460.

Thomas Dudek und Philip Faigle, Der Weg des Trucks, *Zeit Online*, 20.12.2016, B459.

Erklärung der Generalbundesanwaltschaft (*Berliner Morgenpost*), 12.4.2017, B287.

Florian Flade, supra, B393.

Josef Hufelschulte, Anis Amri schickte noch Nachrichten und Fotos an islamistische Freunde, *FOCUS*, 28.12.2016, B375.

Erklärung vom 4. Januar 2017 zum Stand der Ermittlungen wegen des Anschlags vom 19. Dezember 2016 auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin,

Generalbundesanwaltschaft, B322.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Autopsie: Attentäter Amri konsumierte regelmäßig Drogen, *Berliner Morgenpost*, 4.3.2017, B303.

Polizei analysiert 116.000 Datensätze im Fall Amri, *Berliner Morgenpost*, 23.9.2017, B520.

Joshua Posaner und Laurens Cerulus, Belgium wants checks of passenger information for rail travel, Politico.eu, 21.10.2016, B66.

Anis Amri fuhr mit dem Bus von Amsterdam nach Lyon, *FOCUS*, 28.12.2016, B661.

Christoph Sydow, 77 Stunden quer durch Europa. *Spiegel Online*, 5.1.2017, B662.

NIST NCSTART 1-6, September 2005, #1817, S. xxvii.

Michael Buback, Der zweite Tod meines Vaters. Erweiterte Ausgabe mit neuen Fakten (Knaur-Taschenbuch-Verlag, München, 2009).

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Anis Amri in Mailand erschossen, *Spiegel Online*, 23.12.2016, B045.

ISIS bekennt sich zu Anschlag, *Bild*, 20.12.2016, B314.

Sewell Chan and Iliana Magra, "Italy Lauds 2 Officers as Heroes in Fatal Shooting of Fugitive! *The New York Times*, 23.12.2016, B100.

Philip Oltermann, Police who killed Berlin attacker made pro-fascist statements online, *The Guardian*, 15.2.2017, B467.

Mutmasslicher Attentäter ist tot: Ermittlungen laufen weiter; Mitteilung der Bundesregierung, 23.12.2016, B101.

Der Fall Anis Amri: Das sagen die Politiker, *Berliner Zeitung*, 23.12.2016, B328.

Ebd.

Merkel müht sich um Schadensbegrenzung, *Spiegel Online*, 4.5.2011, B577.

Andreas Thieme, Zschäpe-Prozess kostet schon jetzt 50 Millionen, *Merkur*, 9.1.2017, B635.

Beispiele aus den USA: Gerichtsverfahren über Zacarias Moussaoui und Jahar Tsarnaev. Beispiel aus Deutschland: Der Fall Mounir el Motassadeq. Moussaoui war zu lebenslanger Haft, Tsarnaev zum Tode und el Motassadeq zu 15 Jahren Haft verurteilt. Keiner der Verurteilten hat ein Verbrechen begangen. Die Richter dieser unschuldigen Personen sollten selbst bestraft werden.

Martin Klesmann u. Anja Reich, Breitscheidplatz: Entsetzen, Trauer, Verzweiflung nach der Tragödie, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B034.

Mohamed Amjahid und Marc Brost, Ende der Besinnlichkeit, *Die Zeit*, 20.12.2016, B531.

Sechs Opfer identifiziert - Polizei zweifelt an Täterschaft, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016 , B062.

100 Tage danach: Als der Terror nach Berlin kam, *Berliner Morgenpost*, 26.3.2017, B404.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.

Das sind die Opfer von Ali S.: Jugendliche und eine zweifache Mutter, *Abendzeitung*, 22.07.2016, B120.

Collin McMahon, Terroranschlag Breitscheidplatz: Den Opfern einen Namen geben, Journalisten Watch, 31.1.2017, B646.

Terroranschlag vom Breitscheidplatz, supra, B417.

Ermittler zuversichtlich: Fahndungserfolg bald zu erwarten, *Rosenheim24.de*, 21.12.2016, B121; Lkw rast in Weihnachtsmarkt: Neun Tote, 50 Verletzte!, *Berliner Zeitung*, 19.12.2016, B122 (Hervorhebung ED).

World right now with Hala Gorani, *CNN*, 19.12.2016, 15:00 ET, B674.

Anschlag in Berlin: 12 Tote und viele Verletzte auf Weihnachtsmarkt, *Berliner Zeitung*, 21.12.2016, B373.

Lkw rast in Weihnachtsmarkt: Neun Tote, 50 Verletzte!, *Berliner Zeitung*, 19.12.2016, B022.

Lkw rast in Weihnachtsmarkt – Neun Tote – Verdächtiger wird vernommen, *Kölnischer Stadt-Anzeiger*, 20.12.2016, B127.

Zwölf Tote in Berlin – Was wir wissen, was wir nicht wissen, *Die Welt*, 20.12.2016, B206.

Kate Connolly et al, Police investigate deadly Berlin truck crash as 'presumed terrorist attack', *The Guardian*, 20.12.2016, B054.

„ISIS“ bekennt sich – Lkw-Beifahrer hat bis zum Attentat gelebt, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B208.

Sandra Dassler, Angst am Lenkrad, *Der Tagesspiegel*, 27.12.2016, B464.

Fieberhafte Tätersuche in Berlin, *Pro Sieben*, 21.12.2016, B124.

Uwe Müller, Jörg Winterbauer und Martin Lutz, Wurde dem polnischen Fahrer seine Überpünktlichkeit zum Verhängnis? *Welt N24*, 20.12.2016, B460.

Die Polizei fahndet öffentlich - was wir bisher wissen, *Der Tagesspiegel*, 21.12.2016, B207.

J.J. Gallagher et al, 'High Likelihood' Berlin Terror Suspect Is the Perpetrator, German Authorities Say, *ABC News*, 22.12.2016, B356.

Erklärung vom 29. Dezember 2016 zum Stand der Ermittlungen, Generalbundesanwaltschaft, 29.12.2016 (77/2016), B403.

Ebd.

Rachael Pells, Hundreds attend funeral of Polish lorry driver killed in Berlin attack, *The Independent*, 30.12.2016, B003.

Erklärung vom 4. Januar 2017 zum Stand der Ermittlungen wegen des Anschlags vom 19. Dezember 2016 auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin, Generalbundesanwaltschaft, B322.

Was wir über den Anschlag und Anis Amri wissen, *Berliner Morgenpost*, 4.1.2017, B213.

Mohamed Amjahid et al, Ein Anschlag ist zu erwarten, *Zeit Online*, 5.4.2017, B295.

Berlin-Attentäter Anis Amri wurde von IS-Mitglied angeleitet, *Berliner Morgenpost*, 12.4.2017, B286.

Andreas Kopietz, War Anis Amri doch kein Einzeltäter? *Berliner Zeitung*, 20.12.2017, B722

Andreas Kopietz, Amri-Attentat Gab es doch Mittäter? *Berliner Kurier*, 20.12.2017, B685

Britta Stuff und Wolf Wiedman--Schmidt, Terroropfer vom Breitscheidplatz: "Ich hatte ein gutes Leben, und jetzt habe ich nichts", *Spiegel Online*, 3.12.2017, B667.

Julia Haak, Anschlag auf Breitscheidplatz Der verschwundene Lkw, *Berliner Zeitung*, 12.12.2017, B679.

Spediteur und Cousin des toten Lkw-Fahrers macht Auftraggeber Vorwürfe, *focus*, 20.12.2016, B682.

Solveig Grothe, Annette Langer und Severin Weiland, Ich hörte, wie er gegen den ersten Stand fuhr, *Spiegel Online*, 20.12.2016, B218.

"דליה נעדרת בברלין 48 שעות אחרי הפיגוע: "מודאגים מאוד לגורלה", *Walla (Israel)*, 21.12.2016 (<https://news.walla.co.il/item/3024579>).

Elias Davidsson an Frau Solveig Grothe (*Der Spiegel*), 11.3.2017, B233.

ISIS bekennt sich – LKW-Beifahrer hat bis zum Attentat gelebt, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B208.

Elias Davidsson an Botschaft Israels in Berlin, 18.3.2017, B256.

Lkw rast auf Weihnachtsmarkt, *Jüdische Allgemeine*, 20.12.2016, B483.

Dov Gil-Har, Interview mit Ofer und Rami, *Walla (Israel)*, 5.1.2017, www.aldeilis.net/berlin/video08.mp4.

Liron Zayid, "מרגישים שחטפנו סטירת לחי" ("We feel as if we were slapped on our face") *Mako News (Israel)*, 31.12.2016, B005.

Interview mit Nakhshon Av, "ישראל הכירה בה רק כנפגעת תאינת דרכים" ("Israel recognizes her only as a victim of a road accident"), *Maariv (Israel)*, 28.12.2016, B006.

Interview mit Ofer und Rami, www.aldeilis.net/berlin/video08.mp4.

Hostile Action Casualties - What is a hostile action injury? National Insurance Institute of Israel (website visited on 7 November 2017), B650.

Jonas Opperskalski, Rami Elyakim: Ich hatte ein gutes Leben, und jetzt habe ich nichts, *Spiegel Online*, 3.12.2017, B667

Jay Akbar and Jake Wallis, Italian woman is feared dead in Berlin Christmas market massacre after her phone and metro pass were found at scene where 12 were mowed down by 25-tonne lorry, *Mail Online*, 20.12.2016 (19.45 GMT), B191.

Julia Emmrich, Die Menschen sollen spüren, dass sie nicht allein sind, *Hamburger Abendblatt*, 22.12.2016, B173.

Handy und S-Bahn-Abo am Tatort: Italienerin unter den Opfern in Berlin vermutet, *FOCUS Online*, 20.12.2016, B480.

Familie von Terror-Opfer kritisiert Behörden, *DW*, 2.3.2017, B481.

Familie rechnet mit deutschen Behörden ab, *Bild*, 28.02.2017, B189.

Jay Akbar and Jake Wallis, Italian woman is feared dead in Berlin Christmas market massacre after her phone and metro pass were found at scene where 12 were mowed down by 25-tonne lorry, *Mail Online*, 20.12.2016 (19.45 GMT), B191.

Francesco Battistini, [Esplora il significato del termine: „Vado al mercatino più bello“ L'ultima passeggiata di Fabrizia], *Corriere della sera*, 20.12.2016, B220.

Jörg Levermann, Eichwalder setzen ein Zeichen gegen Terror und Gewalt, *Eichwalder Nachrichten*, 23.12.2016, B482.

Ulrich Wangemann, Terroropfer Sebastian B. in Ragösen beigesetzt, *Märkische Allgemeine*, 7.1.2017, B132.

Dorit Krebs, Geb. Rheinsberg (Trauerportal), *Märkische Oderzeitung*, 8.1.2017, B221.

Werner Schuering, Sigrid und Hans-Georg Rheinsberg: Der Staat trägt Mitschuld, *Spiegel Online*, 3.12.2017, B667.

Ebd.

Philip Jankowski, Longtime Austin resident among injured in 'chaotic' Berlin attack, *My Statesman*, 21.12.2016, B199.

Tony Cantu, Longtime Austin Resident Among Those Injured In Berlin Attack, *Downtown Austin Patch*, 22.12.2016, B141.

Zwölf Leben, zwölf Schicksale, *Süddeutsche Zeitung*, 29.12.2016, B197.

Dawn Ennis, American hospitalized after Berlin terror attack that killed his partner, *LGBTQ Nation*, 23.12.2016, B198.

Miriam Hollstein et al, Das letzte Foto vor dem Anschlag, *Bild*, 25.12.2016, B272.

Philip Jankowski, supra, B199.

Ebd.

Trauer bei ZF, Anteilnahme bei Rolls-Royce, *Märkische Allgemeine*, 22.12.2016, B140.
Sebastian Berlin, Traueranzeigen, *Märkische Oderzeitung*, 1.1.2017, 8.1.2017, 22.1.2017, B413.

Gareth Davies, Italian president attends the funeral of Berlin Christmas market massacre victim as her heartbroken family lay her to rest", *Mail Online*, 26.12.2016, B002.

Alexandra Topping, The victims of the Berlin Christmas market attack, *The Guardian*, 21.12.2016.

Ebd.

Czech woman dies in Berlin terrorist attack, *Prague Daily Monitor*, 23.12.2016.

Jay Akbar and Jake Wallis, Italian woman is feared dead in Berlin Christmas market massacre after her phone and metro pass were found at scene where 12 were mowed down by 25-tonne lorry, *Mail Online*, 20.12.2016 (19.45 GMT), B191.

Qui sont les victimes de l'attentat de Berlin ? *Le Figaro*, 23.12.2016, B230.

Peter Rütters, Bosch-Mitarbeiter verliert Frau bei Anschlag, *Hildesheimer Allgemeine Zeitung*, 27.1.2017, B266.

Elliott Usifo, RTL-Nord, an Elias Davidsson, 13.3.2017. B242.

Byla šikovná a ambiciozní, vzpomínají na Češku, kterou zabil terorista, iDNES, 27.12.2016, B360.

http://iffm.eu/wir_trauern.php?l=de.

Allan Hall, Eight minutes from death at the hands of a madman: Student reveals photo of her mother, taken by her father at German Christmas fair just before they were killed by Islamist, *Mail Online*, 17.1.2017, B194.

Guido Brandenburg und Eddie Lange, Eltern starben beim Berliner Weihnachtsmarkt-Anschlag, *Bild*, 19.1.2017, B362.

Ihre Eltern sind tot. Haben Sie noch Fragen? *Bild*, 18.1.2017, B177.

Constantin Magnis, Die Lebenden und die Toten, *Cicero Magazin*, März 2017, B451.

Guido Brandenburg und Eddie Lange, Letztes Foto vor Terror-Anschlag, *Bild*, 17.1.2017, B462.

Ebd.

Angehörige vermissen staatliche Trauerkultur, *Der Tagesspiegel*, 8.1.2017, B408.

So herzlos reagierten die Behörden, *Bild*, 18.1.2017, B409.

Collin McMahon, Terroranschlag Breitscheidplatz: Den Opfern einen Namen geben, *Journalisten Watch*, 31.1.2017, B646.

G. Brandenburg und E. Lange, Ich hoffe, die Behörden lernen aus meiner Geschichte, *Bild*, 19.1.2017.

Die Reihe wurde an den Tagen 16., 17., 18. und 19. Januar 2017 publiziert.

Eltern starben beim Berliner Weihnachtsmarkt-Anschlag, *Bild*, 19.1.2017.

Terror-Opfer Valeriya von Mietbetrügern abgezockt, *Bild*, 3.3.2017, B519.

iffm, Kundenreferenzen (deutsche Fassung), (gespeichert, 3.8.2017), B363.

iffm, Kundenreferenzen (englische Fassung) (gespeichert 9.9.2017), B444.

Zum Beispiel: Andrea Nahles verspricht Anschlagsoffern Anspruch auf Entschädigung, *Spiegel Online*, 23.12.2016, B093, oder Zwölf Leben, zwölf Schicksale, *Süddeutsche Zeitung*, 29.12.2016, B197.

Christoph Kleinau, Ich wurde komplett durch die Bude gedrückt, *NGZ Online*, 21.12.2016, 07:39, B204.

Christoph Kleinau, Neusser Anschlagsoffer wünscht sich Gewissheit, *RP Online*, 22.12.2016, B352.

Ebd.

Ebd.

"Papa war am Breitscheidplatz", Feature von Hans Rubinich, *MDR*, 21.10.2017.

Ronen Steinke und Hans Rubinich, Dann ist er direkt durch unsere Glühweinstand gefahren, *Süddeutsche Zeitung* 13.12.2017, B681.

Jürgen Ritterbach, Nachruf Angelika Klösters, Dorfgemeinschaft Lanzerath, 20.1.2017, B222.

Anschlagsoffer in Neuss beigesetzt, *Rheinische Post*, 23.1.2017.

Angehörige der Opfer des Berliner Terroranschlages berichten über den Tag, der ihr Leben veränderte, *Spiegel TV*, 19.3.2017, B353.

Ronen Steinke und Hans Rubinich, Dann ist er direkt durch unseren Glühweinstand gefahren, *Süddeutsche Zeitung* 13.12.2017, B681.

Judith Gridl und Anna Klühspies, Das zweite Leben: Die vergessenen Opfer von Terroranschlägen, report-München, *Das Erste* (ARD), 18.7.2017, B351.

Ebd.

Ronen Steinke und Hans Rubinich, Dann ist er direkt durch unseren Glühweinstand gefahren, *Süddeutsche Zeitung* 13.12.2017, B681.

Anschlag in Berlin: 12 Tote und viele Verletzte auf Weihnachtsmarkt, *Berliner Zeitung*, 21.12.2016, B373.

Ebd.

100 Tage danach: Als der Terror nach Berlin kam, *Berliner Morgenpost*, 26.3.2017, B404.

Britta Stuff und Wolf Wiedman--Schmidt, Terroropfer vom Breitscheidplatz: "Ich hatte ein gutes Leben, und jetzt habe ich nichts", *Spiegel Online*, 3.12.2017, B667.

Mutmasslicher Attentäter ist tot: Ermittlungen laufen weiter, Mitteilung der Bundesregierung, 23.12.2016, B101.

Amri wurde über Monate observiert, *Frankfurter Rundschau*, 19.12.2016, B547.
Hannes Heine, Brüche, innere Blutungen, Schädeltraumata, *Der Tagesspiegel*,
20.12.2016 16.27 Uhr, B297.
100 Tage danach, supra, B404.
Amri wurde über Monate observiert, supra, B547.
Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19.12.2016, Wortprotokoll, Ausschuss für
Inneres, Sicherheit und Ordnung, Abgeordnetenhaus Berlin, 3.7.2017, B417.
IS reklamiert Anschlag für sich, *Spiegel Online*, 21.12.2016, B123.
André Görke et al, Was man bisher über den Verdächtigen weiß, *Der Tagesspiegel*,
20.12.2016, B068.
Julia Frisch und Helmut Laschet, So haben die Notfallpläne funktioniert, *Ärztezeitung*,
20.12.2016, B129.
[http://geomatiko.eu/forum/showthread.php?
tid=1161&pid=8724&highlight=%22sieben+Personen%22#pid8724](http://geomatiko.eu/forum/showthread.php?tid=1161&pid=8724&highlight=%22sieben+Personen%22#pid8724).
Woody Box, Berlin Breitscheidplatz: die unsichtbaren Opfer, 911woodybox, 22.1.2017,
B223.
Siehe www.aldeilis.net/berlin/video02.mov.
Emma Lake, IT WAS CHAOS' Heartbreaking footage shows bystanders' desperate
attempts to help victims of Berlin terror attack, *The Sun*, 21.12.2016, B420.
Martin Klesmann u. Anja Reich, Breitscheidplatz: Entsetzen, Trauer, Verzweiflung nach der
Tragödie, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B034.
Frank Bachner, Wie sich Helfer auf dem Breitscheidplatz engagierten, *Der Tagesspiegel*,
22.12.2016, B371.
Marie von der Tann, Florian Flade und Michael Behrendt, "Ich schlage dir den Kopf ab",
droht er dem Mithäftling, *Die Welt*, 22.12.2016, B372.
Martin Klesmann u. Anja Reich, Breitscheidplatz: Entsetzen, Trauer, Verzweiflung nach der
Tragödie, *Berliner Zeitung*, 20.12.2016, B034.
Nicole Dolif, Berliner Arzt berichtet vom Einsatz nach dem Breitscheidplatz-Anschlag,
Berliner Zeitung, 22.12.2016, B466.
Opfer von Berlin-Attentat klagen Behörden an, *focus*, 24.11.2017, B671.
Berlin: Lkw rast in Weihnachtsmarkt – Neun Tote – Verdächtiger wird vernommen, *Berliner
Zeitung*, 20.12.2016, B022.
Johannes Ehrmann, Kirmes in Zeiten des Terrors, *Der Tagesspiegel*, 20.4.2017, B324.
Der Anschlag: Als der Terror nach Berlin kam, *Das Erste*, 11.12.2017 (RBB Produktion),
B678.

Thomas Schmoll, Wir sind der sicherste Weihnachtsmarkt in Europa, *Welt N24*, 27.11.2017.

Hannes Heine, Ich konnte dann rauskrabbeln, *Der Tagesspiegel*, 21.12.2016, B107.

Britta Stuff und Wolf Wiedman--Schmidt, Terroropfer vom Breitscheidplatz: "Ich hatte ein gutes Leben, und jetzt habe ich nichts", *Spiegel Online*, 3.12.2017, B667.

Auf den Weihnachtsmarkt kehrt das Leben zurück, *Berliner Morgenpost*, 22.12.2016, B103.

Katharina Haase, Anschlag in Berlin: Was wir wissen und was nicht, *Merkur*, 21.12.2016, B203.

Wir dürfen uns unser Leben nicht diktieren lassen, Studiogespräch, *stern TV*, 21.12.2016, B354.

Jennifer Wilton, Berlins Antwort auf Terror, *Die Welt*, 25.12.2016, B164.

We must still enjoy Christmas - market trader, *BBC Radio 5 Live*, 20.12.2016, B441.

Öystein Klövstad Langberg und Kjetil Hanssen, Terroristen har siktet seg inn på julen. Trusselen preger hele Europa, *Aftenposten*, 20.12.2016, B454.

Sicherheit auf dem Breitscheidplatz, *Charlottenburg-Wilmersdorf Liveticker*, 27.11.2017, B719

Siehe u.a. Daniela Siebert, Anti-Terror-Übung in Berlin, *Deutschlandradio*, 26.9.2017, B581(Aufzeichnung des Berichts: www.aldeilis.net/berlin/audio04.mp3).

Siehe www.aldeilis.net/berlin/video01.mov.

London under attack, PANORAMA, *BBC One*, 6.5.2004, B530.

Elias Davidsson, The Betrayal of India: Revisiting the 26/11 Evidence (Pharos Media, New Delhi, 2017), S. 753

Zum Beispiel Crisis Cast, ein in Großbritannien basiertes Unternehmen mit Zweigstellen in Bogota, Oman, Bahrein, Sydney und Capetown. Webseite: crisiscast.com. Siehe z.B. Media Crisis Management, Crisis Cast (Webseite besucht am 17.10.2017), B565; und Solutions, Crisis Cast (Webseite besucht am 17.10.2017), B566.

Siehe u.a., Klaus Lüber, Medien-Initiativen: Mit Fakten gegen Fake News, Goethe-Institut, Juni 2017, B564.

Siehe u.a. Jens Wernicke, Wie der BND die deutschen Medien steuert, *heise.de*, 15.9.2017, B563.

Schlussbericht anlässlich des Anschlages auf dem Breitscheidplatz am 19.12.2016, Der Polizeipräsident in Berlin, Nachbereitungskommission, 25.4.2017, B718

<https://www.youtube.com/watch?v=-Et3O5fEHSU&feature=youtu.be>.

Einsatz am Breitscheidplatz, ASB-Katastrophenschutz, Nachrichten 2016, B343.

Daniela Siebert, Anti-Terror-Übung in Berlin, *Deutschlandradio*, 26.9.2017, B581. Siehe auch www.aldeilis.net/berlin/audio04.mp3.

Active Shooter Crisis Actors Target Mall Shootings via Visionbox, *Marketwire*, 31.10.2012, B636.

Media Crisis Management, <http://crisiscast.com/media-crisis-management/> (Webseite besucht am 17.10.2017), B565.

In einem Kommentar zu einer Anti-Terror-Übung am Berliner Bahnhof Lichtenberg in September 2017 lesen wir: „All die Zivilisten, die bei der Übung auf dem Bahnsteig angegriffen wurden, sind in Wahrheit Polizeischüler. Mit Schminke und teils blutrot gefärbter Kleidung wirkten sie teilweise wie echte Opfer, jedenfalls schauspielerten sie nach Kräften.“ Quelle: Daniela Siebert, *Deutschlandradio*, 26.9.2017 auf www.aldeilis.net/berlin/audio04.mp3.

Caspar Clemens Mierau & Max Hoppenstedt, Das millionenfach geklickte Live-Video vom Anschlag ist eine vertane Chance, *Motherboard*, 22.12.2016, B416.

Ergi v. Turkey, (66/1997/850/1057) Eur. Ct. H.R. Judgment, Strasbourg, 28.7.1998, para. 82.

UNCHR Res. 2005/35, Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law, U.N. Doc. E/CN.4/2005/L.10/Add.11 (19.4.2005), Article 3; also GA Res. 60/147.

Elias Davidsson, *The Events of 11 September 2001 and the Right to the Truth*, 2010, #988.

Siehe z.B. Noam Chomsky, *Necessary Illusions* (South End Press, 1989), S. 45-74.

Noam Chomsky, *Media Control*, Europa Verlag (2002), S. 75.

Behördenversagen vor Anschlag? NRW beschließt Amri-Ausschuss, *N-TV*, 15.2.2017, B380.

Ein Behördenversagen mit tödlichen Folgen, *RP Online*, 5.1.2017, B379.

Detlef Schmalenberg, Der Fall Anis Amri Systemfehler oder Behördenversagen? *Berliner Zeitung*, 5.1.2017, B378.

Eine Kette verpasster Möglichkeiten, *Tagesschau*, 26.3.2017, B381.

Jens Schneider und Ronen Steinke, Folgeschwere Fehleinschätzung im Fall Amri, *Süddeutsche Zeitung*, 18.5.2017, B377.

Fehler und Versäumnisse bei Berliner Kripo, *Volksstimme*, 3.7.2017, B376.

Axel Spilcker, Polizei verliert sich nach dem Terror im Chaos, *Frankfurter Rundschau*, 16.9.2017, B457.

Siehe u.a. Report of the U.S. Senate Select Committee on Intelligence and U.S. House Permanent Select Committee on Intelligence (Joint Inquiry into Intelligence

Community Activities Before and After the Terrorist Attacks of September 11, 2001), December 2002, B533.

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bundestag, 9.1.2017, Drucksache 18/10812, B145.

Markus Decker, Ein Untersuchungsausschuss zum Fall Amri ist wenig realistisch, *Berliner Zeitung*, 17.1.2017, B321.

Linke und Grüne fordern Untersuchungsausschuss zum „Fall Amri“, *Der Tagesspiegel*, 6.1.2017, B645.

Sabine Beikler Jansen und Maria Fiedler, Was im Fall Anis Amri alles schief gelaufen ist, *Der Tagesspiegel*, 29.3.2017, B390.

Sonderbeauftragter Bruno Jost stellt Zwischenbericht zum Fall Anis Amri vor, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Stadt Berlin, 3.7.2017, B391.

Mutter von Anis Amri gibt Behörden Mitschuld am Anschlag, *Spiegel Online*, 23.12.2016, B044.

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zu den aktuellen Ereignissen in Afghanistan (Anrede der Bundeskanzlerin im Bundestag), Die Bundesregierung, 8.9.2009 , B640.

Klaus Kurpjuweit, Als erstes kam ein Gebührenbescheid, *Der Tagesspiegel*, 19.2.2017, B299.

Severin Weiland, Gauck traf sich mit Angehörigen der Anschlagsoffer, *Spiegel Online*, 17.2.2017, B300.

Brief des Autors an das Berliner Polizeipräsidiums, 28.12.2016.

Es sind Angehörige von Łukasz Urban, Dalia Elyakim, Fabrizia Lorenzo, Nad'a Cizmar, Klaus Jakob, Anna und Georgy Bagratuni und Christoph Herrlich.

Eine Frage des Respekts, *Spiegel Online*, 1.12.2017, B666.

E-Mail von Andreas Becker an Elias Davidsson vom 16.3.2017 in Bezug auf ein Interview mit Petr Cizmar.

E-Mail von Berit Uhlmann an Elias Davidsson vom 23.5.2017 in Bezug auf ein Interview mit Shufan Huo.

E-Mail von Johannes Ehrmann an Elias Davidsson vom 19.8.2017 in Bezug auf ein Interview mit Maximillian Müller.

Thomas Schmoll, Wir sind der sicherste Weihnachtsmarkt in Europa, *Welt N24*, 27.11.2017, B676.

Schlussbericht anlässlich des Anschlages auf dem Breitscheidplatz am 19.12.2016, Der Polizeipräsident in Berlin, Nachbereitungskommission, 25.4.2017, S. 31-32, B718

Brief von Elias Davidsson an Klaus-Jürgen Meier vom 22.8.2017 in Bezug auf ein Interview mit Herrn Meier bei *FOCUS* vom 20.12.2016.

Brief von Elias Davidsson an Jürgen Ritterbach vom 18.4.2017 – wiederholt am 1.8.2017 – in Bezug auf Todesopfer Angelika Klösters.

Brief von Elias Davidsson an beide Vorsitzenden der Dorfgemeinschaft Lanzerath vom 3.8.2017 in Bezug auf Todesopfer Angelika Klösters.

Brief von Elias Davidsson an Frau Monika Holz vom 4.3.2017 in Bezug auf ein Interview mit Frau Holz bei der *Berliner Zeitung*, vom 21.1.2017.

Siehe Wikipedia: https://en.wikipedia.org/wiki/Jersey_Girls.

Sandra Dassler, Terroropfer drohen Berlin Klagen an, *Der Tagesspiegel*, 13.1.2017, B330. Ebd.

Siehe Abhandlung über das Verfahren gegen Mounir el-Motassadeq, in "Psychologische Kriegsführung", S. 220-223.

Opfer-Anwalt fordert 100 Millionen Euro Entschädigung, *FOCUS Online*, 19.5.2017, B358.

Gilt im Fall Amri eine Amtshaftung? *Der Tagesspiegel*, 9.4.2017, B331.

Opfer-Anwalt fordert, *supra*, B358.

Study on the right to the truth, Commission on Human Rights, 8.2.2006, UN Doc. E/CN.4/2006/91, #2092

Ob die Verunglimpfung Russlands seit etwa der Ukraine-Krise das Feindbild des islamistischen Terrorismus ersetzen soll, ist unwahrscheinlich. Während die Wirkung des Feindbildes Russland von den Reaktionen des verunglimpften Staates abhängt, kann das Feindbild „islamistischer Terrorismus“ beliebig benutzt werden, weil hinter dem Feindbild niemand anderes steht als die Produzenten des Feindbildes.

Die größte Angst der Deutschen ist der Terrorismus, *Berliner Morgenpost*, 7.9.2017, B670.

Bundestag, 212. Sitzung, 19.1.2017, B611.

Bundestag, 212. Sitzung, 19.1.2017, B611.

Bundestag, 211. Sitzung, 18.1.2017, B617.

Bundestag, 216. Sitzung, 27.1.2017, B609.

Bundestag, 212. Sitzung, 19.1.2017, B611.

Bundestag, 231. Sitzung, 27.4.2017, B610.

Bundestag, 212. Sitzung, 19.1.2017, B611.

Bundestag, 216. Sitzung, 27.1.2017, B609.

Bundestag, 225. Sitzung, 23.3.2017, B613.

Bundestag, 216. Sitzung, 27.1.2017, B609.

Helmut Stoltenberg, 'Zeitwende' auf dem Weg zur 'Polizei 2020', *Das Parlament*, 20.2.2017, B607.

Bundestag, 216. Sitzung, 27.1.2017, B609.

Bundestag, 211. Sitzung, 18.1.2017, B617.

Bundestag, 219. Sitzung, 17.2.2017, B618.

Bundestag, 212. Sitzung, 19.1.2017, B611.

Ausschuss befasste sich mit Fall Amri, Deutscher Bundestag, Pressemitteilung, 13.2.2017, B615.

Bundestag, 216. Sitzung, 27.1.2017, B609.

Bundestag, 211. Sitzung, 18.1.2017, B617.

Bundestag, 211. Sitzung, 18.1.2017, B617.

Bundestag, 211. Sitzung, 18.1.2017, B617.

Bundestag, 225. Sitzung, 23.3.2017, B613.

Bundestag, 216. Sitzung, 27.1.2017, B609.

Irene Mihalic warnt vor falschen Konsequenzen im Fall Amri, *Das Parlament*, 23.1.2017, B614.

Bundestag, 231. Sitzung, 27.4.2017, B610.

Ebd.

Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung, 15.3.2017, B598.

Artikel 28 der Richtlinie.

Charta der UNO, Artikel 24 (www.unric.org/de/charta).

Siehe z.B. Resolution 2322(2016) des Sicherheitsrats vom 12. Dezember 2016.

Die Europäische Sicherheitsagenda, Europäische Kommission, 28.4.2015 (COM(2015) 185 final), B625.

Europäische Sicherheitsagenda: Auf dem Weg zu einer Sicherheitsunion, Europäische Kommission, 20.4.2016, B626.

Juncker: 'Wir brauchen eine Sicherheitsunion', Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland, 23.3.2016.

Amnesty International kritisiert die Richtlinie z.B. als „unverhältnismäßig und diskriminierend.“ (Wie Brüssel den Terror bekämpft, *Deutsche Welle*, 15.3.2017, B600).

Heimlich, still und schnell: Die neue EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung, 4.7.2016,
Die Linke-Europa, B599.

Tomas Rudl, EU verabschiedet Anti-Terror-Richtlinie und bringt damit Grundrechte in
Gefahr, *netzpolitik.org*, 16.2.2017.

Tomas Rudl, Voller Gummiparagraphen, *netzpolitik.org*, 15.2.2017.

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer ein unter der
Herrschaft des Nationalsozialismus begangenes Verbrechen gegen die
Menschlichkeit öffentlich verharmlost. (§ 130 StGB: Volksverhetzung, Art. (4)).

„Terroristische“, „Terroristen“, „Terrorismusfinanzierung“, u. dgl.

Constantin Baron van Lijnden, Strafbarkeit im Vorfeld des Vorfeldes? *Legal Tribune Online*,
4.02.2015, B601.

Noam Chomsky, *Media Control*, Europa Verlag (2002), S. 74

Gustave Le Bon, *Psychologie der Massen*, Nikol Verlag (2009), basiert auf dem Text der
Ausgabe von 1911, S. 106

Unterstützungserklärungen sind willkommen: eliasdav@t-online.de.